

Monatsbericht des BMF März 2010





Monatsbericht des BMF März 2010

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Übersichten und Termine	6
Finanzwirtschaftliche Lage	
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2010	14
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2009	29
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	38
Analysen und Berichte	40
22. Subventionsbericht der Bundesregierung	41
Haushaltsabschluss 2009	46
Performanzindikatoren als Grundlage für die Evaluierung von Förderprogrammen	
Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung	93
Statistiken und Dokumentationen	105
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	131
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	138

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Finanz- und Wirtschaftskrise hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Subventionen des Bundes vorübergehend deutlich gestiegen sind. Zu diesem Ergebnis kommt der 22. Subventionsbericht der Bundesregierung, der am 13. Januar 2010 vom Kabinett beschlossen wurde. Die Bundesregierung legt diesen Bericht alle zwei Jahre Bundestag und Bundesrat vor. Er erfasst in der aktuellen Ausgabe sowohl die Finanzhilfen des Bundes als auch die Mindereinnahmen durch Steuervergünstigungen im Zeitraum von 2007 bis 2010. Während im Jahr 2008 noch ein Rückgang der Subventionen um rund 250 Mio. € verzeichnet werden konnte, gab es im Jahr 2009 einen starken Anstieg aufgrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Subventionen des Bundes stiegen auf rund 29,5 Mrd. € – das waren gut 6 Mrd. € mehr als noch im Jahr zuvor.

Während die Mindereinnahmen durch Steuervergünstigungen 2009 leicht zurückgingen, gab der Bund mit über 12 Mrd. € wesentlich mehr für Finanzhilfen aus als noch im Vorjahr. Ein Großteil dieser zusätzlichen Aufwendungen ist auf Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur in der Finanzund Wirtschaftskrise zurückzuführen: So wurden mehr als drei Viertel des Anstiegs durch die Umweltprämie bestimmt, mit der 2009 die Automobilindustrie gestützt wurde.

Für das Jahr 2010 rechnet die Bundesregierung wieder mit einem deutlichen Rückgang der Subventionen; das Gesamtvolumen beträgt dann voraussichtlich 24,4 Mrd. €. Die Summe der Subventionen nähert sich damit wieder den 23,7 Mrd. € aus dem Jahr 2007 an. Ausschlaggebend hierfür ist die Senkung der Finanzhilfen auf 6,8 Mrd. €. Die Steuervergünstigungen werden zwar leicht auf 17,7 Mrd. € steigen. Sie liegen dann aber immer noch unter dem Niveau des Jahres 2007.



Bei der Verteilung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen auf die verschiedenen Sektoren bleibt die gewerbliche Wirtschaft Spitzenreiter: Etwas mehr als die Hälfte aller Subventionen fließt in diesen Bereich.

An die Beurteilung von Förderprogrammen werden insbesondere in Zeiten knapper Kassen zunehmend erhöhte Anforderungen gestellt. Mit den methodischen Grundlagen für eine systematische Evaluierung beziehungsweise Erfolgskontrolle von Förderprogrammen befasst sich ein Gutachten des Instituts für Stadtforschung und Strukturpolitik (IfS). Ein Ergebnis der Studie ist, dass eine schlüssige Systematik von Performanzindikatoren - d. h. von Input-, Output-, Ergebnis- und Wirkungsindikatoren – auf Förderprogramme in allen Politikfeldern anwendbar ist. So können Förderprogramme innerhalb eines Politikfeldes besser auf ihre Wirksamkeit überprüft und leichter miteinander verglichen werden. Die im Gutachten vorgestellten Performanzindikatoren können die gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen beziehungsweise Erfolgskontrollen für Förderprogramme mit ihren Bestandteilen Zielerreichungs-, Wirkungs- und Wirtschaftlichkeitskontrolle unterstützen.

Der schwere Wirtschaftseinbruch im zurückliegenden Jahr hat auch im Bundeshaushalt deutliche Spuren hinterlassen. Die Nettokreditaufnahme in Höhe von

□ Editorial

34,1 Mrd. € lag dennoch weit unter den im 2. Nachtragshaushalt veranschlagten 49.1 Mrd. €. Dies ist vor allem auf die wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen, die besser verlief als ursprünglich erwartet und die sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite entlastend gewirkt hat. Hierzu haben nicht zuletzt die Maßnahmen der Bundesregierung zur Stützung der Finanzmärkte und der Konjunktur sowie das Wirken der automatischen Stabilisatoren beigetragen. Außerhalb des Bundeshaushaltes stellte der Bund im Jahr 2009 zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise über die Sondervermögen "Investitions- und Tilgungsfonds" 6,1 Mrd. € und über den "Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung" 26,6 Mrd. € zur Verfügung.

Die Abgabenbelastung der Bürger ist Gegenstand vielfältiger, häufig auch emotional geführter Diskussionen. Basis einer sachlichen Auseinandersetzung mit diesem Thema ist die Kenntnis der wichtigsten Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung. Ein Beitrag hierzu soll

mit der Beschreibung von sechs methodisch unterschiedlichen Belastungsindikatoren geleistet werden. Vorgestellt wird neben den international häufig zitierten Indikatoren der OECD auch der methodisch interessante Ansatz der impliziten Steuersätze der EU-Kommission. Auf nationaler Ebene kommen die Steuer- und Abgabenquoten auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Finanzstatistik sowie die Durchschnittsbelastung von Arbeitnehmern hinzu. Als Resümee des Beitrags lässt sich festhalten: Jeder Indikator hat seine Berechtigung, aber auch seine Grenzen. Je nach Fragestellung ist der eine oder andere Indikator geeigneter.

Dr. Hans Bernhard Beus Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2010	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2009	29
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	34
Termine, Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

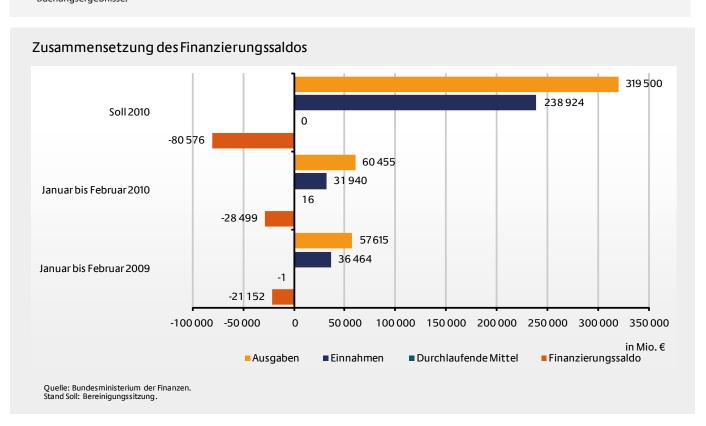
Das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010 befindet sich in den parlamentarischen Beratungen. Bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2010 (voraussichtlich bis Mitte April) gelten die Regeln der vorläufigen Haushaltsführung nach Artikel 111 Grundgesetz.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2010 ¹	lst - Entwicklung ² Januar bis Februar 2010
Ausgaben (Mrd. €)	319,5	60,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	9,3	4,9
Einnahmen (Mrd. €)	238,9	31,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-7,3	-12,4
Steuereinnahmen (Mrd. €)	211,9	28,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-7,0	-13,8
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-80,6	-28,5
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	-0,7
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-80,2	-28,0

¹Stand Bereinigungssitzung.

² Buchungsergebnisse.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist	Soll ¹	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	Veränderung		
	2009	2010	Januar bis Fe	bruar 2010	Januar bis Fel	bruar 2009	ggü. Vorjahr ir	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	eil in % in Mio. € Anteil i		%	
Allgemeine Dienste	53 357	54 219	9 060	15,0	9 807	17,0	-7,	
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 646	6 000	1 347	2,2	1 559	2,7	-13,	
Verteidigung	31 320	31 188	5 8 4 1	9,7	5 692	9,9	2,	
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6356	6 2 5 8	1 020	1,7	1 039	1,8	-1,	
Finanzverwaltung	3 662	3 944	579	1,0	527	0,9	9	
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	14 960	15 402	1 803	3,0	1 737	3,0	3	
BAföG	1324	1 382	331	0,5	332	0,6	-0	
Forschung und Entwicklung	8 701	9 1 2 4	694	1,1	489	0,8	41	
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	147 716	173 074	31 937	52,8	28 251	49,0	13,	
Sozialversicherung	76 305	78 088	18 542	30,7	18 169	31,5	2	
Arbeitslosenversicherung	7 777	7 927	1 830	3,0	0	0,0		
Grundsicherung für Arbeitssuchende	36 011	38311	5 940	9,8	5 612	9,7	5	
darunter: Arbeitslosengeld II	22374	23 900	3 9 1 9	6,5	3 756	6,5	4	
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 5 1 5	3 400	555	0,9	554	1,0	0	
Wohngeld	784	791	152	0,3	79	0,1	92	
Erziehungsgeld/Elterngeld	4 455	4 485	787	1,3	795	1,4	-1	
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 071	1 908	418	0,7	454	0,8	-7	
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 251	1 414	147	0,2	127	0,2	15	
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 808	2 034	205	0,3	176	0,3	16	
Wohnungswesen	1 142	1 286	178	0,3	158	0,3	12	
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 584	7 100	1 949	3,2	1 825	3,2	6	
Regionale Förderungsmaßnahmen	966	684	72	0,1	69	0,1	4	
Kohlenbergbau	1 3 7 5	1 351	1319	2,2	1 3 7 5	2,4	-4	
Gewährleistungen	601	2 050	189	0,3	48	0,1	293	
Verkehrs und Nachrichtenwesen	12 426	12 351	1 211	2,0	1 361	2,4	-11	
Straßen (ohne GVFG)	6 925	6 3 3 5	409	0,7	391	0,7	4	
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 740	16 374	2 069	3,4	1 790	3,1	15	
Bundeseisenbahnvermögen	5 3 3 3	5 3 3 0	645	1,1	645	1,1	0	
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4 154	4328	422	0,7	552	1,0	-23	
Allgemeine Finanzwirtschaft	39 412	37 532	12 074	20,0	12 541	21,8	-3	
Zinsausgaben	38 099	36 751	11911	19,7	12 180	21,1	-2	
Ausgaben zusammen	292 253	319 500	60 455	100,0	57 615	100,0	4	

 $^{^{1}}$ Stand: Bereinigungssitzung.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

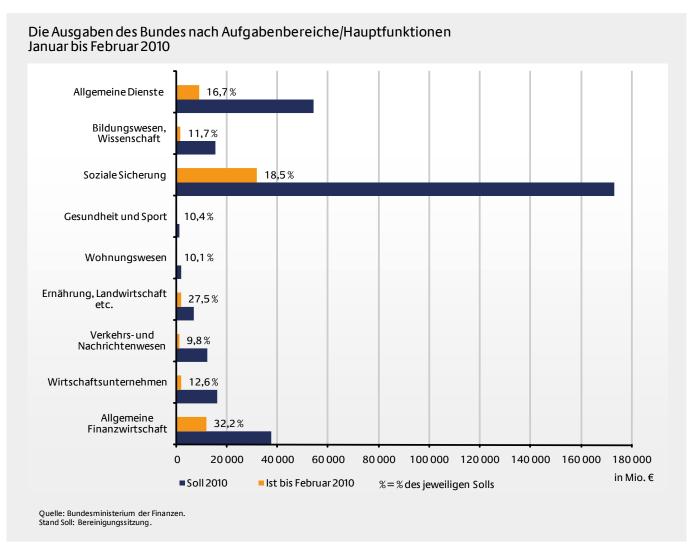
Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes lagen bis einschließlich Februar mit 60,5 Mrd. € um 2,8 Mrd. € (+4,9%) über dem Vorjahresergebnis. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf das im Vergleich zum Vorjahr vorzeitige Abrufen der Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit sowie den gestiegenen Bedarf für den Gesundheitsfonds insbesondere zur Finanzierung der Beitragssatzsenkung zurückzuführen. Darüber hinaus hat sich auch die ab 2010 geänderte Veranschlagungsmethode beim Bundeszuschuss für die

Postbeamtenversorgungskasse ausgabenerhöhend ausgewirkt.

Einnahmeentwicklung

Mit 31,9 Mrd. € unterschritten die Einnahmen des Bundes das Vorjahresergebnis um 4,5 Mrd. € (-12,4%). Das Ergebnis der Steuereinnahmen ging im Vergleich zum Februar 2009 mit 28,4 Mrd. € um -7,5% zurück. Negativ wirkten hierbei u. a. die im Februar erfolgte Kompensationszahlung des Bundes zum Ausgleich der bei den Ländern weggefallenen Kfz-Steuereinnahmen für das gesamte 1. Quartal sowie höhere EU-Abführungen, die haushaltstechnisch von den Steuereinnahmen abgesetzt werden. Die



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Verwaltungseinnahmen überschritten das Vorjahresergebnis leicht (+ 0,1%).

Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen zum Bundeshaushalt ist zu Jahresbeginn naturgemäß noch gering. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist	Soll ¹	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderund
	2009	2010	Januar bis Fe	bruar 2010	Januar bis Fe	bruar 2009	ggü. Vorjahı
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. € Anteil in %		in Mio. €	in%	
Konsumtive Ausgaben	265 150	291 723	56 871	94,1	53 950	93,6	5,
Personalausgaben	27 939	27 704	5 446	9,0	5 193	9,0	4,
Aktivbezüge	20 977	20789	3 974	6,6	3 744	6,5	6
Versorgung	6 962	6915	1 472	2,4	1 449	2,5	1
Laufender Sachaufwand	21 395	21 583	3 062	5,1	2 963	5,1	3
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 478	1 466	179	0,3	164	0,3	9
Militärische Beschaffungen	10 281	10 469	1 752	2,9	1 704	3,0	2
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 647	1 130	1,9	1 095	1,9	3
Zinsausgaben	38 099	36 751	11 911	19,7	12 180	21,1	-2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	205 272	36 365	60,2	33 536	58,2	8
an Verwaltungen	14396	14503	1 954	3,2	2 118	3,7	-7
an andere Bereiche	162 892	190 769	35 268	58,3	31 473	54,6	12
darunter:							
Unternehmen	22 951	25 316	4198	6,9	3 930	6,8	6
Renten, Unterstützungen u.a.	29 699	31 274	5 3 2 3	8,8	5 173	9,0	2
Sozialversicherungen	105 130	128 365	24793	41,0	21 425	37,2	15
Sonstige Vermögensübertragungen	429	413	88	0,1	78	0,1	12
Investive Ausgaben	27 103	28 293	3 584	5,9	3 665	6,4	-2
Finanzierungshilfen	18 599	20 180	3 066	5,1	3 137	5,4	-2
Zuweisungen und Zuschüsse	15 190	15 342	2 2 7 9	3,8	2 291	4,0	-0
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 490	4028	363	0,6	469	0,8	-22
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	810	424	0,7	377	0,7	12
Sachinvestitionen	8 504	8 113	518	0,9	528	0,9	-1
Baumaßnahmen	6 830	6 5 3 2	329	0,5	328	0,6	0
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	1 035	122	0,2	129	0,2	-5
Grunderwerb	643	546	67	0,1	71	0,1	-5
Globalansätze	0	- 516	0		0		
Ausgaben insgesamt	292 253	319 500	60 455	100,0	57 615	100,0	4

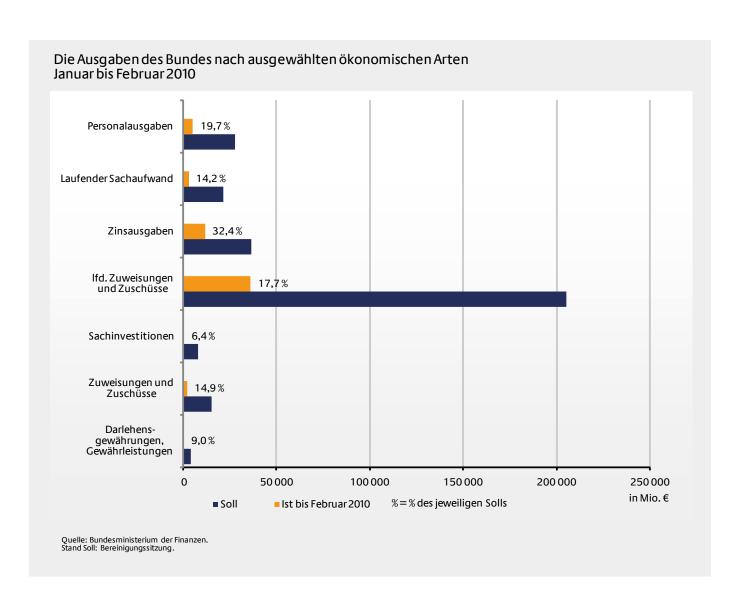
¹Stand: Bereinigungssitzung.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von - 28,5 Mrd. € ableiten.

Sondervermögen ITF

Ein wesentlicher Bestandteil des 2009 beschlossenen Konjunkturpakets II ist der "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF). Der Bund stellt über dieses Sondervermögen außerhalb des Bundeshaushalts in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt 20,4 Mrd. € für zusätzliche Maßnahmen zur schnellen Konjunkturbelebung bereit. Bis einschließlich Februar 2010 sind bereits 7,1 Mrd. € abgeflossen. Davon wurden rund 4,7 Mrd. € für die Umweltprämie, rund 1,5 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder und rund 0,8 Mrd. € für Investitionen des Bundes ausgezahlt.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

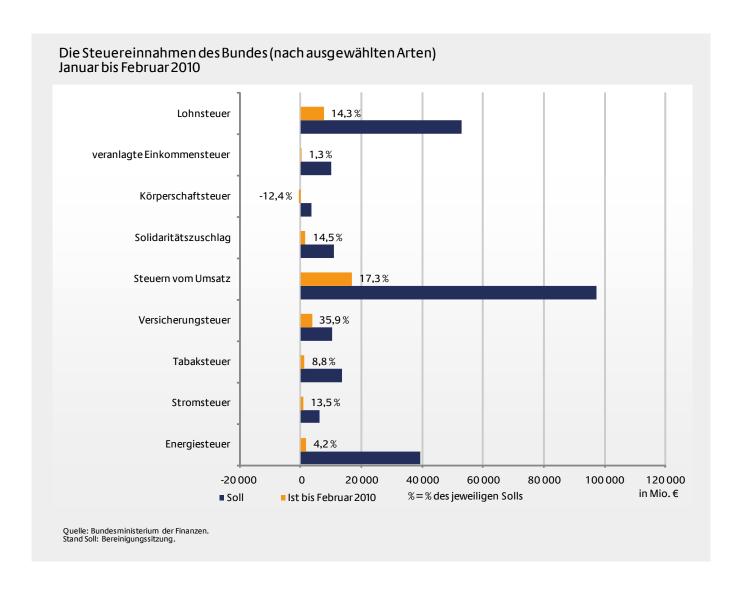
Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	Soll ¹	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderung
	2009	2010	Januar bis Fe	bruar 2010	Januar bis Fe	bruar 2009	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
I. Steuern	227 835	211 887	28 383	88,9	32 912	90,3	-13,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	180 223	171 884	26 789	83,9	28 470	78,1	-5,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge) ²	83 779	73 391	9910	31,0	11 866	32,5	-16,
davon:							
Lohnsteuer	57 248	53 083	7 588	23,8	8 611	23,6	-11,
veranlagte Einkommensteuer	11 233	10 179	136	0,4	-373	-1,0	
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	6 2 3 7	5 3 4 3	1 107	3,5	1 473	4,0	-24,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ²	5 475	5 060	1 523	4,8	2 128	5,8	-28
Körperschaftsteuer	3 587	3 595	- 444	-1,4	28	0,1	
Steuern vom Umsatz	95 400	97 274	16838	52,7	16 602	45,5	1
Gewerbesteuerumlage	1 044	1 2 1 9	42	0,1	1	0,0	
Energiesteuer	39 822	39 400	1 666	5,2	1 795	4,9	-7
Tabaksteuer	13 366	13 590	1 196	3,7	1319	3,6	-9
Solidaritätszuschlag	11 927	10950	1 593	5,0	1 809	5,0	-11
Versicherungsteuer	10 548	10 450	3 752	11,7	3 858	10,6	-2
Stromsteuer	6 2 7 8	6 3 5 0	858	2,7	1 022	2,8	-16
Kraftfahrzeugsteuer	-	8 240	1 536	4,8	-	-	
Branntweinabgaben	2 103	2 082	397	1,2	455	1,2	-12
Kaffeesteuer	997	1 010	168	0,5	158	0,4	6
Ergänzungszuweisungen an Länder	-13 462	-12 694	0	0,0	0	0,0	
BNE-Eigenmittel der EU	-14880	-22 030	-5 676	-17,8	-3 639	-10,0	56
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 017	-1 930	- 611	-1,9	-1 327	-3,6	-54
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 775	-6877	-1 146	-3,6	-1 129	-3,1	1
Zuweisung an die Länderfür Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-	-8 992	-2 248	-7,0	-	-	
II. Sonstige Einnahmen	29 907	27 037	3 557	11,1	3 552	9,7	0
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 457	4279	356	1,1	180	0,5	97
Zinseinnahmen	574	395	72	0,2	205	0,6	-64
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	3 836	4 1 4 7	640	2,0	534	1,5	19
Einnahmen zusammen	257 742	238 924	31 940	100,0	36 464	100,0	-12,

¹Stand: Bereinigungssitzung.

 $^{^2\,\}text{Bis}\,2008\,\text{Zinsabschlag}$.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2010

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2010

Insgesamt sind die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im Februar 2010 im Vorjahresvergleich um - 2,8 % gesunken. Für die beiden ersten Monate des Jahres zusammengenommen liegt die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr bei - 5,4 %.

Die Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Steuern blieben im Februar hinter dem Vorjahresniveau um insgesamt - 1,2% zurück. Die Entwicklung der Ländersteuern (- 40,8%) und der Bundessteuern (- 0,9%) ist verzerrt durch den Wechsel der Ertragskompetenz bei der Kraftfahrzeugsteuer, die seit dem 1. Juli 2009 auf den Bund übergegangen ist. Ohne Berücksichtigung der Kfz-Steuer liegen die Veränderungsraten im Falle der Ländersteuern bei - 9,4% und im Falle der Bundessteuern bei - 8,7%.

Bei den Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) wurde das Niveau vom Februar 2009 um - 10,6 % unterschritten. Das Ergebnis wurde ähnlich wie im Januar durch deutlich erhöhte Abführungen an die EU nach unten gezogen.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer blieben um rund -1,5 Mrd. € oder -13,6 % hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Eine wichtige Ursache hierfür ist der Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens, der weiterhin weniger aus einem Abbau der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer als vielmehr aus der Verringerung der im Durchschnitt geleisteten Arbeitsstunden resultiert. Hinzu kommt die Anhebung des Kindergeldes ab dem 1. Januar 2010 nach dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Die aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergeldzahlungen waren um +11,2 % höher als im Vorjahresmonat.

Im Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer (-73 Mio. €) glichen sich Nachzahlungen und Vorauszahlungen mit den Erstattungen nahezu aus. Gemessen am Vorjahr ist das eine deutliche Verbesserung, denn damals hatten hohe Steuererstattungen infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale per saldo noch zu einem Minus von -1,4 Mrd. € geführt.

Im Falle der Körperschaftsteuer (- 0,5 Mrd. €) brachten deutlich verringerte Vorauszahlungen eine Verschlechterung des Ergebnisses mit sich. Im Vorjahr war das Minus (- 0,2 Mrd. €) weniger hoch ausgefallen.

In der positiven Entwicklung der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+ 18,1%) macht sich neben einer vergleichsweise schwachen Vorjahresbasis auch bemerkbar, dass es hier in einem Bundesland zu ungewöhnlich stark steigenden Einnahmen kam, wie sie sich auch in anderen Fällen – z. B. aus Schwankungen in den Ausschüttungsterminen – immer wieder einmal ergeben. Wie schwankungsanfällig die Ergebnisse sein können, hatte sich zuletzt im Januar mit einem krassen Einbruch gezeigt. Das für die beiden ersten Monate des Jahres zusammengefasste Ergebnis (- 24,8 %) liegt deshalb nach wie vor im negativen Bereich.

Nicht ganz so stark wie im Januar fielen die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge mit jetzt - 7,6 % hinter den Vorjahresstand zurück. Kumuliert liegt die Veränderungsrate (- 26,7 %) in einer ähnlichen Größenordnung wie bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag.

Ins Negative drehten im Februar mit - 0,9% auch die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz, wobei sich die Entwicklungen bei

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2010

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2010	Februar	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Februar	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2010	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio € ⁵	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	9 413	-13,6	21 085	-10,9	124900	-7,6
veranlagte Einkommensteuer	-72	Х	319	Х	23 950	-9,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 022	18,1	2 2 1 5	-24,8	10 685	-14,3
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	720	-7,6	3 461	-26,7	11 500	-7,6
Körperschaftsteuer	- 488	X	-888	X	7 190	0,2
Steuern vom Umsatz	16 653	-0,9	31 754	2,9	180 150	1,8
Gewerbesteuerumlage	140	X	107	Х	2 941	14,4
erhöhte Gewerbesteuerumlage	37	X	97	Χ	2 553	9,3
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	27 424	-1,2	58 151	-5,2	363 869	-3,1
Bundessteuern						
Energiesteuer	1394	-5,6	1 666	-7,2	39 400	-1,1
Tabaksteuer	822	-24,0	1196	-9,3	13 590	1,7
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	207	-18,7	396	-12,9	2 080	-1,0
Versicherungsteuer	3 202	-3,4	3 752	-2,7	10 450	-0,9
Stromsteuer	341	-28,6	858	-16,1	6 3 5 0	1,1
Kraftfahrzeugsteuer (ab 1. Juli 2009) ³	576	Х	0	X	8 240	>
Solidaritätszuschlag	680	-0,7	1 593	-12,0	10950	-8,2
übrige Bundessteuern	140	-1,5	279	-1,0	1 466	-0,5
Bundessteuern insgesamt	7 362	-0,9	11 275	7,0	92 526	3,6
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	247	-20,9	559	-25,5	4748	4,4
Grunderwerbsteuer	396	9,1	775	1,3	4805	-1,1
Rennwett- und Lotteriesteuer	111	-32,4	240	-22,9	1 480	-2,0
Biersteuer	42	-12,5	105	-5,5	727	-0,4
Sonstige Ländersteuern	113	-2,5	130	-3,9	363	9,8
Ländersteuern insgesamt	909	-40,8	1 810	-50,0	12 123	-26,0
EU-Eigenmittel						
Zölle	325	-6,6	802	23,2	3 800	5,4
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	412	-58,6	611	-54,0	1 930	-4,3
BSP-Eigenmittel	3 651	52,0	5 676	56,0	22 030	48,0
EU-Eigenmittel insgesamt	4 388	17,2	7 090	26,2	27 760	35,4
Bund ⁴	14 398	-10,6	28 466	-11,1	215 725	-5,4
Länder ⁴	15 415	0,2	32 223	-4,8	201 530	-2,7
EU	4 388	17,2	7 090	26,2	27 760	35,4
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 820	-1,5	4 260	-7,4	27 303	-6,7
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	36 021	-2,8	72 038	-5,4	472 318	-2,6

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^2\,}Nach\,Abzug\,der\,Kindergelder stattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"ur\,Steuern.$

 $^{^3\,\}mathrm{Ab}\,\mathrm{dem}\,\mathrm{1}.\,\mathrm{Juli}\,\mathrm{2009}\,\mathrm{steht}\,\mathrm{das}\,\mathrm{Aufkommen}\,\mathrm{aus}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Kfz}\text{-}\mathrm{Steuer}\,\mathrm{dem}\,\mathrm{Bund}\,\mathrm{zu}.$

 $^{^4\,}Nach\,Erg\"{a}nzungszuweisungen; Abweichung\,zu\,Tabelle\,"Einnahmen\,des\,Bundes"\,ist\,methodisch\,bedingt\,(vgl.\,Fn.\,1).$

⁵ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2009.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2010

der (Binnen-)Umsatzsteuer mit - 0,8 % und der Einfuhrumsatzsteuer mit - 1,0 % kaum voneinander unterschieden. Insgesamt deutet das Ergebnis auf eine deutlich gedämpfte Nachfrageentwicklung der privaten Haushalte schon gegen Ende des vergangenen Jahres hin, denn in den Steuereinnahmen schlagen sich die entstandenen Umsätze üblicherweise erst mit einer Verzögerung von zwei Monaten nieder.

Das Aufkommen der reinen Bundessteuern lag um - 0,9 % unter dem Ergebnis des Vorjahres. Ohne den Wechsel der Ertragskompetenz bei der Kraftfahrzeugsteuer, die seit dem 1. Juli 2009 dem Bund zusteht, wäre der Rückgang mit - 8,7 % allerdings sehr viel deutlicher ausgefallen. Dem noch im Januar beobachteten Anstieg bei der Tabaksteuer, der auf steuertechnische Ursachen zurückgeführt worden war, ist mit - 24,0 % auch dort ein Minus gefolgt. Eine ebenfalls zweistellige Größenordnung erreichten die Rückgänge

bei der Stromsteuer (- 28,6 %) und bei der Branntweinsteuer (- 18,7 %). Bei Energiesteuer (- 5,6 %) und Versicherungsteuer (- 3,4 %) war die Verringerung nicht ganz so stark ausgeprägt. Gleiches gilt für den Solidaritätszuschlag (- 0,7 %), bei dem sich gegenläufige Entwicklungen seiner Bemessungsgrundlagen niederschlugen.

Die reinen Ländersteuern unterschritten ihr Aufkommensvolumen aus dem Vorjahr um -40,8 %. Werden auch hier die Effekte der Kompetenzverlagerung bei der Kraftfahrzeugsteuer herausgerechnet, weicht das Ergebnis mit -9,4 % nicht sonderlich von dem für die Bundessteuern ohne Berücksichtigung der Kraftfahrzeugsteuer ermittelten Resultat (-8,7 %) ab. Einer Zunahme bei der Grunderwerbsteuer (+9,1 %) standen deutliche Rückgänge bei der Erbschaftsteuer (-20,9 %), der Rennwett- und Lotteriesteuer (-32,4 %) sowie der Biersteuer (-12,5 %) gegenüber.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen veränderte sich im Februar mit durchschnittlich 3,76 % nicht gegenüber Januar (3,79 %).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe sank Ende Februar geringfügig auf 3,12% (Januar 3,20%).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – verringerten sich von 0,67 % Ende Januar auf 0,66 % Ende Februar.

Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 4. März 2010 die seit Mai 2009 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % beziehungsweise 0,25 % belassen.

Der deutsche Aktienindex fiel zum 28. Februar auf 5 598 Punkte (Januar: 5 609 Punkte).

Der Euro Stoxx 50 fiel von 2777 Punkten im Januar auf 2728 Punkte im Februar.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Januar 2010 bei 0,1% nach -0,3% im Dezember und -0,3% im November. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsraten von M3 für den Zeitraum von November 2009 bis Januar 2010 blieb mit -0,1% gegenüber der Vorperiode unverändert (Referenzwert 4,5%).



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Die Wachstumsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Januar 0,1% (Dezember 0,7%, November 0,6%).

In Deutschland betrug die Wachstumsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen im Januar -0,93 % (Dezember -0,14 %, November 1,37 %).

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Bis einschließlich Januar 2010 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen (Finanzmarktstabilisierungsfonds und Investitions- und Tilgungsfonds) 38,90 Mrd. €. Davon wurden 31 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurde am 13. Januar 2010 im Tenderverfahren eine 1,75 %ige Inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN DE 0001030526, WKN 103052) mit einem Volumen von insgesamt 2,0 Mrd. € aufgestockt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 5,7 Mrd. €).

Die im Januar 2010 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2010".

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 31. Januar 2010 Tagesanleihe. Schuldscheindarlehen Medium Term Notes 0,2% 1,2% Treuhand 0.0% Finanzierungsschätze 0.1 % unverzinsliche Schatzanweisungen 9,5 % Bundesschatz anweisungen 11.7% Bundesanleihen 56,8% Bundesschatzbriefe 0,9% Bundesobligationen 16,8% Inflationsindexierte Bundeswertpapiere 2.8% Kreditmarktmittel des Bundes einschl. der Eigenbestände: 1054,3 Mrd. €; darunter Eigenbestände: 36,2 Mrd. €. Ouelle: Bundesministerium der Finanzen.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in M	rd.€					
Anleihen	20,3												20,3
Bundesobligationen	-												-
Bundesschatzanweisungen	-												-
U-Schätze des Bundes	11,9												11,9
Bundesschatzbriefe	0,2												0,2
Finanzierungsschätze	0,1												0,1
Tagesanleihe	0,1												0,1
Fundierungsschuld-verschreibungen	-												-
MTN der Treuhandanstalt	-												-
Entschädigungsfonds	-												-
Schuldscheindarlehen	-												-
Kredite zur Rekapitalisierung	-												-
Sonstige Schulden gesamt	-0,0												-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	32,6												32,6

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mı	d.€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,9												13,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich Januar 2010 die Tilgungen auf rund 32,62 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 13,93 Mrd. €.

Der Bruttokreditbedarf wurde zur Finanzierung des Bundeshaushaltes in Höhe von 38,43 Mrd. € und des Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 0,47 Mrd. € eingesetzt.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2010 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesanleihe ISIN DE0001135390 WKN 113539	Aufstockung	6. Januar 2010	10 Jahre fällig 4. Jnauar 2020 Zinslaufbeginn 13. November 2009 erster Zinstermin 4. Januar 2011	6 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141562 WKN 114156	Neuemission	13. Januar 2010	5 Jahre fällig 27. Februar 2015 Zinslaufbeginn 15. Januar 2010 erster Zinstermin 27. Februar 2011	6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137289 WKN 113728	Aufstockung	20. Januar 2010	2 Jahre fällig 16. Dezember 2011 Zinslaufbeginn 20. November 2009 erster Zinstermin 16. Dez. 2010	7 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135366 WKN 113536	Aufstockung	27. Januar 2010	30 Jahre fällig 4. Juli 2040	3 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141562 WKN 114156	Aufstockung	3. Februar 2010	5 Jahre fällig 27. Februar 2015 Zinslaufbeginn 15. Januar 2010 erster Zinstermin 27. Februar 2011	ca. 6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135390 WKN 113539	Aufstockung	10. Februar 2010	10 Jahre fällig 4. Januar 2020 Zinslaufbeginn 13. November 2009 erster Zinstermin 4. Januar 2011	ca. 5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137297 WKN 113729	Neuemission	17. Februar 2010	2 Jahre fällig 16. März 2012 Zinslaufbeginn 19. Februar 2010 erster Zinstermin 16. März 2011	ca.7 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141562 WKN 114156	Aufstockung	3. März 2010	5 Jahre fällig 27. Februar 2015 Zinslaufbeginn 15. Januar 2010 erster Zinstermin 27. Februar 2011	ca. 5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137297 WKN 113729	Aufstockung	10. März 2010	2 Jahre fällig 16. März 2012 Zinslaufbeginn 19. Februar 2010 erster Zinstermin 16. März 2011	ca. 6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135390 WKN 113539	Aufstockung	17. März 2010	10 Jahre fällig 4. Januar 2020 Zinslaufbeginn 13. November 2009 erster Zinstermin 4. Januar 2011	ca. 5 Mrd. €
			1. Quartal 2010 insgesamt	ca. 56 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\ einschließlich\ Marktpflege quote.$

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2010 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115533 WKN 111553	Neuemission	11. Januar 2010	6 Monate fällig 14. Juli 2010	5 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115541 WKN 111554	Neuemission	25. Januar 2010	12 Monate fällig 26. Januar 2011	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115558 WKN 111555	Neuemission	15. Februar 2010	6 Monate fällig 11. August 2010	ca. 5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115566 WKN 111556	Neuemission	22. Februar 2010	12 Monate fällig 23. Februar 2011	ca. 4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE00011155574 WKN 111557	Neuemission	15. März 2010	6 Monate fällig 15. September 2010	ca.5 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115582 WKN 111558	Neuemission	29. März 2010	12 Monate fällig 30. März 2011	ca.4Mrd.€
			1. Quartal 2010 insgesamt	ca. 27 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die konjunkturelle Erholung setzt sich nur zögerlich fort.
- Das Exportgeschäft erlitt zum Jahresbeginn einen deutlichen Rückschlag, ist in der Tendenz jedoch weiterhin aufwärtsgerichtet.
- Der Arbeitsmarkt erweist sich ungeachtet des strengen Winters als robust.
- Die Entwicklung des Verbraucherpreisindex verläuft weiterhin moderat.

Die deutsche Wirtschaft ist verhalten in das neue Jahr gestartet. Bereits im Schlussquartal 2009 hatte die gesamtwirtschaftliche Aktivität gegenüber dem Vorquartal lediglich stagniert. Dies zeigt, dass der konjunkturelle Erholungsprozess nach wie vor anfällig für Rückschläge ist. Vor allem die spürbare Abschwächung der industriellen Dynamik hat im 4. Quartal 2009 dämpfend auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gewirkt. Wachstumsimpulse kamen ausschließlich vom Außenhandel (preis-, kalender- und saisonbereinigt + 2,0 Prozentpunkte gegenüber dem Vorquartal). Dabei stand einer deutlichen Zunahme der Exporte ein Rückgang der Importe gegenüber. Der positive Wachstumsbeitrag kompensierte den negativen Impuls der inländischen Verwendung (-2,0 Prozentpunkte). Dabei erwiesen sich sowohl die Investitionen als auch die Konsumausgaben als hemmend. Insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen (-1,5%) und die privaten Konsumausgaben (-1,0%) waren im Vorquartalsvergleich deutlich rückläufig. Auch in Bauten wurde weniger investiert (- 0,5 %), obwohl die Bauinvestitionen des Staates mit einem Anstieg um 6,0 % gegenüber dem Vorquartal deutlich stützend wirkten. Die privaten Konsumausgaben wurden unter anderem durch eine schwache Lohnentwicklung sowie den Rückgang der privaten Pkw-Nachfrage nach Auslaufen der Umweltprämie gedämpft. Darüber hinaus scheint angesichts der bestehenden

Arbeitsplatzunsicherheit im Hinblick auf das Ausgabenverhalten das Vorsichtsmotiv wieder stärker in den Vordergrund getreten zu sein: Die Sparquote stieg in saisonbereinigter Betrachtung gegenüber dem Vorquartal um 0,1 Prozentpunkte auf 11,4%.

Die rückläufige Nachfrageentwicklung der privaten Haushalte im 4. Quartal zeigt sich auch im Rückgang der Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz im Februar 2010 (- 0,9 % gegenüber dem Vorjahr), die üblicherweise die entstandenen Umsätze mit einer Verzögerung von zwei Monaten widerspiegeln. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer waren im Februar ebenfalls spürbar zurückgegangen (-13,6% gegenüber dem Vorjahr). Dies ist u. a. auch auf einen Rückgang des Lohnaufkommens zurückzuführen, der sich aus einer spürbaren Senkung der Arbeitszeit durch die Nutzung tarifvertraglicher Regelungen und die Ausweitung der Kurzarbeit ergab. Hierdurch wurde jedoch ein starker Personalabbau vermieden, durch den der Einnahmerückgang aus Lohnsteuern wahrscheinlich noch höher ausgefallen wäre.

Die Wirtschaftsdaten vom Januar deuten auf eine nur zögerliche Belebung der industriellen Aktivität sowie auf eine anhaltenden Schwäche der privaten Konsumtätigkeit hin. Insgesamt signalisieren die vorlaufenden Indikatoren jedoch, dass sich die konjunkturelle Erholung nach verhaltenem Jahresauftakt im weiteren Jahresverlauf allmählich

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

fortsetzen dürfte. Dennoch zeigen die Wachstumspause im Schlussquartal 2009 sowie der zögerliche Einstieg in das neue Jahr, dass bisher nicht von einem selbsttragenden Aufschwung gesprochen werden kann. Zum einen stellt die ungünstige Entwicklung der Industrieindikatoren im Dezember eine gewisse Vorbelastung für das BIP-Ergebnis im 1. Quartal 2010 dar. Zum anderen wurde im Februar die Lage in den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes laut ifo-Konjunkturtest wieder etwas schlechter eingeschätzt als im Vormonat, Belastend kommt außerdem der zuletzt - vermutlich vor allem witterungsbedingte – drastische Einbruch der Produktion im Bauhauptgewerbe hinzu. Die zu erwartenden Wertschöpfungseinbußen im Bauhauptgewerbe dürften jedoch im 2. Quartal angesichts einer zuletzt günstigen Entwicklung der Bauaufträge größtenteils ausgeglichen werden.

Zum Jahresbeginn erfuhr das Exportgeschäft einen deutlichen Rückschlag. Die nominalen Warenexporte gingen im Januar 2010 (saisonbereinigt) gegenüber dem Vormonat deutlich zurück, nach spürbarer Ausweitung im Dezember 2009. Auch wenn die nominalen Warenausfuhren im Zweimonatsdurchschnitt weiterhin aufwärtsgerichtet sind, hat das Exportgeschäft vorübergehend deutlich an Dynamik eingebüßt. Das Ausfuhrergebnis des Vorjahres wurde im Januar (nach Ursprungswerten) geringfügig überschritten. Dabei wurden die Ausfuhren in den Nicht-Euroraum der Europäischen Union (+1,2%) sowie in Drittländer (+ 2,5 %) ausgeweitet. Dagegen verbuchten Warenausfuhren in den Euroraum weiterhin ein Minus (-2,1%). Es ist jedoch zu beachten, dass der Vorjahresvergleich aktuell – aufgrund des Exporteinbruchs im Januar 2009 - von einem Basiseffekt geprägt und daher nur bedingt aussagekräftig ist. Angesichts der günstigen Entwicklung der Auslandsbestellungen und der ifo-Exporterwartungen sind vom Exportgeschäft im weiteren Jahresverlauf nach wie vor positive Impulse zu erwarten. Allerdings könnten sie sich im Vergleich zum

4. Quartal 2009 etwas abschwächen. Darauf deutet zumindest die jüngste Entwicklung des OECD Composite Leading Indicator hin, der eine Verlangsamung der Wachstumsdynamik der Weltwirtschaft signalisiert.

Die Zunahme der nominalen Warenimporte fiel im Januar nochmals deutlicher aus als im Dezember 2009 (saisonbereinigt, jeweils gegenüber dem Vormonat). Im Zweimonatsdurchschnitt sind die Wareneinfuhren nun klar aufwärtsgerichtet. Nach Ursprungswerten wurde das entsprechende Vorjahresergebnis jedoch noch deutlich unterschritten. Der Aufwärtstrend bei den nominalen Warenimporten könnte - nach einem deutlichen gesamtwirtschaftlichen Lagerabbau im Schlussquartal 2009 – eine Gegenbewegung bei den Vorratsinvestitionen signalisieren. Dies stünde im Einklang mit der verstärkten Inlandsnachfrage nach Vorleistungsgütern im Januar und könnte auf eine bevorstehende Belebung der industriellen Produktionstätigkeit hinweisen.

Die Industrieindikatoren haben sich - nach ungünstigen Dezember-Ergebnissen – zu Jahresbeginn wieder etwas erholt. Produktion und Umsätze in der Industrie sind derzeit tendenziell seitwärtsgerichtet. So wurde die Industrieproduktion im Januar im Vergleich zum Vormonat wieder leicht ausgeweitet. Dies war ausschließlich auf die Herstellung von Vorleistungsgütern zurückzuführen, wobei der Produktionsrückgang vom Dezember aber nicht wieder aufgeholt werden konnte. Im Zweimonatsdurchschnitt ist die Entwicklung der Erzeugung von Vorleistungsgütern noch rückläufig, und die Investitionsgüterproduktion stagniert nahezu. Letztere wurde insbesondere durch die Verringerung der Produktion von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die durch den Wegfall der Umweltprämie belastet wurde, gedämpft. Dagegen dürfte die leichte Erholung im Maschinenbau die Entwicklung im Investitionsgüterbereich begünstigt haben.

Die industriellen Umsätze nahmen in saisonbereinigter Betrachtung im Januar

 $Konjunkturent wicklung \ aus \ finanz politischer \ Sicht$

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2009		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd.€		Vorp	eriode saisoi	nbereinigt		Vorjah	r
	bzw. Index	ggü. Vorj. in %	2. Q.09	3.Q.09	4.Q.09	2. Q.09	3.Q.09	4.Q.09
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	104,8	-5,0	+0,4	+0,7	+0,0	-7,0	-4,7	-1,7
jeweilige Preise	2 407	-3,5	+0,8	+1,5	-0,1	-5,8	-2,9	-0,6
Einkommen ¹								
Volkseinkommen	1815	-3,8	-0,3	+4,0	+0,6	-6,6	-2,6	+0,3
Arbeitnehmerentgelte	1224	-0,1	-0,1	+0,1	-0,3	+0,0	-0,5	-0,8
Unternehmens- und								
Vermögenseinkommen	591	-10,6	-0,5	+12,6	+2,4	-18,8	-6,2	+2,9
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 565	+0,4	+1,4	-0,2	-0,5	+0,8	+0,2	+0,4
Bruttolöhne ugehälter	992	-0,4	+0,1	+0,3	+0,3	-0,5	-0,8	-0,9
Sparen der privaten Haushalte	180	+0,9	-0,5	+1,6	+0,3	-0,2	+2,0	+0,0
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	2	2009	Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	ggü.Vorj. in%	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Dez 09	Jan 10	Zweimonats- durchschnitt	Dez 09	Jan 10	Zweimonats durchschnit
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe(Mrd.€)	82	-4,0	-2,8		-3,5	-2,3		-1,3
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	803	-18,4	+3,4	-6,3	+0,7	+3,7	+0,2	+1,9
Waren-Importe	667	-17,3	+5,0	+6,0	+4,7	-6,1	-1,4	-3,8
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden	93,7	-16,0	-1,0	+0,6	-0,4	-5,2	+2,1	-1,6
Gewerbe (Index 2005 = 100) ¹ Industrie ²	93,2	-17,8	-1,2	+0,9	-0,3	-5,9	+3,0	-1,6
	108,2	-0,1	-2,0	-14,3	-8,8	-0,7	-9,4	-4,9
Bauhauptgewerbe Umsätze im	100,2	-0,1	-2,0	-14,3	-0,0	-0,7	-9,4	-4,9
Produzierenden Gewerbe ¹								
Industrie (Index 2005 = 100) ²	93,2	-17,3	-0,8	+0,9	-0,2	-3,9	+3,7	-0,3
Inland	93,2	-14,3	-3,0	+1,8	-2,1	-5,0	-0,2	-2,6
Ausland	93,2	-20,5	+1,4	+0,0	+1,8	-2,9	+8,4	+2,4
Auftragseingang (Index 2005 = 100) ¹								
Industrie ²	87,2	-21,6	-1,6	+4,3	+1,9	+7,2	+19,7	+13,2
Inland	88,5	-18,3	-1,3	+7,1	+3,0	+5,6	+15,2	+10,4
Ausland	86,1	-24,3	-1,7	+1,9	+1,0	+8,6	+24,2	+16,0
Bauhauptgewerbe	95,7	-6,9	+5,9		+1,5	+8,2		+3,6
Umsätze im Handel								
(Index 2005=100)								
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	97,0	-2,1	+1,0	-0,5	+0,3	-1,3	-4,0	-2,5
Handel mit Kfz	93,5	+0,5	-1,7	+2,0	-5,0	-1,3	-7,0	-4,0

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2009		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. in%	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Dez 09	Jan 10	Feb 10	Dez 09	Jan 10	Feb 10
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,42	+4,8	-4	+5	+7	+173	+129	+91
Erwerbstätige, Inland	40,26	-0,0	+5	+5		-139	-97	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,38	-0,3	+47			-87		
Preisindizes	7	2009	Veränderung in % gegenüber				oer	
2005 = 100		ggü. Vorj. in %	Vorperiode			Vorjahr		
	Index	ggu. voij. III %	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Dez 09	Jan 10	Feb 10
Importpreise	100,5	-8,6	+0,5	+1,7		-1,0	+1,4	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	108,0	-4,2	-0,1	+0,8		-5,2	-3,4	
Verbraucherpreise	107,0	+0,3	+0,8	-0,6	+0,4	+0,9	+0,8	+0,6
ifo-Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saison bereinigte Salden							
	Jul 09	Aug 09	Sep 09	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10
Klima	-25,4	-19,2	-17,8	-16,5	-12,9	-11,5	-9,0	-10,3
Geschäftslage	-34,1	-30,5	-29,0	-28,4	-24,9	-22,5	-21,0	-23,8
Geschäftserwartungen	-16,1	-7,0	-5,9	-3,9	+0,0	+0,3	+3,8	+4,2

¹Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

gegenüber dem Vormonat prozentual in gleichem Maße zu wie die Industrieproduktion. Die Umsätze im Inland stiegen merklich an, während die Auslandsumsätze stagnierten. Der Zweimonatsvergleich hinsichtlich der Inlandsumsätze wird noch durch die ungünstigen Dezemberdaten geprägt. Die Auslandsumsätze legten dagegen bei entsprechender Betrachtung deutlich zu.

Die Auftragseingänge in der Industrie sind im Januar gegenüber dem Vormonat (saisonbereinigt) spürbar angestiegen. Damit konnten im Inland die Auftragsrückgänge vom Dezember bei den Investitions- und Vorleistungsgüterherstellern mehr als kompensiert werden. Hierzu trugen vor allem überdurchschnittliche Großaufträge für Investitionsgüter bei. Aber auch ohne diese wären die Verluste vom Vormonat ausgeglichen worden. Die Inlandsbestellungen sind im Zweimonatsdurchschnitt wieder deutlich aufwärtsgerichtet. Daran waren alle drei Gütergruppen beteiligt. Die

Auslandsbestellungen verzeichneten im Januar hauptsächlich im Vorleistungsgüterbereich einen deutlichen Anstieg. Gemessen am Zweimonatsdurchschnitt verläuft der Aufwärtstrend der Auftragseingänge aus dem Ausland flacher als bei den Inlandsbestellungen.

Der Aufwärtstrend der Auftragseingänge deutet insgesamt auf eine Ausweitung der Industrieproduktion in den nächsten Monaten hin. Damit dürfte sich die industrielle Dynamik im weiteren Jahresverlauf erhöhen. Davon geht auch die Mehrzahl der vom ifo-Institut befragten Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe aus.

Die private Konsumtätigkeit hat sich zu Jahresbeginn nicht belebt. Darauf deutet die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze im Januar 2010 hin. Die preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) gingen (saisonbereinigt) gegenüber dem Vormonat etwas zurück, und im Zweimonatsdurchschnitt

²Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

ist nur ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Zwar haben die Umsätze im Kfz-Einzelhandel (inklusive Instandhaltung und Reparatur) im Januar merklich zugenommen. Nach den vorangegangenen Rückgängen konnte der Abwärtstrend damit jedoch nicht gestoppt werden. Eine durchgreifende Erholung der Einzelhandelsumsätze ist auch in den nächsten Monaten nicht zu erwarten. Darauf deutet die weitere leichte Eintrübung der Verbraucherstimmung im Februar hin: Insbesondere die Anschaffungsneigung ließ merklich nach, während die Sparneigung angestiegen ist (GfK-Umfrage). Auch die Beurteilung der Geschäftslage und der Perspektiven durch die Einzelhändler (ifo-Umfrage) war im Februar spürbar ungünstiger als einen Monat zuvor. Die Umfrageindikatoren signalisieren ebenso wie die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze, dass der private Konsum im 1. Quartal 2010 voraussichtlich schwach bleiben wird. Hierzu dürften auch Rückpralleffekte aus dem Auslaufen der Umweltprämie beitragen, wie der Einbruch der Neuzulassungen von privaten Pkw zeigt. Auch die Unsicherheit hinsichtlich der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dürfte zu einem vorsichtigen Ausgabenverhalten der Verbraucher führen.

Im Februar 2010 zeigte sich der Arbeitsmarkt – trotz der ungünstigen Witterungsbedingungen – jedoch in einer robusten Verfassung. Die registrierte Arbeitslosigkeit (nach Ursprungszahlen) stieg im Vergleich zum Vorjahr um 91 000 Personen auf 3,64 Millionen Personen an. Damit nahm die entsprechende Arbeitslosenquote im gleichen Zeitraum um 0,2 Prozentpunkte auf 8,7% zu. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl erhöhte sich im Februar - nach bereits geringer Zunahme im Januar - nur leicht (+7000 Personen gegenüber dem Vormonat). Die Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) stieg im Januar in saisonbereinigter Betrachtung erneut um 5 000 Personen gegenüber dem Vormonat an. Nach Ursprungswerten lag die Erwerbstätigenzahl bei 39,83 Millionen Personen und damit um 97 000 Personen

unter dem Niveau vom Januar 2009. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse nahm im Dezember im Vorjahresvergleich ebenfalls ab (circa - 87 000 Personen). Besonders ausgeprägt war der Beschäftigungsabbau bei Arbeitnehmerüberlassungen und im Verarbeitenden Gewerbe. In konsumnahen Dienstleistungsbereichen hielt der Personalaufbau dagegen an. Im Vergleich zum Vormonat war im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse insgesamt erneut ein Beschäftigungsanstieg zu verzeichnen (saisonbereinigt circa + 47 000 Personen).

Die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt sind zwar deutlich zu spüren. Sie fallen jedoch wesentlich geringer aus, als der wirtschaftliche Einbruch im Jahr 2009 hätte erwarten lassen. Bemerkenswert ist dabei auch, dass sich die Zahl der konjunkturell bedingten Kurzarbeiter im Dezember mit 810 000 Personen gegenüber dem Höchststand im Mai mit 1.52 Millionen Personen nahezu halbiert hat, während gleichzeitig ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit zu beobachten war. Dazu hat - neben der Kurzarbeit - vor allem die Nutzung der flexibleren tarifvertraglichen Regelungen zur temporären Verminderung der Wochenarbeitszeit beigetragen. Die Unternehmen erwarten wohl eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung und sind daher auch weiterhin daran interessiert. ihre Arbeitskräfte zu halten. Zwar sind die Beschäftigungspläne der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe weiterhin auf Personalabbau ausgerichtet. Aber der Rückgang der Arbeitskräftenachfrage hat sich seit einigen Monaten abgeschwächt. Diese Einschätzung wird auch durch die DIHK-Umfrage zum Jahresbeginn 2010 gestützt.

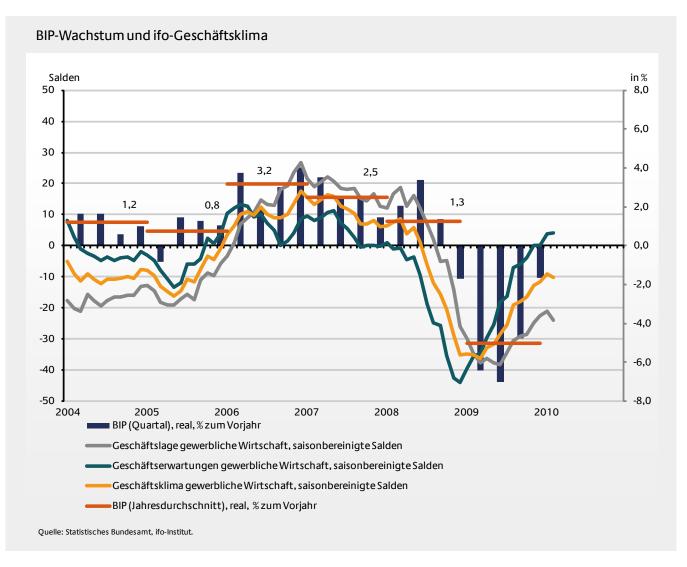
Angesichts der gedämpften Nachfrageentfaltung der privaten Haushalte bleibt es schwierig, höhere Preise zu realisieren. Der Verbraucherpreisindex (VPI) für Deutschland lag im Februar um 0,6 % über dem Vorjahresniveau. Damit hat sich der

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Preisauftrieb wieder etwas abgeschwächt. Bei den Energiepreisen zeigten sich gegensätzliche Entwicklungen, wodurch der entsprechende Teilindex insgesamt nahezu stabil blieb. Im Zuge des Einbruchs der weltwirtschaftlichen Aktivität im Winterhalbjahr 2008/2009 waren auch die Rohölpreise kräftig zurückgegangen. Mit zunehmender Erholung der Weltkonjunktur sind sie inzwischen wieder deutlich angestiegen. So lag der Preis für ein Barrel der Sorte Brent (in US-Dollar gerechnet) im Februar 2010 gut 70 % über dem Vorjahresniveau. Dies spiegelt sich auch in einem entsprechenden Anstieg der Verbraucherpreisniveaus für Kraftstoffe (+13,8%) und Heizöl (+10,5%) wider. Gleichzeitig sanken jedoch die Preise

für Gas (-19,6%) sowie die für Umlagen von Zentralheizung und Fernwärme (-12,9%) spürbar unter Vorjahresniveau. Auch Nahrungsmittel verbilligten sich im Vorjahresvergleich weiter (-1,1%).

Die VPI-Entwicklung dürfte in den nächsten Monaten moderat bleiben. Die jeweiligen Vorjahresraten werden voraussichtlich jedoch höher ausfallen als im vergangenen Jahr. Dafür spricht die mit zunehmender weltwirtschaftlicher Erholung einhergehende Verteuerung von Rohstoffen, insbesondere von Energiegütern. Darüber hinaus dürfte der Preisauftrieb jedoch durch die derzeit ausgeprägte Schwäche der Binnenkonjunktur insgesamt deutlich abgemildert werden.



KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Ein gewisser Preisdruck könnte sich aus der jüngsten Abwertung des Euro ergeben, durch die Importe tendenziell teurer werden. So sind im Januar - erstmals seit Oktober 2008 die Importpreise im Vorjahresvergleich wieder angestiegen. Der Importpreisindex lag im Januar 1,4% über Vorjahresniveau. Der Preisanstieg war dabei vor allem auf eine Zunahme der Energiepreise zurückzuführen. Im Vorjahresvergleich stiegen sie um 11,3 %an (Rohöl: +62,2%, Mineralölerzeugnisse: +40,0%). Erdgas wurde zugleich allerdings deutlich billiger (-35,4%). Ohne Rohöl und Mineralölerzeugnisse gerechnet, lag der Index zu Jahresbeginn um 2,6 % unter Vorjahresniveau.

Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte sanken im Januar um 3,4% gegenüber dem Vorjahr. Fast zwei Drittel der Jahresveränderungsrate wurden durch rückläufige Energiepreise (- 8,3%) bestimmt. Allerdings verlief die Preisentwicklung der Energieträger Erdgas (- 31,2%), Strom (- 1,0%) und Mineralölerzeugnisse (+ 17,6%) sehr unterschiedlich. Ohne Berücksichtigung von Energie sanken die Erzeugerpreise im Januar gegenüber dem Vorjahr um 1,2%. Die Preise für Vorleistungsgüter (- 2,3%) und Verbrauchsgüter (- 0,7%) lagen ebenfalls unter Vorjahresniveau.

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS DEZEMBER 2009

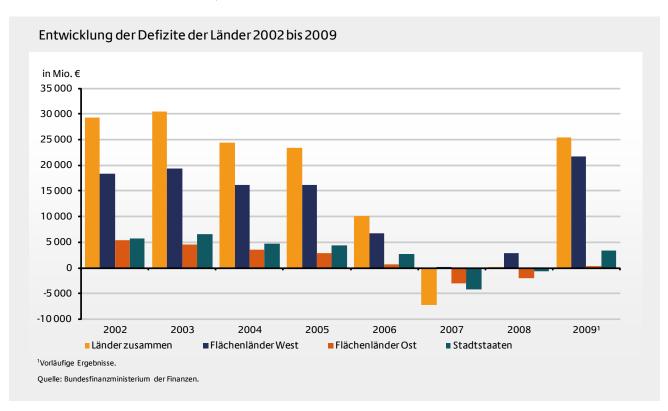
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2009

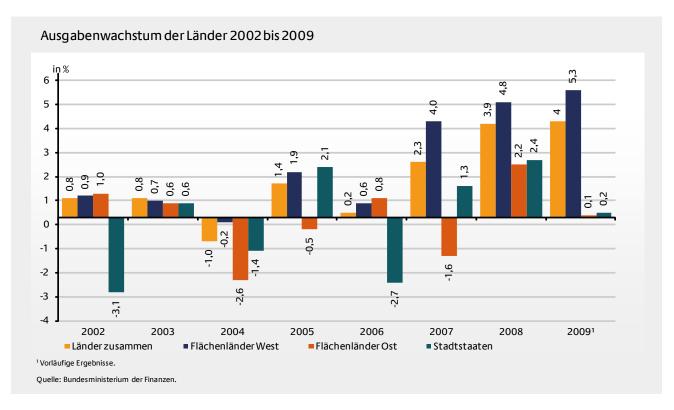
Da die Daten zur Haushaltsentwicklung der Länder für Januar 2010 nur geringe Aussagekraft haben, wird an dieser Stelle erneut die Entwicklung bis einschließlich Dezember 2009 wiedergegeben.

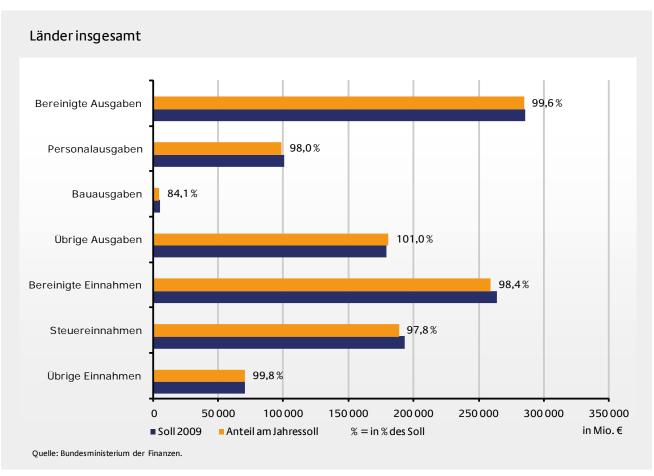
Die Entwicklung der Länderhaushalte stellt sich im Jahr 2009 deutlich ungünstiger dar als im Vorjahr. Die Ländergesamtheit wies am Jahresende ein Finanzierungsdefizit von rund - 25 Mrd. € aus, davon entfielen 21,7 Mrd. € auf die westdeutschen, 0,4 Mrd. € auf die ostdeutschen Flächenländer und 3,3 Mrd. € auf die Stadtstaaten.

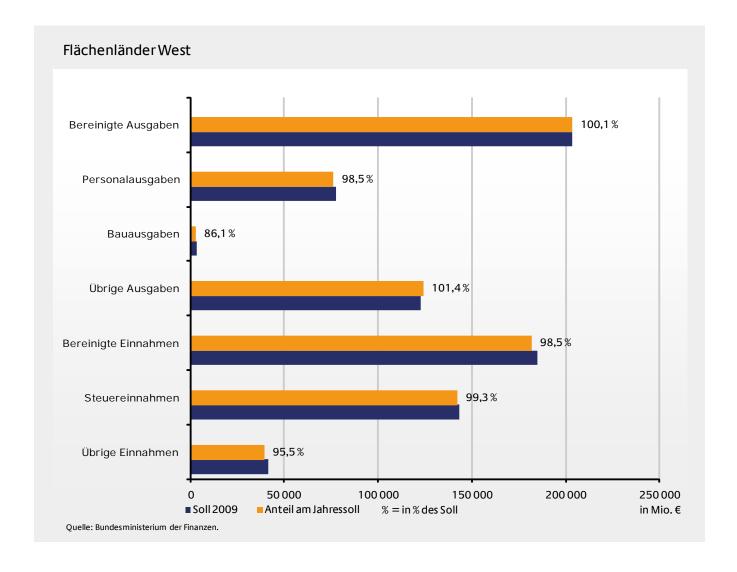
Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Verschlechterung um rund 26 Mrd. €. Die Planungen hatten für das Jahr 2009 ein Gesamtdefizit von rund - 22,3 Mrd. €

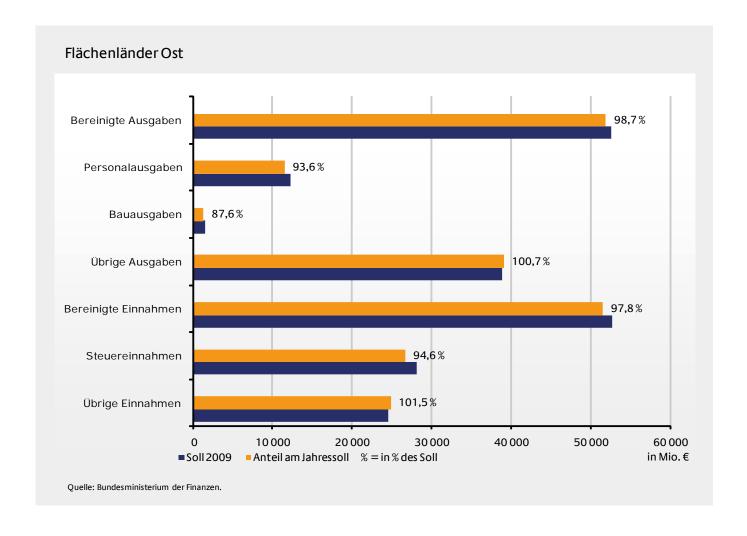
vorgesehen. Während sich die Einnahmen der Ländergesamtheit gegenüber dem Vorjahr um - 5,1% verringerten, erhöhten sich die Ausgaben im selben Zeitraum um +4.0%. Die Steuereinnahmen der Länder insgesamt sind im Vergleich zum Vorjahr um - 8,7% gesunken. In den Stadtstaaten verringerten sich die Steuereinnahmen um - 11,7 %, bei den ostdeutschen Flächenländern um - 7,3% und bei den westdeutschen Flächenländern um - 8,6 %. Die Ausgaben erhöhten sich in den westdeutschen Flächenländern um + 5,3%, in den ostdeutschen Flächenländern um +0,1% und in den Stadtstaaten um +0,2%. Für das Gesamtiahr hatten die Länder einen Ausgabenanstieg von +3.9% und einen Einnahmenrückgang von - 4,3 % geplant.

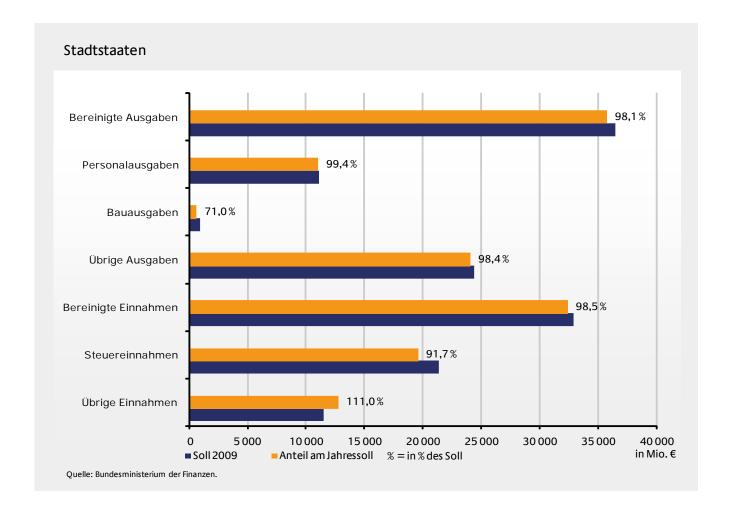












EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die ECOFIN-Räte am 16. Februar und am 16. März 2010 in Brüssel

16. Februar 2010 in Brüssel

Verfahren zur Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008

Der ECOFIN-Rat verabschiedete die Empfehlung zur Entlastung der Kommission für die Ausführung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008. Kommissar Algirdas Šemeta führte aus, dass es in den vergangenen Jahren zwar Verbesserungen gegeben habe, aber weiterhin erhebliche Anstrengungen zur Reduzierung der Fehlerquote notwendig seien. Er schlug eine neue Partnerschaft zwischen den Institutionen vor. Schwachstellen und Probleme sollten analysiert, Lösungswege vereinbart und kosteneffizient umgesetzt werden. Er kündigte zudem Vorschläge zur Verbesserung des Finanzmanagements im Rahmen der turnusgemäßen Revision der Haushaltsordnung im Juli 2010 an. Die Entlastungsempfehlung des Rates wird nun an das Europäische Parlament übermittelt, damit dieses die Kommission entlasten kann.

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Bei diesem Tagesordnungspunkt wurden die Defizitverfahren für Griechenland, Lettland, Malta, Litauen, Polen, Ungarn und Rumänien behandelt.

Im April 2009 hat der Rat einen Beschluss zur Feststellung eines übermäßigen Defizits in Griechenland sowie Empfehlungen zum Abbau des übermäßigen Defizits

gefasst. Auf Grundlage der Prüfung durch die Kommission stellte der ECOFIN-Rat im Dezember 2009 fest, dass von Griechenland innerhalb der vorgegebenen Frist von sechs Monaten keine wirksamen Maßnahmen zum Abbau des Defizits ergriffen wurden. Der ECOFIN-Rat beschloss auf Empfehlung der Kommission die Verschärfung des Defizitverfahrens (Inverzugsetzung). Darüber hinaus verabschiedete er einvernehmlich eine Stellungnahme zum aktualisierten griechischen Stabilitätsprogramm sowie eine Empfehlung mit dem Ziel, in Griechenland die mangelnde Übereinstimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitik mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik zu beenden und das Risiko einer Gefährdung des ordnungsgemäßen Funktionierens der Wirtschafts- und Währungsunion zu beseitigen. Diese Stellungnahme wie auch die mit der Inverzugsetzung verbundenen Empfehlungen im Rahmen des Defizitverfahrens werden veröffentlicht.

Im Juli 2009 hat der ECOFIN-Rat für Lettland, Malta, Litauen, Polen und Rumänien das Bestehen übermäßiger Defizite festgestellt und Empfehlungen zu deren Abbau verabschiedet. Für Ungarn wurden überarbeitete Empfehlungen angenommen. Die Kommission hat festgestellt, dass alle Mitgliedstaaten wirksame Maßnahmen zum Abbau ihrer Defizite ergriffen haben. Sie geht davon aus, dass für Lettland, Ungarn und Polen keine weiteren Schritte im Defizitverfahren notwendig sind. Der ECOFIN-Rat hat auf dieser Grundlage in seinen einvernehmlich angenommenen Protokollen festgestellt, dass für Lettland, Ungarn und Polen gegenwärtig keine weiteren Schritte im Defizitverfahren notwendig sind.

□ Übersichten und Termine

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Rumänien, Malta und Litauen werden dagegen nach Einschätzung der Kommission aufgrund der stärker als erwartet ausgefallenen Rezession ihre Defizitziele nicht einhalten können, sodass die Verabschiedung neuer Empfehlungen angezeigt erscheint. Der ECOFIN-Rat hat daraufhin aktualisierte Empfehlungen für Rumänien, Malta und Litauen beschlossen. Die drei Mitgliedstaaten erhalten damit ein Jahr länger Zeit, ihr Defizit unter 3 % des BIP zu senken.

Binnenmarkt – Dienstleistungsrichtlinie

Mit dem Inkrafttreten der
Dienstleistungsrichtlinie Ende 2006 sollten
der Europäische Binnenmarkt gestärkt und die
rechtlichen und administrativen Hindernisse
für den Handel im Dienstleistungssektor
abgebaut werden. Die Mitgliedstaaten hatten
bis zum 28. Dezember 2009 Zeit, die Richtlinie
in nationales Recht umzusetzen. Der ECOFINRat hat Schlussfolgerungen verabschiedet,
um zusätzlich zur rechtlichen Evaluierung
der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie
auch eine Untersuchung der ökonomischen
Effekte zu initiieren. Die rechtliche
Evaluierung fällt in die Zuständigkeit des
Wettbewerbsfähigkeitsrates.

Ernennung des Vizepräsidenten der Europäischen Zentralbank

Im Mai 2010 endet die Amtszeit von Herrn Lukas Papademos als Vizepräsident der Europäischen Zentralbank (EZB). Der ECOFIN-Rat hat beschlossen, dem Europäischen Rat den portugiesischen Notenbankgouverneur Vítor Manuel Ribeiro Constâncio als nächsten EZB-Vizepräsidenten zu empfehlen. Der Europäische Rat wählt die Mitglieder des EZB-Direktoriums aus und ernennt sie. Der Europäische Rat handelt auf Empfehlung des ECOFIN-Rates.

16. März 2010 in Brüssel

Steuerwesen: MwSt-Richtlinie über Rechnungsstellungsvorschriften

Der ECOFIN-Rat hat sich politisch auf die Richtlinie zur Änderung der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie hinsichtlich der Rechnungsstellungsvorschriften geeinigt. In der Richtlinie geht es neben einer Revision der bestehenden Vorschriften zur Rechnungsstellung insbesondere um Erleichterungen bei der elektronischen Rechnungsstellung. Die elektronischen Rechnungen werden den Papierrechnungen gleichgestellt. Damit können nach Schätzungen der Kommission die Unternehmen in der EU pro Jahr von Bürokratiekosten in Höhe von bis zu 18 Mrd. € entlastet werden. Der vereinbarte Rechtstext stellt gleichzeitig sicher, dass die erreichten Fortschritte bei der Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung nicht konterkariert werden.

Reverse-Charge-Verfahren beim CO₂-Emissionshandel

Entwurf einer Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem im Hinblick auf eine fakultative und zeitweilige Anwendung des Reverse-Charge-Verfahrens auf die Erbringung bestimmter betrugsanfälliger Dienstleistungen

Auf der Grundlage der im Dezember erzielten politischen Einigung hat der ECOFIN-Rat ohne Aussprache die Richtlinie zum Reverse-Charge-Verfahren nun formell verabschiedet. Damit erhalten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu einer zeitlich begrenzten Einführung einer Verlagerung der Steuerschuldnerschaft auf den Leistungsempfänger (Reverse-Charge-Verfahren) beim CO₂-Emissionshandel durch

☐ Übersichten und Termine

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

die Einführung einer entsprechenden Option in die Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie. Deutschland hatte sich sehr für die Verabschiedung der Richtlinie eingesetzt, da das Reverse-Charge-Verfahren ein sehr zuverlässiges Verfahren zur Betrugsbekämpfung ist.

Richtlinie des Rates über die Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen

Auf der Grundlage der im Januar 2010 erzielten politischen Einigung hat der ECOFIN-Rat ohne Aussprache die Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung (Beitreibungsrichtlinie) nun formell verabschiedet. Mit der Richtlinie werden folgende Ziele verfolgt: Die Ausweitung des geltenden Rechts auf andere Steuern und Abgaben, die Einführung eines einheitlichen elektronischen Vollstreckungstitels, die Durchsetzung des OECD-Standards hinsichtlich Bankauskünften, die Einführung eines freiwilligen spontanen Informationsaustausches bei hohen Erstattungssummen, die Anwesenheit ausländischer Bediensteter im Inland nach Absprache zur Beschleunigung der Beitreibungsmaßnahme sowie die Einführung des ausschließlichen elektronischen Geschäftsverkehrs.

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Weiteres Vorgehen im Anschluss an die Inverzugsetzung Griechenlands

Der ECOFIN-Rat hat im Februar 2010 die Inverzugsetzung Griechenlands im Rahmen des Defizitverfahrens beschlossen und Griechenland aufgefordert, sein übermäßiges Defizit spätestens bis 2012 zurückzuführen

und dies durch strukturelle Abbauschritte von mindestens 3½% des BIP jeweils für 2010 und 2011 beziehungsweise von 2½% des BIP für 2012 sicherzustellen. In dem Ausmaß, in dem bereits Risiken für das Erreichen der Defizit- und Schuldenziele eingetreten sind, wurde Griechenland außerdem aufgefordert, notwendige zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen. Der ECOFIN-Rat stellte fest, dass Griechenland sein Stabilitätsprogramm in angemessener Weise umsetzt. Auch begrüßte er den von Griechenland am 8. März 2010 vorgelegten Bericht über zusätzliche Maßnahmen zum Defizitabbau. Er stellte fest, dass die angekündigten Maßnahmen ausreichen müssten, um das Defizitziel für 2010 von 8,7 % des BIP sicherzustellen. Wichtig sei eine effektive, vollständige und umgehende Umsetzung der Maßnahmen. Im Mai ist Griechenland aufgefordert, über die Haushaltsmaßnahmen 2011 und 2012 sowie über die Umsetzung der strukturellen Maßnahmen zu berichten.

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates

a) EU 2020

Die Europäische Kommission hat am 3. März 2010 eine Mitteilung zur EU 2020-Strategie als Nachfolgestrategie der Lissabon-Strategie vorgelegt. Darin werden konkrete Ziele für die Bereiche Forschung und Entwicklung (FuE), Beschäftigung, Umwelt, Bildung und Armutsbekämpfung vorgeschlagen. Darüber hinaus sind Vorschläge zur künftigen Überwachungsstruktur enthalten. Der ECOFIN-Rat hat die Vorschläge der Europäischen Kommission diskutiert und Schlussfolgerungen zur Überwachungsstruktur und zu den Oberzielen der neuen EU 2020-Strategie verabschiedet. Auf dem Europäischen Rat am 25./26. März 2010 sollen die Staats- und Regierungschefs das Grundkonzept der Strategie, einschließlich der Oberindikatoren, annehmen. Anschließend wird es in den Fachräten – und hier insbesondere im ECOFIN-Rat - um die

□ Übersichten und Termine

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

nationale Ausgestaltung der Strategie und die Umsetzung der Ziele auf nationaler Ebene gehen. Der Europäische Rat im Juni 2010 soll dann die Gesamtstrategie verabschieden.

b) Ausstiegsstrategien

Der ECOFIN-Rat hat Schlussfolgerungen zum Auslaufen krisenbedingter temporärer Maßnahmen zur Konjunkturstützung beschlossen. Darin wird festgestellt, dass der Großteil dieser Maßnahmen den Prinzipien des Europäischen Konjunkturprogramms (zeitlich befristet, rechtzeitig, zielgerichtet) entspricht und positive Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation und die Wirtschaft gezeigt hat. Auch werden Prinzipien für einen Exit aus den konjunkturstützenden Maßnahmen vorgesehen. Hinsichtlich der Maßnahmen zur Unterstützung des Arbeitsmarktes wird ein allmähliches Auslaufen empfohlen, sobald die Erholung gesichert ist, was nach Schätzung der Kommission ab Mitte 2010 der Fall sein dürfte. Zudem sich der ECOFIN-Rat auf Schlussfolgerungen zu Exit-Strategien im Finanzsektor. Darin werden konkrete Verbesserungen der Funktionsweise des Finanzsektors festgestellt und darauf verwiesen. Die Finanzmarktlage hat sich demnach noch nicht normalisiert.

c) Finanzierung des Klimaschutzes

Der auf der Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 zur Kenntnis genommene Kopenhagen Akkord enthält eine Reihe finanzrelevanter Aussagen zugunsten der Entwicklungsländer. So sollen die Industrieländer im Zeitraum 2010–2012 den Entwicklungsländern 30 Mrd. US-Dollar als Anschubfinanzierung für Maßnahmen des Klimaschutzes zur Verfügung stellen. Bis 2020 soll die Unterstützung dann auf 100 Mrd. US-Dollar jährlich (öffentliche und private Quellen) ansteigen, wenn in den Entwicklungsländern entsprechende Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung durchgeführt werden und die Umsetzung transparent erfolgt. Der ECOFIN-Rat hat Schlussfolgerungen verabschiedet, in denen im Nachgang zum Klimagipfel in Kopenhagen die Inhalte des Kopenhagener Akkords bestätigt werden und die Bereitschaft betont wird, einen Beitrag zu seiner praktischen Umsetzung zu leisten.

Haushaltsleitlinien für das Jahr 2011

Die vom ECOFIN-Rat als Schlussfolgerungen beschlossenen Haushaltsleitlinien bilden den Auftakt zur Aufstellung des Haushalts 2011 und legen den Grundstein für den von der Kommission zu erstellenden Entwurf des Haushaltsplans.

☐ Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

25./26. März 2010	Europäischer Rat in Brüssel
16./17. April 2010	Informeller ECOFIN in Madrid
17./18. April 2010	ASEM-Finanzministertreffen in Madrid
22./23. April 2010	G20-Finanzministertreffen in Washington
24./25. April 2010	IWF-Frühjahrstagung in Washington
14./15. Mai 2010	EBWE-Jahresversammlung in Zagreb/Kraotien
17./18. Mai 2010	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2010 (2. Regierungsentwurf)

3. bis 5. November 2009	Steuerschätzung in Hamburg
bis 4. Dezember 2009	Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
11. Dezember 2009	Zuleitung an Kabinett
16. Dezember 2009	Kabinettbeschluss
1. Januar 2010	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
19. bis 22. Januar 2010	1. Lesung Bundestag
12. Februar 2010	1. Beratung Bundesrat
27. Januar bis 4. März 2010	Beratungen im Haushaltsausschuss
4. März 2010	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
16. bis 19. März 2010	2./3. Lesung Bundestag
26. März 2010	2. Beratung Bundesrat
Mitte April 2010	Verkündung im Bundesgesetzblatt

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
April 2010	März 2010	22. April 2010
Mai 2010	April 2010	20. Mai 2010
Juni 2010	Mai 2010	21. Juni 2010
Juli 2010	Juni 2010	19. Juli 2010
August 2010	Juli 2010	20. August 2010
September 2010	August 2010	20. September 2010
Oktober 2010	September 2010	21. Oktober 2010
November 2010	Oktober 2010	22. November 2010
Dezember 2010	November 2010	20. Dezember 2010

☐ Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

 1 Jeweils 0,14 \in / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Analysen und Berichte

22. Subventionsbericht der Bundesregierung	41
Haushaltsabschluss 2009	
Performanzindikatoren als Grundlage für die Evaluierung von Förderprogrammen	82
Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung	93

22. Subventionsbericht der Bundesregierung

22. Subventionsbericht der Bundesregierung

1	Einleitung	41
	Subventionsentwicklung	
	Subventionspolitische Herausforderungen in Krisenzeiten	
	Fazit	

- Die Bundesregierung hat die Subventionen zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise vorübergehend stark erhöht.
- Die Finanzhilfen verdoppelten sich im Jahr 2009 auf über 12 Mrd. €, insbesondere wegen der Umweltprämie zur Steigerung der Pkw-Nachfrage.
- Nach Überwindung der Krise muss auch und gerade der Subventionsabbau zur Haushaltskonsolidierung beitragen.

1 Einleitung

Die Bundesregierung legt dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat gemäß § 12 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft alle zwei Jahre einen Bericht über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen vor. Den aktuellen Bericht hat die Bundesregierung am 13. Januar 2010 verabschiedet. Dieser Artikel fasst die wesentlichen Inhalte des 22. Subventionsberichts der Bundesregierung zusammen.

2 Subventionsentwicklung

Der 22. Subventionsbericht stellt die Entwicklung der Subventionen des Bundes im Zeitraum von 2007 bis 2010 dar. Der Subventionsbegriff konzentriert sich dabei entsprechend dem gesetzlichen Auftrag auf Finanzhilfen und Steuervergünstigungen, die mittel- oder unmittelbar privaten Unternehmen und Wirtschaftszweigen zugutekommen. Als mittelbar wirkende Subventionen werden Hilfen berücksichtigt, die bestimmte Güter und Leistungen für private Haushalte verbilligen, aber mittelbar dem Wirtschaftsgeschehen zugerechnet

werden können. Dies gilt etwa für die Hilfen im Wohnungsbau.

Die Entwicklung der Subventionen des Bundes ist maßgeblich durch das Auftreten der Finanz- und Wirtschaftskrise bestimmt. So folgt einem moderaten Rückgang der Subventionen um rund 250 Mio. € im Jahr 2008 ein starker Anstieg im Jahr 2009 um gut 6 Mrd. € auf rund 29,5 Mrd. €. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf Maßnahmen zur Krisenbekämpfung zurückzuführen. Im Jahr 2010 wird das Gesamtvolumen wieder deutlich auf circa 24,4 Mrd. € fallen und in etwa das Niveau zu Beginn des Berichtszeitraums erreichen (vergleiche Abbildung 1).

Während sich das Volumen der Finanzhilfen des Bundes im Jahr 2009 kurzzeitig mehr als verdoppelt, sinken die auf den Bund entfallenden Steuervergünstigungen leicht:

Die Finanzhilfen des Bundes steigen von rund 5,6 Mrd. € im Jahr 2007 auf über 12 Mrd. €, bevor sie auf rund 6,8 Mrd. € im Jahr 2010 fallen. Allein die Umweltprämie zur Förderung des Pkw-Absatzes und die befristete Aufstockung des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM) erklären mit einem Volumen von zusammen 5,9 Mrd. € über 93 % des Anstiegs im Jahr 2009.

22. Subventionsbericht der Bundesregierung

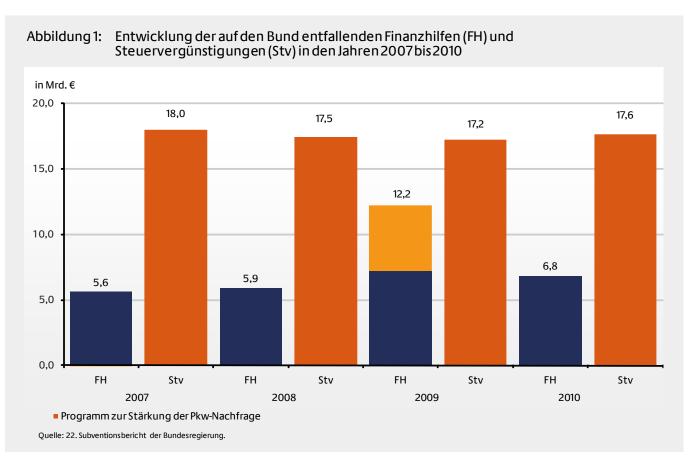
Die auf den Bund entfallenden Steuervergünstigungen sinken zwischen 2007 und 2009 um rund 750 Mio. € auf circa 17,2 Mrd. €. Nach diesem Rückgang steigen die Steuervergünstigungen zwar im Jahr 2010 wieder leicht auf rund 17,6 Mrd. € an, liegen aber im Jahr 2010 unter dem Niveau des Jahres 2007.

Unverändert ist die gewerbliche Wirtschaft der bedeutendste Subventionsbereich. Nach einem leichten Rückgang im Jahr 2008 auf 13,5 Mrd. € steigen die Subventionen für die gewerbliche Wirtschaft im Jahr 2009 auf rund 19,4 Mrd. € an, kehren 2010 aber wieder auf das Ausgangsniveau zurück (vergleiche Abbildung 2). Der Anteil an allen Subventionen des Bundes, welcher der gewerblichen Wirtschaft zugutekommt, liegt 2010 bei rund 55 %. Während durch Finanzhilfen vor allem einzelne Sektoren wie der Bergbau unterstützt werden, fließen der

gewerblichen Wirtschaft insgesamt vor allem Steuervergünstigungen zu.

Unter den übrigen Bereichen kommt dem Wohnungswesen mit Subventionen in Höhe von rund 2,6 Mrd. € im Jahr 2010 die größte Bedeutung zu. Mit einem Rückgang um fast 1,7 Mrd. € werden die Subventionen gegenüber 2007 jedoch deutlich um rund 39% reduziert. Dementsprechend sinkt der Anteil der Subventionen für das Wohnungswesen an den gesamten Subventionen des Bundes von knapp 18% auf circa 10%. Hier macht sich weiterhin vor allem das Auslaufen der Eigenheimzulage bemerkbar.

Die dem Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zugeordneten Subventionen verbleiben bis 2009 nahezu konstant bei rund 1 Mrd. €. Im Jahr 2010 steigen die Subventionen um rund 450 Mio. € an. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die



22. Subventionsbericht der Bundesregierung

Einführung des Grünlandmilchprogramms zur Einkommensstabilisierung und Überbrückung von Liquiditätsengpässen bei Betrieben der Milchwirtschaft sowie auf Änderungen bei der Steuerbegünstigung für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft ("Agrardiesel") zurückzuführen. Dementsprechend steigt der Anteil dieses Bereichs an den gesamten Subventionen des Bundes von circa 4% (2007) auf über 6% (2010).

Die Subventionen im Verkehrsbereich steigen im Berichtszeitraum um knapp 1 Mrd. € auf rund 2,5 Mrd. €. Dieser Anstieg geht wesentlich auf Maßnahmen zur Förderung besonders emissionsarmer Lkw zur Entlastung des deutschen Güterkraftverkehrs im Rahmen der sogenannten Mautharmonisierung zurück. Im Jahr 2010 fließen circa 10% aller Subventionen des Bundes an den Verkehrsbereich.

3 Subventionspolitische Herausforderungen in Krisenzeiten

Die stärkste Rezession der deutschen Nachkriegsgeschichte hinterlässt deutliche Spuren in den öffentlichen Haushalten. Zur Begrenzung der realwirtschaftlichen Folgekosten der aktuellen Krise existiert aber

Abbildung 2: Entwicklung der auf den Bund entfallenden Finanzhilfen und Steuervergünstigungen nach Wirtschaftszweigen in den Jahren 2007 bis 2010 in Mrd. € 35 30 2,1 2.4 25 1,5 2,5 1,1 2,0 2,1 2,5 1,5 3,0 1,9 20 1,3 1,3 1,8 1.0 1,2 1,5 3,4 2.6 15 10 19,4 13,6 13,5 13,5 5 0 2007 2008 2009 2010 Jahr Gewerbliche Wirtschaft Wohnungswesen Sparförderung und Vermögensbildung ■ Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ■ Übrige Steuervergünstigungen ■ Verkehr Quelle: 22. Subventionsbericht der Bundesregierung.

43

22. Subventionsbericht der Bundesregierung

keine vernünftige Alternative zu staatlichen Unterstützungsmaßnahmen. Ziel ist es, den von der Krise betroffenen Unternehmen eine Überbrückungshilfe zu geben, welche die Existenz und Zukunft der Unternehmen sichert. So werden viele wettbewerbsfähige Unternehmen und Arbeitsplätze langfristig gesichert, die ohne die vorübergehenden Hilfen des Staates allein aufgrund von Refinanzierungsproblemen in der Krise verlorengegangen wären.

Die Kehrseite ist allerdings, dass die notwendigen Stabilisierungsmaßnahmen das in der Vergangenheit erfolgreich zurückgeführte Subventionsvolumen wieder ansteigen lassen. Sobald die Krise überwunden ist, wird die Bundesregierung der Haushaltskonsolidierung höchste Priorität einräumen, um die finanzpolitische Handlungsfähigkeit des Staates langfristig zu sichern. Den Rahmen hierfür gibt die neue verfassungsrechtliche Schuldenregel vor, die ab dem Jahr 2011 eine schrittweise Rückführung der strukturellen Neuverschuldung vorschreibt. Um die hierfür erforderlichen Konsolidierungsbeiträge zu erzielen, sind alle staatlich übernommenen Aufgaben auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen und angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für sämtliche finanzwirksame Maßnahmen durchzuführen. Das schließt auch und gerade die Subventionen des Bundes mit ein.

Subventionen bedürfen stets einer besonderen Rechtfertigung und einer regelmäßigen Erfolgskontrolle. Denn die Begünstigung Einzelner zu Lasten der Allgemeinheit auf Dauer hat in der Regel schädliche Folgen: Die Subventionierung kann durch die Veränderung der relativen Preise gesamtwirtschaftliche Verzerrungen nach sich ziehen und Fehlallokationen der Ressourcen verursachen. Wettbewerbsfähige Unternehmen können durch subventionierte Unternehmen verdrängt werden. Auch droht die Gefahr einer sich verfestigenden Subventionsmentalität mit der Konsequenz, dass notwendige Anpassungen unterbleiben

und die Eigeninitiative zur Überwindung von strukturellen Anpassungsproblemen zurückgeht. Mögliche Folgen sind ein verzögerter Strukturwandel sowie die Beeinträchtigung von wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung. Zudem wird die Begünstigung Einzelner aus öffentlichen Mitteln zur Erfüllung gesamtgesellschaftlicher Ziele von den Bürgern vielfach als ungerecht wahrgenommen.

Um die Transparenz, den Rechtfertigungsdruck und die Steuerungsmöglichkeiten im Subventionswesen zu erhöhen, folgt die Bundesregierung subventionspolitischen Leitlinien, die als Selbstbindung der Bundesregierung für die von ihr zu verantwortenden Maßnahmen zu verstehen sind (vergleiche hierzu Kapitel 2 des 22. Subventionsberichts). Die Leitlinien sehen beispielsweise grundsätzlich eine zeitliche Befristung und die degressive Ausgestaltung von Subventionen vor und messen der Erfolgskontrolle von Subventionen eine wichtige Rolle bei. Inwieweit die einzelnen Finanzhilfen und Steuervergünstigungen den Anforderungen der Leitlinien gerecht werden, kann dem Subventionsbericht entnommen werden (vergleiche Anlagen 7 und 8 des 22. Subventionsberichts). Den Leitlinien wurde auch bei der Konzeption der konjunkturpolitischen Stimulierungsmaßnahmen Rechnung getragen. So sind insbesondere die bedeutendsten staatlichen Hilfen zur Krisenbewältigung – unter anderem die Umweltprämie als mit Abstand größte Finanzhilfe des Bundes im Jahr 2009 - zeitlich befristet worden.

Mit dem 22. Subventionsbericht wurden erstmals – neben allgemeinen Fragen zur Evaluierung – auch die "materiellen Ergebnisse im Hinblick auf die Zielerreichung" von Finanzhilfen abgefragt. Die nachfolgende Tabelle fasst die Auswertung dieser Abfrage zusammen. Es zeigt sich, dass nur zu jedem zweiten verausgabten Euro externe Evaluierungen durchgeführt werden und

22. Subventionsbericht der Bundesregierung

Tabelle 1: Evaluierung der Finanzhilfen

	Finanzhilf	en gesamt	nur aktive Finanzhilfen ¹		
	Anzahl Volumen 2010 in Mio. €		Anzahl	Volumen 2010 in Mio. €	
Summe	61	6 799	39	6212	
externe Evaluierung	29 (48 %)	3 149 (46 %)	24 (62 %)	3 062 (49 %)	
Outputindikatoren	31 (51 %)	2 564 (38 %)	18 (46 %)	2 435 (39 %)	
Ergebnisindikatoren	18 (30 %)	1 988 (29 %)	13 (33 %)	1 909 (31 %)	

¹"Aktive" Finanzhilfen erfüllen folgende Vorraussetzungen: (1) Laufzeit länger als 2 Jahre, (2) in 2010 werden Bewilligungn ausgesprochen, d.h. es gibt Neufälle.

Aussagen zu den Förderergebnissen bei lediglich jedem dritten verausgabten Euro möglich sind. Hier gilt es, die Umsetzung der subventionspolitischen Leitlinien weiter voranzutreiben. Auch das Projekt "Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens des Bundes" (MHR) dürfte hier zu einer Verbesserung beitragen. Das Haushaltswesen des Bundes soll verstärkt von der Input- auf die Outputperspektive umgestellt werden, wodurch auch die Evaluation der Zielerreichung von Programmen deutlich erleichtert werden sollte.

4 Fazit

Die in der Krise notwendigen Stützungsmaßnahmen der Wirtschaft haben

die Subventionen des Bundes vorübergehend stark ansteigen lassen. Nach Überwindung der Krise wird einer konsequenten Haushaltskonsolidierung zur Sicherung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen oberste Priorität eingeräumt werden. Im Grundsatz müssen alle Politikfelder dazu ihren Beitrag erbringen. Für die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes bieten hierzu die subventionspolitischen Leitlinien der Bundesregierung eine wichtige Richtschnur. Sie dienen der Erhöhung der Transparenz, des Rechtfertigungsdrucks und der Steuerungsmöglichkeiten im Subventionswesen. Wesentliche Elemente sind die regelmäßige Erfolgskontrolle und die grundsätzlich befristete Ausgestaltung von Subventionen. Letzteres wurde auch bei der Ausgestaltung der Konjunkturpakete berücksichtigt.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

Haushaltsabschluss 2009

Ist-Ergebnis zu den Ausgaben und Einnahmen des Bundes im Haushaltsjahr 2009

1	Finanzpolitische Ausgangslage	46
2	Eckwerte des Bundeshaushaltes 2009	47
3	Erläuterungen zu wesentlichen Veränderungen der Ausgabenentwicklung gegenüber dem	
	Vorjahr	48
4	Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2009	50
5	Entwicklung der Ausgaben nach ökonomischen Arten	53
5.1	Investive Ausgaben	54
5.2	Konsumtive Ausgaben	56
6	Entwicklung wesentlicher Ausgabenpositionen	60
6.1	Soziale Sicherung	60
6.2	Allgemeine Dienste	66
	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur	
6.4	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	71
6.5	Wirtschaftsförderung	73
6.6	Übrige Ausgaben	75
7	Entwicklung der Einnahmen	77
7.1	Steuereinnahmen	77
7.2	Sonstige Einnahmen	80

- Als Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ging im Jahr 2009 das Wirtschaftswachstum um real 5,0 % zurück.
- Die Auswirkungen der Krise auf den Bundeshaushalt 2009 waren geringer als ursprünglich erwartet.
- Mit der Verschuldung der außerhalb des Bundeshaushaltes geführten Sondervermögen (Investitions- und Tilgungsfonds sowie Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung) war allerdings die höchste Neuverschuldung des Bundes in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu verzeichnen.

1 Finanzpolitische Ausgangslage

Im Jahr 2009 wurde als Folge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise der schwerste Wirtschaftseinbruch in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verzeichnet, der die exportabhängige deutsche Wirtschaft besonders stark getroffen hat. Obwohl die Bundesregierung von Anfang an mit umfassenden Maßnahmenpaketen

gegensteuerte, ging die Wirtschaftsleistung insgesamt im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr um real 5,0 % zurück. Im Ergebnis waren die Auswirkungen der Krise auf den Bundeshaushalt 2009 jedoch geringer als ursprünglich erwartet. Noch mit dem 2. Nachtragshaushalt zum Bundeshaushalt 2009 wurde von einer Nettokreditaufnahme von 49,1 Mrd. € ausgegangen. Dieser Wert wurde im Ist mit 34,1 Mrd. € um 14,9 Mrd. € deutlich unterschritten. Die umfassenden Maßnahmen zur Stützung

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

der Finanzmärkte und der Konjunktur sowie das Wirken der automatischen Stabilisatoren haben erfolgreich zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage und darüber hinaus zur Verbesserung der langfristigen Wachstumsperspektiven in Deutschland beigetragen. Gemeinsam mit der Verschuldung der außerhalb des Bundeshaushalts geführten Sondervermögen – Investitions- und Tilgungsfonds (Ist 2009: 6,1 Mrd. €) und Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (Ist 2009: 26,6 Mrd. €) – war die höchste Neuverschuldung des Bundes in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu verzeichnen.

2 Eckwerte des Bundeshaushaltes 2009

Das Haushaltsgesetz 2009 wurde am 28. November 2008 vom Deutschen Bundestag beschlossen und am 29. Dezember 2008 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 2899) verkündet. Darüber hinaus hat der Deutsche Bundestag am 13. Februar 2009 das 1. Nachtragshaushaltsgesetz 2009 beschlossen, welches am 5. März 2009 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 406) verkündet wurde. Der 2. Nachtrag zum Bundeshaushalt 2009 wurde vom Bundestag am 2. Juni 2009 beschlossen und am 31. Juli 2009 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 2290) verkündet.

Ausgaben: Im Haushaltsjahr 2009 lagen die Ausgaben bei 292,3 Mrd. €. Das sind 11,1 Mrd. € weniger als im Soll veranschlagt. Die Entwicklung der Ausgabenseite hat zu einer deutlichen Entlastung des Bundeshaushaltes 2009 beigetragen. Beim Gesundheitsfonds wurde kein überjähriges Darlehen erforderlich (-4,0 Mrd. €). Bei den Zinsausgaben setzte sich der Trend zu Minderausgaben wegen der günstigen Zinsentwicklung im Bereich der kurzfristigen Kreditaufnahme weiter fort (- 3,4 Mrd. €). Bei den Gewährleistungen zeigte sich, dass die Krise nicht in dem befürchteten Maße zu einer entsprechenden Inanspruchnahme z.B. von Bürgschaften geführt hat (-1,8 Mrd. €). Der Aufwand für das Arbeitslosengeld II blieb deutlich hinter den ursprünglichen Annahmen zurück (-1,1 Mrd. €). Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Aufgabenbereich	Soll 2009 ²	Januar bis Dezember 2009	Januar bis Dezember 2008	Veränderung ge	egenüber Vorjahr	
		in Mrd. €¹				
Ermittlung des Finanzierungssaldos						
1. Ausgaben	303,3	292,3	282,3	9,9	+3,5	
2. Einnahmen	253,8	257,7	270,5	-12,7	-4,7	
Steuereinnahmen	224,1	227,8	239,2	-11,4	-4,8	
Sonstige Einnahmen	29,8	29,9	31,2	-1,3	-4,3	
Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo	-49,5	-34,5	-11,8	-22,7	х	
Deckung des Finanzierungssaldos						
Nettokreditaufnahme	49,1	34,1	11,5	22,6	X	
Münzeinnahmen	0,4	0,3	0,3	0,1	+21,7	
nachrichtlich:	32,8	27,1	24,3	2,8	+11,5	
Investitionen (inklusive Darlehen, u. a. Vorsorge Gesundheitsfonds)						

¹Differenzen durch Rundung möglich.

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

verlief – nicht zuletzt aufgrund entsprechender Maßnahmen wie dem Kurzarbeitergeld – günstiger als ursprünglich angenommen. Im Vergleich zum Jahr 2008 sind die Ausgaben insgesamt allerdings um 9,9 Mrd. € (3,5 %) gestiegen.

Die investiven Ausgaben lagen im Jahr 2009 bei 27,1 Mrd. €. Veranschlagt waren 32,8 Mrd. €. Auch hierfür sind die Nicht-Inanspruchnahme des Darlehens an den Gesundheitsfonds (-4,0 Mrd. €) und die unerwartet niedrigeren Ausgaben für Gewährleistungen (-1,8 Mrd. €) verantwortlich. Gleichwohl sind die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 2,8 Mrd. € gestiegen.

Einnahmen: Die Einnahmen (ohne Nettokreditaufnahmen und Münzeinnahmen) des Bundes lagen im Jahr 2009 bei 257,7 Mrd. € und damit um 3,9 Mrd. € über dem veranschlagten Soll. Im Vergleich zum Jahr 2008 sind die Einahmen dagegen um 12,7 Mrd. € gesunken. Die Steuereinnahmen waren im Vergleich zum Vorjahr um 11,4 Mrd. € rückläufig und die sonstigen Einnahmen um 1,3 Mrd. €. Die Verbesserung der Ist-Ergebnisse 2009 gegenüber den Soll-Ansätzen 2009 ist im Wesentlichen auf die Steuereinnahmen zurückzuführen. Gegenüber der November-Steuerschätzung wurden mit 227,8 Mrd. € rund 0,9 Mrd. € mehr Steuern eingenommen. Insgesamt waren damit knapp 3,8 Mrd. € mehr Steuereinnahmen gegenüber dem Soll des 2. Nachtragshaushalts von 224,1 Mrd. € zu verzeichnen.

Sonstige Einnahmen umfassen u. a.

Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (z. B. Anteil des Bundes am Bundesbankgewinn), Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und aus der Verwertung von sonstigem Kapitalvermögen sowie Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen. Die sonstigen Einnahmen sind im Vergleich zum Jahr 2008 um 1,3 Mrd. € gesunken, das veranschlagte Soll 2009 konnte aber um 0,1 Mrd. € leicht überschritten werden. Die Ergebnisse bei den Einnahmen aus der streckenbezogenen Lkw-Maut (- 0,6 Mrd. €)

und bei den Erlösen aus dem Verkauf von Emissionszertifikaten (- 0,4 Mrd. €) blieben deutlich unter den Planwerten.

Finanzierungsdefizit: Das

Finanzierungsdefizit lag im Jahr 2009 bei - 34,5 Mrd. €. Im Vergleich dazu lag das Defizit im Jahr 2008 bei - 11,8 Mrd. €. Die Nettokreditaufnahme für das Jahr 2009 lag bei 34,1 Mrd. € und die Münzeinnahmen bei 0.3 Mrd. €.

3 Erläuterungen zu wesentlichen Veränderungen der Ausgabenentwicklung gegenüber dem Vorjahr

In Tabelle 2 sind wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung zwischen dem Jahr 2009 und dem Jahr 2008 dargestellt.

Pauschale Abgeltung an die

Krankenkassen: Der Zuwachs der Ausgaben ergibt sich insbesondere aus dem gesetzlich vorgesehenen Anstieg des Zuschusses zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der gesetzlichen Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen. Während im Jahr 2008 eine Jahreszahlung von 2,5 Mrd. € vorgesehen war, sah der Bundeshaushalt 2009 zunächst einen Betrag von 4,0 Mrd. € vor. Zum 1. Juli 2009 wurde mit dem Konjunkturpaket II eine Senkung des allgemeinen Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,6 Prozentpunkte auf 14,9 % beschlossen. Zur Finanzierung dieser Maßnahme wurden mit dem 1. Nachtragshaushalt 2009 der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds von 4 Mrd. € um 3,2 Mrd. € auf insgesamt 7,2 Mrd. € für das Jahr 2009 erhöht.

Arbeitsmarktpolitik: Die Ausgaben im Bereich Arbeitsmarktpolitik im Jahr 2009 sind im Vergleich zum Vorjahr zwar um 1,4 Mrd. € gestiegen, liegen aber mit 44,3 Mrd. € um 1,6 Mrd. € unter den im Soll veranschlagten 45,9 Mrd. €. In den gestiegenen Ausgaben

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung gegenüber dem Vorjahr

Aufgabenbereich	Soll 2009 ²	Januar bis Dezember 2009	Januar bis Dezember 2008	Veränderung gegenüber Vorjahr			
		in Mı	rd. €¹		in%		
Mehrausgaben ggü. Vorjahreszeitraum							
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	7,2	7,2	2,5	4,7	Х		
Arbeitsmarktpolitik	45,9	44,3	42,9	1,4	+3,2		
Verteidigung, einschl. zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)	31	31,3	30,0	1,3	+4,4		
Bundeseisenbahnvermögen	5,5	5,3	4,3	1,0	+23,3		
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	8,8	8,7	7,7	1,0	+12,9		
Minderausgaben ggü. Vorjahreszeitraum							
Förderung des Steinkohlebergbaus	1,6	1,5	1,9	-0,5	-23,3		
Erziehungsgeld	0,02	0,01	0,6	-0,6	-X		
Zinsen	41,4	38,1	40,2	-2,1	-5,2		

¹Differenzen durch Rundung möglich.

spiegeln sich einerseits die Auswirkungen der Krise wider, die zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führte, andererseits wird deutlich, dass der Arbeitsmarkt bisher relativ widerstandsfähig war. Die Wirtschaft reagierte auf die Unterauslastung vor allem mit einer Reduzierung der Arbeitszeiten. Auch der leichtere Zugang zum Kurzarbeitergeld wirkte sich positiv auf die Anzahl der Arbeitslosen aus. Die erheblich gestiegenen Ausgaben für Kurzarbeit wurden allerdings im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) getätigt. Durch die positive Entwicklung des Haushaltes der BA vor der Finanzkrise konnte sie 2009 ihre Aufgaben noch ohne ein Darlehen des Bundes erfüllen. Die Zahl der Arbeitslosen lag im Jahresdurchschnitt 2009 bei rund 3,4 Millionen Personen und damit um nur rund 155 000 Personen(4,8%) höher als im Jahr 2008.

Verteidigung, einschließlich zivile Verteidigung: Der Anstieg der Ausgaben spiegelt die Erhöhung der Ausgabenansätze für das Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr wider (siehe auch Abschnitt 6.2).

Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen: Für

Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen wurden im Jahr 2009 insgesamt 8,7 Mrd. € ausgegeben. Gegenüber dem Jahr 2008 ist das rund 1 Mrd. € mehr. Die ressortübergreifende strategische Neuausrichtung der Innovations- und Forschungspolitik erfolgte durch die im Sommer 2006 gestartete Hightech-Strategie der Bundesregierung. Im Rahmen des 6 Mrd. €-Programms unterstützte der Bund bis 2009 zusätzlich besonders zukunftsträchtige Forschungs- und Entwicklungsvorhaben.

Bundeseisenbahnvermögen: Die nicht durch eigene Einnahmen gedeckten Verwaltungsausgaben des Sondervermögens des Bundes werden aus dem Bundeshaushalt getragen. Die im Vergleich zum Vorjahreszeitraum höhere Erstattung des Bundes von rund 1,0 Mrd. € resultiert im Wesentlichen daraus, dass die Privatisierung eines Geschäftsanteils des Bundeseisenbahnvermögens an der Vivico Real Estate GmbH im Vorjahreszeitraum zu

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

einer niedrigeren Erstattungsleistung des Bundes geführt hat.

Förderung des Steinkohlenbergbaus:

Der Ausgabenrückgang im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich aus der mit dem Steinkohlefinanzierungsgesetz beschlossenen Beendigung der subventionierten Förderung der Steinkohle bis zum Ende des Jahres 2018.

Erziehungsgeld (Neuregelung der Familienförderung): Das bisherige Erziehungsgeld wurde für ab dem 1. Januar 2007 geborene Kinder durch das Elterngeld abgelöst. Die Ausgaben im Jahr 2009 ergaben sich aus der Abwicklung der Restfälle (siehe auch Erläuterungen zu Tabelle 8).

Zinsen: Die Zinsausgaben des Jahres 2009 lagen bei 38,1 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 13,0 % an den Ausgaben des Bundes insgesamt. Die Ist-Ausgaben für das Jahr 2009 lagen damit um 3,3 Mrd. € unter den im Soll veranschlagten Ausgaben in Höhe von 41,4 Mrd. €. Auch im Vergleich zum Ist-Ergebnis für das Jahr 2008 ist ein Rückgang um 2,1 Mrd. € zu verzeichnen. Die Zinssätze der Kreditaufnahme 2009 lagen unter den Planzinssätzen und unter den Zinssätzen des Jahres 2008. Die niedrigen kurzfristigen Zinssätze führten zu Einsparungen bei den unterjährigen Laufzeiten, die sich im Jahr 2009 auswirkten.

4 Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2009

Mit dem Unternehmensteuerreformgesetz 2008 vom 14. August 2007 (BGBl. I S. 1912) werden nationalen wie internationalen Investoren attraktive steuerliche Rahmenbedingungen geboten, das Steueraufkommen langfristig gesichert und der weitere Verlust an Steuersubstrat verhindert. Kernelemente der Reform sind u. a. die Senkung der Gesamtbelastung für Kapitalgesellschaften um fast neun Prozentpunkte auf unter 30 % sowie die

Einführung einer Tarifbegünstigung für nicht entnommene Gewinne von Personenunternehmen. Des Weiteren wurde die Neukonzeption der Besteuerung von Kapitaleinkünften des Privatvermögens beschlossen. Dieser Reformschritt wurde zum 1. Januar 2009 umgesetzt und ist eng mit der Reform der Unternehmensbesteuerung verbunden. Zukünftig werden alle im Privatvermögen zufließenden Kapitaleinkünfte einheitlich mit einer 25 %igen, durch die Kreditinstitute einzubehaltenden Abgeltungsteuer belegt. Durch eine Veranlagungsoption ergibt sich für Steuerpflichtige mit Zinseinkünften bei einem unter 25 % liegenden individuellen Grenzsteuersatz keine Mehrbelastung.

Das Jahressteuergesetz 2009 vom

19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794) umfasst eine Vielzahl von Verbesserungen in verschiedenen Bereichen des Steuerrechts. Die Maßnahmen betreffen ganz unterschiedliche Bereiche. Das Spektrum reicht von Gesundheitsförderung über die Bekämpfung von Steuerstraftaten oder extremistischen Vereinen bis hin zu Maßnahmen, die der Verhinderung von Steuerausfällen, dem Bürokratieabbau und der Vereinfachung des Steuerrechts dienen.

Mit dem Steuerbürokratieabbaugesetz vom 20. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2850) wurden eine Reihe weiterer Maßnahmen verabschiedet, bei denen die elektronische Kommunikation zwischen den am Besteuerungsverfahren Beteiligten im Vordergrund steht. So wurden überflüssige bürokratische Lasten abgebaut sowie das Verfahren bei der Steuererhebung im Interesse von Bürgern, Unternehmen und Staat vereinfacht.

Die Bundesregierung hat am
5. November 2008 das Konjunkturpaket I
"Beschäftigungssicherung durch
Wachstumsstärkung" beschlossen.
Dessen steuerliche Regelungen
wurden im Rahmen des Gesetzes
zur Umsetzung steuerrechtlicher
Regelungen des Maßnahmenpakets

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung vom 21. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2896) umgesetzt. Ziel ist es, den Folgen der weltweiten Abschwächung der Konjunktur sowie der Finanzmarktkrise auch mit gezielten steuerlichen Maßnahmen entgegenzuwirken. Das Gesetz erweitert für kleinere und mittlere Unternehmen die Möglichkeit, zeitlich befristet Investitionsabzugsbeträge und Sonderabschreibungen in Anspruch zu nehmen sowie bewegliche Wirtschaftsgüter degressiv abzuschreiben. Außerdem wurde der Höchstbetrag der Steuerermäßigung für die Absetzbarkeit bei der Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen verdoppelt sowie die Kraftfahrzeugsteuer für bis zum 30. Juni 2009 erstmals zugelassene Pkw bis zu zwei Jahre ausgesetzt.

Mit dem Gesetz zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2955) wurde die finanzielle Leistungsfähigkeit von Familien verbessert. Die Maßnahmen beinhalten die spürbare Erhöhung des Kindergeldes (auf monatlich jeweils 164 € für erste und zweite Kinder, 170 € für dritte Kinder und jeweils 195 € für vierte und jedes weitere Kind) und des Kinderfreibetrages (die Freibeträge für Kinder belaufen sich dadurch auf jährlich 6 024 € je Kind), das Schulbedarfspaket von 100 € jährlich pro hilfebedürftigem Kind sowie eine deutliche Ausweitung der Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen. Damit werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, die häusliche Pflege erleichtert und wirksame beschäftigungspolitische Impulse gesetzt.

Das Konjunkturpaket II wurde im Rahmen des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 2. März 2009 (BGBl. I S. 416) umgesetzt, flankiert durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 29. Mai 2009 und das Gesetz zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer und Änderung anderer Gesetze vom 25. Mai 2009.

Die Einkommensteuerbelastung wird dauerhaft abgesenkt – zum einen durch die Anhebung des Grundfreibetrages in zwei Stufen zum 1. Januar 2009 sowie zum 1. Januar 2010 um jeweils 170 €, zum anderen durch die Senkung des Eingangssteuersatzes ab dem 1. Januar 2009 von 15 % auf 14 %. Außerdem wird ebenfalls in zwei Stufen eine "Rechtsverschiebung" der Tarifeckwerte um insgesamt 730 € durchgeführt (400 € zum 1. Januar 2009 und weitere 330 € zum 1. Januar 2010). Mit diesen Maßnahmen werden die Bürgerinnen und Bürger um rund 3,1 Mrd. € im Jahr 2009 und rund 5,8 Mrd. € im Jahr 2010 entlastet. Hiervon profitieren insbesondere Geringverdiener. Es wird zudem ein Anreiz zur Arbeitsaufnahme für bisher nicht Beschäftigte geschaffen. Um die finanzielle Situation von Familien weiter zu verbessern, wurde für jedes Kind, für das im Jahr 2009 Anspruch auf Kindergeld besteht, ein einmaliger Kinderbonus von 100 € gezahlt. Die Ertragshoheit und die Verwaltungskompetenz der Kraftfahrzeugsteuer wurden ab dem 1. Juli 2009 auf den Bund übertragen. Außerdem wurde die Kraftfahrzeugsteuer für erstmals zugelassene Pkw zum 1. Juli 2009 auf einen vorrangig CO₂-orientierten Tarif umgestellt. Der paritätisch finanzierte Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung wurde zum 1. Juli 2009 um 0,6 Beitragssatzpunkte gesenkt. Zum Ausgleich stieg der bislang vorgesehene Bundeszuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung zur pauschalen Abgeltung versicherungsfremder Leistungen im Jahr 2009 um 3,2 Mrd. € auf 7,2 Mrd. €. In den Jahren 2010 und 2011 er auf 11,8 Mrd. € beziehungsweise 13,3 Mrd. € erhöht werden. Ab dem Jahr 2012 beträgt er 14 Mrd. €.

Mit dem Gesetz zur steuerlichen Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung vom 7. März 2009 (BGBl. I S. 451) wurden die Rahmenbedingungen für die Beteiligung der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen verbessert. Ab dem Jahr 2009 wurde die steuerliche Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung im Rahmen des Einkommensteuergesetzes und des Fünften Vermögensbildungsgesetzes erweitert.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

Außerdem wurde das Investmentgesetz geändert, um insbesondere für Mitarbeiter kleiner und mittlerer Unternehmen die Möglichkeit der Anlage von Kapital in einem Mitarbeiterbeteiligungsfonds zu schaffen.

Mit dem Gesetz zur Fortführung der Gesetzeslage 2006 bei der Entfernungspauschale vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 774) wird nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Dezember 2008 die Gesetzeslage bei der Entfernungspauschale von 2006 rückwirkend ab 2007 fortgeführt. Danach kann die Entfernungspauschale von 0,30 € wieder vom ersten Entfernungskilometer an als Werbungskosten geltend gemacht werden. Höhere Aufwendungen für die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Unfallkosten als außergewöhnliche Aufwendungen sind ebenfalls wieder abziehbar. Die Umsetzung des Urteils führt im Jahr 2009 zu steuerlichen Erleichterungen für die Pendler in Höhe von rund 5,4 Mrd. €.

Das Gesetz zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen vom 16. Juli 2009 (BGBl. I S. 1959) entlastet ab 2010 rund 16,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger in einem Umfang von rund 10 Mrd. € jährlich insbesondere durch die steuerliche Berücksichtigung von Beiträgen zugunsten einer Kranken- und Pflegeversicherung. Daneben treten Erleichterungen für Unternehmen in einem Volumen von insgesamt etwas mehr als 2,5 Mrd. € im Jahr 2009 in Kraft. Mit diesen Maßnahmen werden gezielt Voraussetzungen geschaffen, damit die Unternehmen die derzeitige Finanzund Wirtschaftskrise besser bewältigen können, wobei die Grundausrichtung der Unternehmensteuerreform gewahrt bleibt. Durch die zeitlich auf die Jahre 2008 und 2009 befristete Einführung einer Sanierungsklausel bei der Verlustnutzungsbeschränkung bleiben Verlustvorträge von Unternehmen insbesondere in den in Krisenzeiten wichtigen Fällen des Einstiegs eines neuen Investors oder bei einer Veränderung von

Beteiligungsverhältnissen aufgrund einer Erhöhung des Kapitals des Unternehmens erhalten, wenn der Beteiligungserwerb der Sanierung dient und wesentliche Betriebsstrukturen erhalten bleiben. Die ebenfalls auf die Jahre 2008 und 2009 befristete Anhebung der Freigrenze bei der Zinsschranke von 1 Mio. € auf 3 Mio. € hilft insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen, mit den Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise umzugehen. Als weitere Maßnahme erfolgt vom 1. Juli 2009 an die Verdoppelung der Umsatzgrenze bei der Ist-Versteuerung auf 500 000 €, die den Unternehmen die in wirtschaftlich schwierigen Zeiten notwendige Liquidität verschafft. Hierdurch kommen befristet bis Ende 2011 mehr Unternehmen in den Genuss dieser Regelung. Zudem wurde durch das Bürgerentlastungsgesetz der Kreis der Berechtigten für die zusätzliche Leistung für die Schule (das sogenannte Schulbedarfspaket) mit Wirkung ab dem 31. Juli 2009 auf alle Schülerinnen und Schüler ausgeweitet, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Mit dem Gesetz zur Änderung der Förderung von Biokraftstoffen vom 20. Juli 2009 (BGBl. I S. 1804) wurden die Regelungen im Energiesteuergesetz geändert, u. a. wurde die stufenweise Rückführung der steuerlichen Begünstigung von reinem Biodiesel um jährlich 3 Cent/Liter abgemildert. Daneben werden die mit der steuerlichen Förderung eng zusammenhängenden Regelungen im Bundes-Immissionsschutzgesetz zur Biokraftstoffquote angepasst. Kernpunkt hierbei ist die Absenkung der Gesamtquote für das Jahr 2009 auf 5,25 % und für die Jahre 2010 bis 2014 auf 6.25 %.

Durch das Gesetz zur Änderung des Energiesteuergesetzes vom 22. Juli 2009 (BGBl. I S. 1979) wurden die durch das Haushaltsbegleitgesetz 2005 erfolgten Einschränkungen bei der Vergütung für in der Land- und Forstwirtschaft verwendeten Dieselkraftstoff für die Verbrauchsjahre 2008 und 2009 ausgesetzt, um die entlastungsberechtigten Betriebe in einem

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

schwierigen wirtschaftlichen Umfeld mit verbesserter Liquidität auszustatten.

Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung: Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wurden bereits zum 1. Januar 2007 von 6,5 % auf 4,2 % deutlich gesenkt. Beitragspflichtige Arbeitnehmer und Arbeitgeber wurden zum 1. Januar 2008 nochmals durch eine Beitragssenkung um 0,9 Prozentpunkte (auf 3,3%) nachhaltig entlastet. Zum 1. Januar 2009 wurde der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung erneut abgesenkt und gesetzlich bei 3,0 % festgelegt. Darüber hinaus wurde er vorübergehend bis zum 30. Juni 2010 auf 2,8 % abgesenkt. Im Rahmen des Konjunkturpakets II wurde diese vorübergehende Senkung um ein halbes Jahr bis zum 31. Dezember 2010 verlängert.

Eingliederungsbeitrag: Die Bundesagentur für Arbeit ist seit dem Jahr 2008 mit einem Eingliederungsbeitrag in Höhe der Hälfte an den vom Bund getragenen Aufwendungen für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (Eingliederungsleistungen) und den Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende beteiligt. Im Jahr 2009 beträgt dieser Eingliederungsbeitrag knapp 4,9 Mrd. €.

Das Sondervermögen "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) als wesentliches Element des im Februar des Jahres 2009 beschlossenen Konjunkturpakets II ist nicht Bestandteil des Bundeshaushalts. Der ITF verfügt über eine eigene Kreditermächtigung. Aus diesem Sondervermögen werden unter Berücksichtigung der am 1. Juli 2009 in Kraft getretenen Gesetzesänderung zur Aufstockung des Programms zur Stärkung der Pkw-Nachfrage in den Jahren 2009 bis 2011 konjunkturstützende Maßnahmen bis zu einem Betrag von 20,4 Mrd. € finanziert. Da die im ITF zusammengefassten Maßnahmen zur schnellen Belebung der Konjunktur beitragen sollen, sind sie grundsätzlich bis zum Ende des Jahres 2010 befristet, können aber noch bis Ende des Jahres 2011 ausfinanziert werden. Eine Ausnahme davon bildet die Umweltprämie,

deren Fördervolumen seit dem 2. September 2009 durch gestellte Anträge ausgeschöpft ist. Bis Ende September waren gut 2,9 Mrd. € abgeflossen, davon knapp 2,5 Mrd. € für das mit 5 Mrd. € dotierte Programm zur Stärkung der Pkw-Nachfrage. Im Jahr 2009 wurden von den 20,4 Mrd. € bereits 6,1 Mrd. € ausgegeben. Davon rund 4,1 Mrd. € für die Umweltprämie und rund 0,7 Mrd. € für Investitionen des Bundes. Für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder wurden rund 1,3 Mrd. € ausgezahlt.

Mit den Instrumenten des "Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung" (SoFFin) als Sondervermögen des Bundes (ebenfalls nicht Bestandteil des Bundeshaushaltes) ist es gelungen, die deutschen Finanzmärkte erfolgreich zu stabilisieren. Hierzu war im Jahr 2009 eine neue Kreditaufnahme des SoFFin von insgesamt 26,6 Mrd. € notwendig. Bis zum 31. Dezember 2009 wurden acht Banken sowie der Sicherungseinrichtungsgesellschaft deutscher Banken mbH Garantien in Höhe von insgesamt 160,7 Mrd. € zugesagt, zugunsten von vier Banken Rekapitalisierungen in Höhe von insgesamt 28,0 Mrd. € zur Verfügung gestellt sowie eine Abwicklungsanstalt gegründet.

5 Entwicklung der Ausgaben nach ökonomischen Arten

Entsprechend ihrer Wirkung auf die gesamtwirtschaftlichen Abläufe können die Ausgaben des Bundes nach konsumtiven und investiven Ausgabenarten aufgeteilt werden. Die Unterscheidung der Ausgabenarten erfolgt entsprechend der Vorgaben des § 10 Abs. 3 Nr. 2 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) und § 13 Abs. 3 Bundeshaushaltsordnung (BHO) unter Berücksichtigung ökonomischer Erfordernisse im Gruppierungsplan für Bund, Länder und Gemeinden. Die Ausgaben für Baumaßnahmen und Investitionen der Hauptgruppen 7 und 8 werden danach als investive Ausgaben bezeichnet. Die Ausgaben der Hauptgruppen 4, 5 und 6 – Personalausgaben, sächliche Verwaltungsausgaben inklusive

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

Tabelle 3: Gesamtübersicht der investiven und konsumtiven Ausgaben

Bezeichnung	Soll 2009 ²	Januar bis Dezember 2009	Januar bis Dezember 2008	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		in%			
Ausgaben zusammen	303,3	292,3	282,3	9,9	+3,5
darunter:					
Konsumtive Ausgaben	270,6	265,2	258	7,2	+2,8
Investive Ausgaben	32,8	27,1	24,3	2,8	+11,5

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

militärische Beschaffung sowie Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme derer für Investitionen – sind konsumtive Ausgaben. Die besonderen Finanzierungsausgaben der Hauptgruppe 9 werden als ökonomisch neutral eingestuft, da beispielsweise die Globalen Mehr- und Minderausgaben erst im Haushaltsvollzug einer der oben genannten Ausgabearten zugeordnet werden können.

Die Unterscheidung nach investiven und konsumtiven Ausgaben hat Bedeutung aufgrund von Artikel 115 Grundgesetz (GG). Hier heißt es: Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten. Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Auf den Bundeshaushalt 2011 wird dann erstmals die neue Schuldenregel des Artikel 115 GG angewandt.

Die Gesamtausgaben im Bundeshaushalt 2009 stiegen gegenüber dem Vorjahr insgesamt um + 9,9 Mrd. €. Dies entspricht einer prozentualen Zunahme von + 3,5 %. Allerdings sind die Ist-Ausgaben 2009 mit 11,1 Mrd. € deutlich hinter dem veranschlagten Haushaltssoll geblieben. Dies ist auf die bessere wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen, die auch auf der Ausgabenseite entlastend gewirkt hat. Allerdings hat das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren neben Maßnahmen gegen die Finanzund Wirtschaftskrise zu deutlichen

Ausgabensteigerungen gegenüber dem Jahr 2008 geführt.

5.1 Investive Ausgaben

Für investive Zwecke wurden im Jahr 2009 insgesamt 27,1 Mrd. € aufgewandt.

Gegenüber dem Jahr 2008 – mit investiven

Ausgaben in Höhe von 24,3 Mrd. € – entspricht
dies einer Zunahme von + 2,8 Mrd. €
beziehungsweise + 11,5 %. Der Anteil an den

Gesamtausgaben des Bundes lag 2008 bei 9,3%.

Der Bund leistete 2009 Finanzierungshilfen an Dritte in Höhe von 18,6 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 68,6 % der investiven Ausgaben. Bei Finanzierungshilfen handelt es sich um den Erwerb von Beteiligungen, Gewährung von Darlehen an öffentliche und sonstige Bereiche, aber auch um die Inanspruchnahme aus Gewährleistungen. Hier wurde der Bund im Jahr 2009 erfreulicherweise nur mit 0,6 Mrd. € in Anspruch genommen, obwohl Mittel in Höhe von 2,4 Mrd. € eingeplant waren. Diese waren noch mit den Nachträgen 2009 um 1,5 Mrd. € auf 2,4 Mrd. € aufgestockt worden. Größter Einzelposten waren die Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes. Hier wurden 2,5 Mrd. € als Baukostenzuschüsse für einen Infrastrukturbeitrag zur Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes und 1,1 Mrd. € als Zuschüsse für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes im Rahmen der Verwendung der streckenbezogenen Lkw-Maut gezahlt.

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

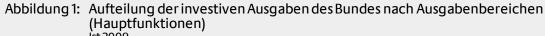
HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

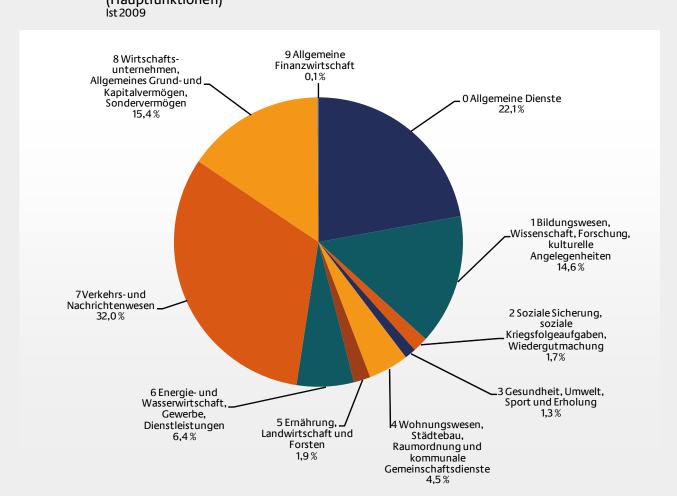
Tabelle 4: Investive Ausgaben

Aufgabeart	Soll 2009 ²	Januar bis Dezember 2009	Januar bis Dezember 2008	Veränderung gegenüber Vorjah	
		in M	rd.€¹		in%
Investive Ausgaben insgesamt	32,8	27,1	24,3	2,8	+11,5
Finanzierungshilfen	24,2	18,6	17,1	1,5	+8,7
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15	15,2	14	1,2	-8,4
Darlehensgewährungen, Erwerb von Beteiligungen und sonst. Kapitalvermögen	9,2	3,4	3,1	0,3	+10,0
Sachinvestitionen	8,6	8,5	7,2	1,3	+18,1
Baumaßnahmen	7,1	6,8	5,8	1,1	+18,2
Erwerb von beweglichen Sachen	1,1	1,0	0,9	0,1	+12,2
Erwerb von unbeweglichen Sachen	0,5	0,6	0,5	0,1	+27,7

¹Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.





HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

Die Ausgaben für eigene Sachinvestitionen des Bundes beliefen sich 2009 auf 8,5 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil an den investiven Ausgaben von 31,4 % Den größten Anteil an den Sachinvestitionen hatten mit 6,8 Mrd. € die Baumaßnahmen. Für den Erwerb beweglicher Sachen wurden 1,0 Mrd. € und für den Immobilienkauf 0,6 Mrd. € aufgewandt.

Investive Ausgaben nach Aufgabenbereichen: Die investiven Ausgaben lassen sich auf die einzelnen Aufgabenbereiche des Bundes aufteilen. Diese Aufgabenbereiche sind im Funktionenplan definiert. Dieser gibt Auskunft darüber, mit welchem Mitteleinsatz einzelne öffentliche Aufgaben (Funktionen) erfüllt werden. Abbildung 1 zeigt die prozentuale Aufteilung der investiven Ausgaben des Bundes nach Ausgabenbereichen (Hauptfunktionen) für das Ist-Ergebnis 2009.

5.2 Konsumtive Ausgaben

Aus Tabelle 5 kann die Aufteilung der konsumtiven Ausgaben des Bundes entnommen werden. Die Struktur orientiert sich an §13 Abs. 3 Nr. 2 BHO. Im Bundeshaushalt 2009 summierten sich die

Tabelle 5: Konsumtive Ausgaben

Bezeichnung	Soll 2009 ²	Januar bis Dezember 2009	Januar bis Dezember 2008	Veränderung gegenüber Vorj	
		in Mrd. € ¹			
Konsumtive Ausgaben insgesamt	270,6	265,2	258,0	7,2	+2,8
Personalausgaben	27,8	27,9	27,0	0,9	+3,4
Aktivitätsbezüge	21,0	21,0	20,3	0,7	+3,3
Versorgung	6,8	7,0	6,7	0,2	+3,7
Laufender Sachaufwand	21,1	21,4	19,7	1,7	+8,4
Sächliche Verwaltungsausgaben	9,0	9,1	8,6	0,6	-6,7
Militärische Beschaffungen, Wehrforschung und militärische Entwicklung, Materialerhaltung, Baumaßnahmen (Obergruppe 55)	10,4	10,3	9,6	0,7	+6,9
Sonstiger laufender Sachaufwand	1,8	2,0	1,5	0,4	+27,0
Zinsausgaben	41,4	38,1	40,2	-2,1	-5,2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	179,9	177,3	168,4	8,9	+5,3
an Verwaltungen	15,1	14,4	12,9	1,5	+11,3
an andere Bereiche	164,8	162,9	155,5	7,4	+4,8
darunter:					
Unternehmen	23,9	23,0	22,4	0,5	+2,3
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	30,9	29,7	29,1	0,6	+2,0
Sozialversicherung	104,7	105,1	99,1	6,0	+6,1
an nicht öffentliche soziale oder ähnliche Einrichtungen	1,4	1,2	1,1	0,2	+13,7
an Zwecke im Ausland, Abfüh-rung Eigenmittel an die EU	3,9	3,9	3,7	0,2	+4,1
an sonstige	0,005	0,005	0,004	0,001	+18,9
Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	0,4	0,4	2,6	-2,2	-83,7

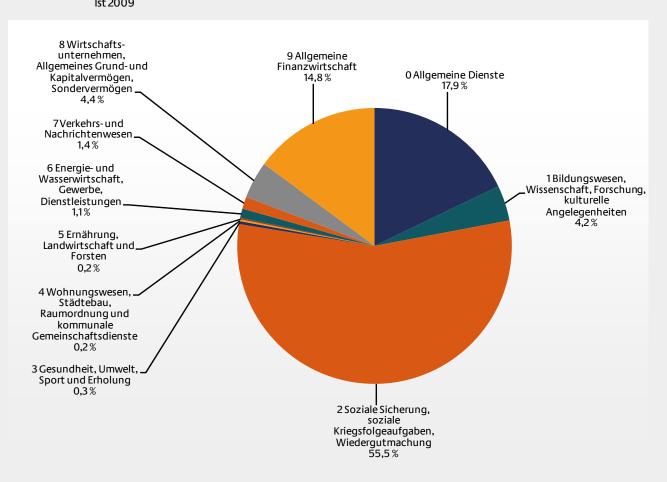
¹Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

² Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

Abbildung 2: Aufteilung der konsumtiven Ausgaben des Bundes nach Ausgabenbereichen (Hauptfunktionen)

lst 2009



konsumtiven Ausgaben auf 265,2 Mrd. €.
Dies entspricht einem Anteil an den
Gesamtausgaben des Bundes von 90,7 %.
Abbildung 2 veranschaulicht die Aufteilung
der konsumtiven Ausgaben des Bundes nach
Aufgabenbereichen (Hauptfunktionen).

Personalausgaben:

Die Personalausgaben des Bundes werden unterschieden nach den Aktivitätsbezügen für derzeit Beschäftigte und den Versorgungsleistungen für Pensionäre (jeweils einschließlich der entsprechenden Personalnebenkosten). Weiterhin wird zwischen den Personalausgaben für den Bereich Verteidigung (Oberfunktion 03)

und allen übrigen Personalausgaben - zivile Personalausgaben - differenziert.

Insgesamt summierten sich die
Personalausgaben des Bundes 2009
auf 27,9 Mrd. €, was einem Anteil von 9,6 %
an den Gesamtausgaben entspricht. Die
Personalausgaben stiegen im Vergleich
zum Vorjahr um + 0,9 Mrd. €. Die höheren
Ausgaben sind insbesondere auf die
Ergebnisse der Tarifverhandlungen und
die wirkungsgleiche Übernahme auf
den Beamtenbereich entsprechend dem
Gesetz über die Anpassung von Dienst- und
Versorgungsbezügen im Bund 2008/2009
zurückzuführen. 75 % der Personalausgaben
sind Aktivitätsbezüge. Diese beliefen sich
2009 auf 21,0 Mrd. €. Für die Versorgung der

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

Pensionäre des Bundes wurden insgesamt 7,0 Mrd. € – das entspricht einem Anteil von 24,9 % an den Personalausgaben – aufgewandt. Der Hauptteil der Aufwendungen für Personal des Bundes wurde mit 16,2 Mrd. € beziehungsweise 58,0 % im Aufgabenbereich Verteidigung (einschließlich zivile Verteidigung) getätigt. Im zivilen Bereich betrugen die Personalkosten 11,7 Mrd. €, was einem Anteil von 42,0 % an den gesamten Personalkosten entspricht.

Laufender Sachaufwand:

Die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand des Bundes und militärische Beschaffung beliefen sich im Jahr 2009 auf 21,4 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 7,3 % an den konsumtiven Ausgaben.

Die sächlichen Verwaltungsausgaben in Höhe von 9,1 Mrd. € für 2009 verteilten sich im Wesentlichen auf folgende Positionen:

- Geschäftsbedarf, Kommunikation sowie Geräte, Ausrüstungsgegenstände 0,5 Mrd. €,
- Verbrauchsmittel und die Haltung von Fahrzeugen 0,7 Mrd. €,
- Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume 1,3 Mrd. €,
- Mieten und Pachten 0,6 Mrd. €,
- Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens 1,5 Mrd. €,
- Aus- und Fortbildung 0,3 Mrd. €.

Für militärische Beschaffungen, Materialerhaltung, Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung sowie militärische Anlagen (Obergruppe 55) wurden 10,3 Mrd. € aufgewandt. Im Vergleich zum Jahr 2008 sind die Ausgaben um 0,7 Mrd. € gestiegen.

Zinsausgaben:

Die Zinsausgaben bilden mit 38,1 Mrd. € den größten Einzelposten bei den konsumtiven Ausgaben des Bundes. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Zinsausgaben um 2,1 Mrd. € beziehungsweise 5,2 % gesunken. 1990 betrugen die Zinsausgaben noch 17,5 Mrd. €. Der Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes ist seit 1990 von 9,0 % auf 13,0 % im Jahr 2009 gestiegen. Die günstige Entwicklung bei den Zinsausgaben 2009 war auf das allgemein niedrigere Zinsniveau 2009 zurückzuführen.

Laufende Zuweisungen und Zuschüsse:

Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse des Bundes beliefen sich 2009 auf 177,3 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahr mit 168,4 Mrd. € entspricht dies einer Zunahme von 8,9 Mrd. € oder 5,3 %.

Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen beinhalten in der Hauptsache Leistungen an Länder und Gemeinden sowie an Sondervermögen des Bundes. Im Jahr 2009 wurden hierfür 14,4 Mrd. € aufgewendet. An das Bundeseisenbahnvermögen wurden 5,3 Mrd. € als Erstattung von Verwaltungsausgaben gezahlt. Tabelle 6 zeigt die wichtigsten Zuweisungen des Bundes an die Länder.

Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an andere Bereiche: Insgesamt wurden 162,9 Mrd. € als Zuweisungen oder Zuschüsse durch eine Vielzahl von Maßnahmen an andere Bereiche geleistet. Die Ausgaben sind gegenüber dem Jahr 2008 um 7,4 Mrd. € beziehungsweise + 7,4% relativ stark gestiegen.

Die Leistungen an die Sozialversicherungsträger einschließlich der Bundesanstalt für Arbeit stiegen im Jahr 2009 um 6,0 Mrd. € auf 105,1 Mrd. € gegenüber 99,1 Mrd. € im Jahr 2008. Wichtigster Grund für den Ausgabenanstieg ist die pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

Tabelle 6: Zuweisungen an Länder - Wesentliche Ausgabepositionen

Zuweisung	Soll 2009	Januar bis Dezember 2009	Januar bis Dezember 2008		
	in Mrd. €				
Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	3,7	3,5	3,9		
Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz	0,6	0,8	0,8		
BAföG - Zuschüsse an Studierende	0,6	0,6	0,5		
BAföG - Schülerinnen und Schüler	0,6	0,5	0,5		
Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	0,4	0,5	-		
Kriegsopferfürsorgeleistungen und gleichartige Leistungen	0,3	0,3	0,3		
Ausgaben nach § 8 Abs. 1 des Unterhaltsvorschussgesetzes	0,3	0,3			
Zweckgebundene Zuweisungen an die Länder für Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL) - Betrieb	0,3	0,3	0,3		
Erstattungen an die Länder nach § 172 des Bundesentschädigungsgesetzes	0,2	0,2	0,2		
Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (ohne Investitionen)	0,3	0,2	0,2		

Quelle: BMF.

Tabelle 7: Die wichtigsten Ausgaben für Renten und Unterstützungen an natürliche Personen

Zuweisung	Soll 2009	Januar bis Dezember 2009	Januar bis Dezember 2008		
	in Mrd. €				
Arbeitslosengeld II	23,5	22,4	21,6		
Elterngeld	4,4	4,5	4,2		
Versorgungsbezüge für Beschädigte	1,4	1,4	1,6		
Kinderzuschlag für Anspruchsberechtigte nach § 6 a Bundeskindergeldgesetz	0,4	0,4	0,1		
Stipendien, Austauschmaßnahmen und Beihilfen für Nachwuchswissenschaftler, Studierende und Hochschulpraktikanten aus dem Ausland sowie Betreuung und Nachbetreuung	0,1	0,1	0,1		

Quelle: BMF.

Leistungen (Gesundheitsfonds), welche 2009 auf 7,2 Mrd. € angehoben wurde.

Die Ausgaben für Renten und Unterstützungen an natürliche Personen lagen im Jahr 2009 bei 29,7 Mrd. €. Im Vergleich zum Jahr 2008 stiegen die Ausgaben für diesen Bereich um + 0,6 Mrd. € oder +2,0 %. Tabelle 7 zeigt die wichtigsten Ausgaben für Renten und Unterstützungen.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Unternehmen: Im Jahr 2009 wurden insgesamt 23,0 Mrd. € an Zuweisungen und Zuschüssen an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen gezahlt. Gegenüber 2008 sind das 0,5 Mrd. € beziehungsweise 2,3 % mehr.

- Pie öffentlichen Unternehmen erhielten insgesamt 1,5 Mrd. € aus dem Bundeshaushalt. Davon waren 0,8 Mrd. € Zuschüsse. Größere Positionen sind zum Beispiel die Erstattungen von Fahrgeldausfällen an Verkehrsunternehmen durch die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen in Höhe von 0,2 Mrd. €, die Zuwendungen an die Wismut GmbH von 0,16 Mrd. € und die Zuwendungen an die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) in Höhe von 0,15 Mrd. €.
- Für private Unternehmen wurden im Bundeshaushalt 2009 insgesamt 3,5 Mrd. € aufgewandt. Größter Einzelposten sind hier die Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung, zum Absatz an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen in Höhe von 1,4 Mrd. €. Schuldendiensthilfen für private Unternehmen wurden in Höhe von 0,3 Mrd. € gezahlt.
- erhielten Zuschüsse in Höhe von insgesamt 18,0 Mrd. €. Für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit wurden 5,9 Mrd. € aufgewandt. Die Postbeamtenversorgungskasse erhielt ebenfalls einen Zuschuss von 5,9 Mrd. €. Die HGF-Zentren (Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Fraunhofer-Gesellschaft) haben 1,2 Mrd. € erhalten. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. (DFG) erhielt für laufende Zwecke 0,9 Mrd. €. Als öffentliche Einrichtung wurde die

Rundfunkanstalt "Deutsche Welle" mit 0,3 Mrd. € bezuschusst.

Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen:

Hierbei handelt es sich um Zuweisungen und Zuschüsse -soweit nicht für Investitionen – die sich mindestens für einen der Beteiligten (Zahler oder Empfänger) in einer Veränderung des Vermögensstandes auswirken. Sie dienen der Verbesserung der Wirtschafts- und Produktionsstruktur, werden als Entschädigungen für erlittene Vermögensschäden gezahlt oder haben die Vermögensbildung der Bevölkerung zum Ziel. Diese Ausgaben beliefen sich auf 0,4 Mrd. €. Größter Einzelposten war mit 0,1 Mrd. € das Anpassungsgeld für Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus. Der Rückgang der Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr ergab sich aus im Jahr 2008 getätigten Ausgaben für ein Darlehen an die KfW zum Ausgleich der mit dem Zuweisungsgeschäft der Deutschen Industriebank AG (IKB) verbundenen Nachteile in Höhe von 1,2 Mrd. € und die Erstattung an die Deutsche Post AG im Rahmen eines Beihilfeverfahrens in Höhe von 1,1 Mrd. €.

6 Entwicklung wesentlicher Ausgabenpositionen

6.1 Soziale Sicherung

In Tabelle 8 sind die wesentlichen Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung dargestellt. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leistungen verstanden, die bestimmte wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Für die soziale Sicherung wurden im Bundeshaushalt 2009 insgesamt 147,7 Mrd. € ausgegeben. Mit einem Anteil von 50,5 % an den Gesamtausgaben bleibt dies der Schwerpunkt auf der Ausgabenseite.

Leistungen an die Rentenversicherung: Die Mittel für die Rentenversicherung

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

Tabelle 8: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung

Aufgabenbereich	Soll 2009 ²	Januar bis Dezember 2009	Januar bis Dezember 2008	Veränderung ge	genüber Vorjahr
	in Mrd. €¹			in%	
Leistungen an die Rentenversicherung (RV)	78,9	79	78,2	0,8	+1,0
darunter					
Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	38,6	38,6	38,2	0,5	+1,2
zusätzlicher Zuschuss an die RV	18,7	18,7	18,2	0,5	+2,7
Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,5	11,5	11,5	-0,01	-0,1
Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,4	0,4	0,4	-0,1	-14,4
Bundeszuschuss an die knappschaftliche / hüttenknappschaftliche RV	6,0	6,0	6,2	-0,1	-1,9
Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die RV	2,6	2,7	2,6	0,04	+1,5
nachrichtlich:					
Überführung der geschlossenen Sonderversorgungssysteme in die RV	1,6	1,6	1,6	0,04	+2,4
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	7,2	7,2	2,5	4,7	х
Liquiditätsdarlehen an den Gesundheitsfonds	4,0	-	-	-	-
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,7	3,9	3,9	0,02	+0,4
darunter:					
Alterssicherung	2,3	2,3	2,3	-0,01	-0,3
Krankenversicherung	1,2	1,2	1,2	0,03	+2,3
Unfallversicherung	0,1	0,4	0,4	-	-
Arbeitsmarktpolitik	45,9	44,3	42,9	1,4	+3,2
darunter:					
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung (Transferzahlung aus Mehrwertsteuererhöhung 2007)	7,8	7,8	7,6	0,2	+2,6
Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,2	0,4	0,6	-0,2	-29,5
Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	37,8	36	34,8	1,2	+0,0
darunter:					
Arbeitslosengeld II	23,5	22,4	21,6	0,8	+3,5
Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	3,7	3,5	3,9	-0,4	-9,6
Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende	4,0	4,2	3,8	0,4	+11,5
Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	6,6	5,9	5,4	0,5	+10,2

werden weitgehend durch Beiträge und Bundeszuschüsse aufgebracht. Für Leistungen des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) wurden im Jahr 2009 insgesamt 79,0 Mrd. € ausgegeben. Gegenüber 2008 ist dies ein Zuwachs um rund 0,8 Mrd. €. Der Anteil an den Ausgaben des Bundes liegt bei 27,0 % und stellt damit den größten Ausgabenposten des Bundes dar (Kapitel 1113 Titelgruppe 02). Die Zusammensetzung der Bundesleistungen ist in der Tabelle 8 aufgeführt.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

noch Tabelle 8: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung

Aufgabenbereich	Soll 2009 ²	Januar bis Dezember 2009	Januar bis Dezember 2008	Veränderung ge	genüber Vorjahr
	in Mrd. € ¹			in%	
Elterngeld	4,4	4,5	4,2	0,3	+6,3
Erziehungsgeld	0,02	0,01	0,6	-0,6	х
Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG	0,4	0,4	0,1	0,2	х
Wohngeld ³	0,6	0,8	0,8	0,01	+1,5
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,4	0,4	0,5	-0,02	-3,9
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ⁴	0,4	0,5	-	-	-
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2,1	2,1	2,3	-0,2	-8,8

¹Differenzen durch Rundung möglich.

Nachhaltige Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung: Bereits mit der Rentenreform 2001 wurde in Deutschland auf die absehbare demografische Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten reagiert. Mit dem "Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz" wurde zum 1. Juli 2005 ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Rentenanpassungsformel eingeführt, der die Veränderung des Verhältnisses von Rentenbeziehern zu Beitragszahlern berücksichtigt. Zugleich soll die gesetzliche Rente bezahlbar bleiben und eine stärkere Belastung des Faktors Arbeit durch die Sozialversicherungsbeiträge vermieden werden. Ziel ist es, den Beitragssatz bis zum Jahr 2020 nicht über 20% beziehungsweise 2030 nicht über 22 % steigen zu lassen. Ungeachtet der absehbaren demografischen Entwicklung soll eine Untergrenze des Sicherungsniveaus vor Steuern von mindestens 46 % bis zum Jahr 2020 und mindestens 43 % bis zum Jahr 2030 nicht unterschritten werden (Niveausicherungsklausel). Zugleich wurde festgelegt, dass es allein wegen der Wirkung des Nachhaltigkeitsfaktors nicht zu einer negativen Rentenanpassung kommen kann (Sicherungsklausel). Eine

entsprechende Schutzklausel gilt auch für das Zusammenspiel der verschiedenen dämpfend wirkenden Faktoren der Rentenanpassung. Ergänzend dazu wurde im RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz die schrittweise Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ab dem Jahre 2012 von 65 auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029 und die Nachholung nicht realisierter Dämpfungen von Rentenanpassungen durch Halbierung der Rentenerhöhungen (modifizierte Schutzklausel) vorgesehen. Dies stellt sicher, dass die Funktionsfähigkeit des Rentenversicherungssystems auch in Zukunft erhalten bleibt.

Der mit der Rentenreform 2001 in die Rentenanpassungsformel eingeführte sogenannte "Riesterfaktor", mit dem die Belastungen der Erwerbstätigen aufgrund der höheren (steuerlich geförderten)
Altersvorsorge ("Riester-Rente") auf die Entwicklung der Altersrenten übertragen werden, wurde durch das Gesetz zur Rentenanpassung 2008 für die Jahre 2008 und 2009 ausgesetzt. Damit wurde eine deutliche und zeitnahe Beteiligung der Rentnerinnen und Rentner am Wirtschaftsaufschwung der vergangenen Jahre erreicht. Die langfristige

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

³ Vergleich 2009 zu 2008 nicht aussagekräftig. Im Jahr 2008 ist letztmalig ein Festbetrag in Höhe von 0,4 Mrd. € nach § 34 Abs. 2 WoGG gezahlt worden. Die tatsächlichen Wohngeldausgaben des Bundes lagen somit bei rd. 0,4 Mrd. €. U. a. in Folge der am 1. Januar 2009 in Kraft getretenen Wohngeldnovelle sind die Wohngeldzahlungen in 2009 erheblich gestiegen (+0,4 Mrd. €).

⁴ Die Leistungen für 2008 (Festbetrag 409 Mio. €) sind beim Wohngeld enthalten.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

finanzielle Stabilität der Rentenversicherung wird dadurch nicht gefährdet. Die beiden ausgesetzten Stufen der Riestertreppe werden in den Jahren 2012 und 2013 nachgeholt.

Schutz vor Rentenkürzungen (sogenannte "Rentengarantie"): Im Rahmen des 3. SGB-IV-Änderungsgesetzes hat der Bundestag am 19. Juni 2009 die Ausweitung der Rentenschutzklausel beschlossen. Mit dem Gesetz wird die derzeitige Schutzklausel des § 68a SGB VI angepasst. Die Änderung stellt sicher, dass es auch bei einer negativen Lohnentwicklung nicht zu Rentenminderungen kommen kann. Entsprechend der bestehenden Schutzklauselsystematik erhöhen auch die aus einer etwaigen negativen Lohnentwicklung herrührenden unterbliebenen Minderungen der aktuellen Rentenwerte den Ausgleichsbedarf, der - wie bereits nach geltendem Recht vorgesehen - ab dem Jahr 2011 mit zukünftigen positiven Rentenanpassungen verrechnet wird. Die Verrechnung erfolgt, indem positive Rentenanpassungen ab dem Jahr 2011 solange halbiert werden, bis der Ausgleichsbedarf abgebaut ist. Das Prinzip der lohnbezogenen Rente bleibt im Grundsatz gewahrt.

Knappschaftliche Rentenversicherung:

Der Bund trägt den Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen und Ausgaben der knappschaftlichen Rentenversicherung im Kalenderjahr und sichert somit ihre dauernde Leistungsfähigkeit. Der Beitragssatz zur knappschaftlichen Rentenversicherung liegt derzeit bei 26,4%.

Der Bund erstattet der Deutschen Rentenversicherung die Aufwendungen, die ihr aufgrund der **Überführung der in den Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR** erworbenen Ansprüche in die gesetzliche Rentenversicherung entstehen. Von diesen Aufwendungen trugen die neuen Länder im Jahr 2009 insgesamt 62 %. Dieser Prozentsatz verringert sich auf 60 % ab 2010.

Die geschlossenen

Sonderversorgungssysteme in den neuen Bundesländern umfassen die Angehörigen der ehemaligen Nationalen Volksarmee, der Deutschen Volkspolizei, der Zollverwaltung der DDR sowie des aufgelösten Ministeriums für Staatssicherheit. Die neuen Länder erstatten hier die Aufwendungen für die ehemalige Deutsche Volkspolizei in voller Höhe.

Pauschale Abgeltung an die Krankenkassen:

Am 1. April 2007 ist die "Gesundheitsreform 2007" (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz) in Kraft getreten. Danach hat der Bund zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der gesetzlichen Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen im Jahr 2008 einen Bundeszuschuss in Höhe von 2,5 Mrd. € gezahlt, der in den Folgejahren bis 2012 jährlich um 1,5 Mrd. € auf einen Betrag von 14 Mrd. € ansteigen soll. Gleichzeitig wurde vorgesehen, dass ab dem 1. Januar 2009 diese Mittel ebenso wie die Beitragseinnahmen der Versicherten in den Gesundheitsfonds fließen. Darüber hinaus wird seit dem 1. Januar 2009 in der Gesetzlichen Krankenkasse (GKV) der Beitragssatz von der Bundesregierung einheitlich festgelegt. Jede Krankenkasse erhält aus dem Gesundheitsfonds je Versichertem eine pauschale Zuweisung, die ergänzt wird durch Zu- und Abschläge, die neben dem Alter und dem Geschlecht auch das Krankheitsbild des Versicherten berücksichtigen. Die Zahlungen des Bundeszuschusses erfolgen in monatlichen Teilbeträgen zum ersten Bankarbeitstag. Mit dem Konjunkturpaket II wurde beschlossen, dass der allgemeine Beitragssatz zur GKV zum 1. Juli 2009 um 0,6 Prozentpunkte auf dann 14,9 % gesenkt wird. Zur Finanzierung dieser Maßnahme wurden mit dem 1. Nachtragshaushalt 2009 der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds von 4 Mrd. € um 3,2 Mrd. € auf insgesamt 7,2 Mrd. € für das Jahr 2009 erhöht. Damit werden sowohl die privaten Haushalte als auch die Arbeitgeber entlastet.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

Liquiditätsdarlehen an den

Gesundheitsfonds: Wenn die Einnahmen des Gesundheitsfonds nicht ausreichen, um den gesetzlichen Krankenkassen die diesen zustehenden Zuweisungen auszuzahlen, entnimmt der Fonds den fehlenden Betrag aus seiner Liquiditätsreserve. Sofern die Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds nicht ausreicht, leistet der Bund auf gesetzlicher Grundlage ein nicht zu verzinsendes Liquiditätsdarlehen in Höhe der fehlenden Mittel. Grundsätzlich ist das Darlehen im Haushaltsjahr zurückzuzahlen. Im Jahr 2009 konnte der Fonds einmalig auch ein überjähriges Darlehen in Anspruch nehmen. Im 2. Nachtragshaushalt wurden hierfür bis zu 4 Mrd. € vorgesehen. Die Mittel wurden jedoch nicht in Anspruch genommen.

Die Landwirtschaftliche Sozialpolitik dient dazu, den anhaltenden Agrarstrukturwandel sozial zu flankieren und die sozialökonomische Lage der Landwirte und ihrer Familien zu verbessern. Agrarsozialpolitik ist zugleich zielorientierte, gestaltende Politik zugunsten der aktiven Landwirte und Altenteiler und damit Teil der Politik für den ländlichen Raum.

Alterssicherung der Landwirte: Die nicht durch Beiträge und sonstige Einnahmen gedeckten Aufwendungen werden im Rahmen der Defizitdeckung durch Bundeszuschüsse finanziert. Damit werden mehr als drei Viertel der Ausgaben in der Alterssicherung der Landwirte durch Bundeszuschüsse finanziert. Die finanziellen Folgen des Strukturwandels in der Landwirtschaft wirken sich somit nicht auf die Beitragshöhe aus, sondern werden allein vom Bund getragen. Der Zuschuss zur Krankenversicherung der Landwirte ist dazu bestimmt, die Leistungsaufwendungen für Empfänger von Renten aus der Alterssicherung der Landwirte und sonstiger Altenteiler zu decken, soweit sie nicht durch Beiträge der Altenteiler aufgebracht werden. Mit einem in etwa gleichbleibenden Anteil ihres Beitragsaufkommens – jährlicher Solidarzuschlag von circa 90 Mio. € haben sich die aktiven Mitglieder der

landwirtschaftlichen Krankenversicherung an den Kosten der Krankenversicherung der Rentner und Altenteiler zu beteiligen. Der freiwillige Bundeszuschuss an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung dient der Senkung der Unternehmensbeiträge und damit der kostenmäßigen Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe.

Arbeitsmarktpolitik: Die Ausgaben im Bereich Arbeitsmarktpolitik sind im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr zwar um 1,4 Mrd. € gestiegen, liegen aber mit 44,3 Mrd. € um 1,6 Mrd. € unter den im Soll veranschlagten 45,9 Mrd. €.

Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsmarktförderung: Mit dem Aufkommen aus einem Mehrwertsteuerpunkt trägt der Bund zur Finanzierung der Senkung des Beitragssatzes bei. Für diesen regelgebundenen Transfer an die BA sind 2008 insgesamt 7,6 Mrd. € und 2009 7,8 Mrd. € geflossen. Ab 2010 verändert sich dieser Betrag jährlich entsprechend der Veränderungsrate der Steuern vom Umsatz. Ab dem 1. Januar 2008 wurde der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 0,9 Prozentpunkte auf 3,3 % gesenkt. Zum 1. Januar 2009 wurde der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung erneut abgesenkt und gesetzlich bei 3,0 % festgelegt. Darüber hinaus wurde er vorübergehend bis zum 30. Juni 2010 auf 2,8 % abgesenkt. Im Rahmen des Konjunkturpakets II wurde diese vorübergehende Senkung um ein halbes Jahr bis zum 31. Dezember 2010 verlängert.

Arbeitsmarktpolitik und Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende:

Mit dem 2. Nachtragshaushalt 2009 wurde auf die erwarteten Belastungen wegen der Rezession bei den Ausgaben für den Arbeitsmarkt - wie z. B. steigende Ausgaben für das Arbeitslosengeld II und höhere Ausgaben für Unterkunft und Heizung - reagiert. Die bis dahin im Soll 2009 veranschlagten Ausgaben wurden um 4,4 Mrd. € auf 45,9 Mrd. € erhöht. Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind auf dem Arbeitsmarkt zwar

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

deutlich erkennbar, allerdings verlief der Beschäftigungsrückgang sowie die Zunahme der Arbeitslosigkeit im Jahr 2009 insgesamt moderat. Die Wirtschaft begegnete der Unterauslastung ihrer Kapazitäten vor allem mit Reduzierung der Arbeitszeiten. Auch der leichtere Zugang zum Kurzarbeitergeld wirkte sich positiv auf die Anzahl der Arbeitslosen aus, wobei die erheblich gestiegenen Ausgaben für Kurzarbeit im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) getätigt wurden.¹ Im Jahr 2009 wurden daher mit 36,0 Mrd. € insgesamt 1,8 Mrd. € weniger für die Leistungen für die Grundsicherung für Arbeitsuchende ausgegeben als im Soll veranschlagt. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Ausgaben um 1,4 Mrd. € gestiegen. Mit einem Anteil von 15,1% an den Gesamtausgaben im Jahr 2009 bleiben die Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik eine anhaltend hohe Belastung für den Bundeshaushalt. Die Zahl der Arbeitslosen lag im Jahresdurchschnitt 2009 bei rund 3,4 Millionen Personen und damit um nur rund 155 000 Personen (4,8%) höher als im Jahr 2008.

Elterngeld: Eltern erhalten für ihre ab dem 1. Januar 2007 geborenen Kinder Elterngeld. Dieses ersetzt das Erziehungsgeld. Gezahlt werden während der Bezugszeit 67% des letzten Nettoeinkommens, sofern erwerbstätige Eltern ihr Berufsleben unterbrechen oder ihre Erwerbstätigkeit auf höchstens 30 Wochenstunden reduzieren. Der Höchstbetrag liegt bei 1 800 € monatlich. Die Mindestleistung beläuft sich auf 300 €. Die Bezugszeit beträgt bis zu zwölf Monate, plus zwei weitere Monate, wenn auch der Partner wegen der Kindererziehung seine Erwerbstätigkeit unterbricht beziehungsweise

¹ Durch die positive Entwicklung des Haushaltes der BA vor der Finanzkrise konnte sie 2009 ihre Aufgaben noch ohne ein Darlehen des Bundes erfüllen. Seit dem Jahr 2007 sind die Finanzbeziehungen zwischen Bundesagentur für Arbeit (BA) und Bund neu geregelt. Der Defizit-Zuschuss ist entfallen, gegebenenfalls erhält die BA Darlehen des Bundes; im Jahr 2010 ist ein einmaliger Zuschuss vorgesehen.

einschränkt. Eltern mit niedrigen Einkommen und Eltern von Geschwisterkindern, die in enger Folge geboren werden, werden besonders berücksichtigt. Das Elterngeld kann nicht nur von bisher in einem Arbeitsverhältnis tätigen Elternteilen in Anspruch genommen werden, sondern auch dann, wenn die Eltern selbstständig tätig oder arbeitslos sind. Die Ausgaben für das ausgelaufene Erziehungsgeld beschränkten sich im Jahr 2009 auf die Abwicklung von Restfällen.

Kinderzuschlag für geringverdienende

Eltern: Der Kinderzuschlag ist eine ergänzende Sozialleistung für Familien zur Vermeidung einer durch Kinder entstehenden Hilfebedürftigkeit nach SGB II. Er beträgt bis zu 140 € monatlich pro Kind. Das Instrument ist zum 1. Oktober 2008 weiterentwickelt worden. Die Mindesteinkommensgrenze wurde deutlich abgesenkt und einheitlich festgelegt. Sie beträgt jetzt 900 € brutto/600 € brutto für Paarhaushalte/ Alleinstehende. Die Anrechnung für Einkommen aus Erwerbstätigkeit wurde von 70 % auf 50 % abgesenkt. Außerdem wurde ein Wahlrecht neu eingeführt zwischen der Inanspruchnahme von Kinderzuschlag und Leistungen der Grundsicherung für jenen Personenkreis, der bei Beantragung von Arbeitslosengeld II Anspruch auf Leistungen für einen Mehrbedarf hätte. Durch die Reform profitieren rund 150 000 Kinder mehr vom Kinderzuschlag. Im Jahr 2008 wurden hierfür 143 Mio. € ausgegeben. Im Jahr 2009 sind die Ausgaben auf 364 Mio. € gestiegen.

Wohngeld: Zur Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens in einem grundsätzlich marktwirtschaftlich orientierten Wohnungswesen wird die Sozialleistung "Wohngeld" nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) gewährt. Das Wohngeld tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Bis Ende 2008 hat der Bund mit der Einführung einer Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zusätzlich einen Festbetrag vom Länderanteil in Höhe von jährlich 409 Mio. € übernommen. Ab 2009 wurde diese Regelung durch eine im SGB XII

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

geregelte prozentuale Beteiligung des
Bundes an den Nettoausgaben der Länder
für die Grundsicherung im Alter und bei
Erwerbsminderung ersetzt. Aus diesem
Grund wurde der Wohngeldansatz im
Bundeshaushalt gegenüber dem Jahr 2008
abgesenkt. Außerdem sind zum 1. Januar 2009
gesetzliche Neuregelungen in Kraft getreten,
die im Ergebnis das Wohngeld von derzeit
rund 90 € auf rund 142 € monatlich erhöhen.
Seit der Einführung von "Hartz IV" im Jahr
2005 erhalten Wohngeld nur noch Haushalte,
die nicht Empfänger von Transferleistungen
(Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe,
Grundsicherung im Alter u. a.) sind.

Wohnungsbau-Prämiengesetz: Der Bund fördert insbesondere Beiträge an Bausparkassen im Rahmen jährlicher Höchstbeträge von 512 €/1 024 € (für Alleinstehende/Verheiratete) mit einer Prämie, wenn das Einkommen des Bausparers jährlich 25 600 €/51 200 € (Alleinstehende/ Verheiratete) nicht übersteigt. Die Höhe der Wohnungsbauprämie beträgt seit dem Sparjahr 2004 für laufende und neue Verträge 8,8 % der prämienbegünstigten Aufwendungen.

Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge umfasst die staatlichen Leistungen (Heil- und Krankenbehandlung, Versorgungsbezüge), die nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) an Personen, die durch Krieg, Militärdienst oder militärähnlichen Dienst gesundheitlich geschädigt worden sind, oder an deren Hinterbliebene erbracht werden. Darüber hinaus stellt der Bund in entsprechender Anwendung des BVG Mittel für die soziale Entschädigung von Personen zur Verfügung, die aus politischen Gründen inhaftiert wurden, Opfer von Gewalttaten und SED-Unrecht sowie Wehr- und Zivildienstgeschädigte wurden. Am 31. Dezember 2009 belief sich die Anzahl der Leistungsempfänger auf 342 794 Personen.

6.2 Allgemeine Dienste

Die Ausgaben für Allgemeine Dienste beliefen sich im Jahr 2009 auf 53,4 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 18,3 % an den Gesamtausgaben. Hierbei handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. In Tabelle 9 sind die wesentlichen Ausgaben des Bundes für "Allgemeine Dienste" aufgeführt.

Verteidigung (einschließlich zivile **Verteidigung):** Die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und die internationale Lage haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark verändert. Mit den im Haushalt 2009 zur Verfügung gestellten Mittel wird die Bundeswehr in die Lage versetzt, im Rahmen der erforderlichen Transformation der Bundeswehr die Struktur der Streitkräfte anzupassen und die Modernisierung von Material und Ausrüstung voranzutreiben. Die Finanzausstattung des Verteidigungshaushalts ermöglicht darüber hinaus die Erfüllung der eingegangenen internationalen Verpflichtungen zum Aufbau gemeinsamer Fähigkeiten im europäischen Raum wie im transatlantischen Bündnis. Grundlage für die Weiterentwicklung der Bundeswehr ist dabei ein Personalumfang von 250 000 Soldatinnen und Soldaten sowie 75 000 Haushaltsstellen für zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der bis zum Jahr 2010 erreicht werden soll.

Die Ausgaben für zivile Verteidigung umfassen Ausgaben für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und die Ausgaben für das Technische Hilfswerk.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Die Bundesregierung unterstützt aktiv die Entwicklung und Umsetzung der neuen globalen Partnerschaften zwischen Industrie, Entwicklungs- und Transformationsländern. Dabei versteht sie Entwicklungspolitik als internationale Gemeinschaftsaufgabe und will dazu beitragen, weltweite Armut zu

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

Tabelle 9: Allgemeine Dienste

Aufgabenbereich	Soll 2009 ²	Januar bis Dezember 2009	Januar bis Dezember 2008	Veränderung gegenüber Vorjah	
	in Mrd. €¹				in%
Verteidigung, einschl. zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)	31,0	31,3	30,0	1,3	+4,4
Obergruppe 55: Militärische Beschaffungen, Wehrforschung und militärische Entwicklung, Materialerhaltung, Baumaßnahmen usw.	10,3	10,2	9,6	0,7	+6,9
Wirtschaftliche Zusammenarbeit (Funktion 023) ³	5,7	5,6	5,0	0,7	+13,1
Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	2,3	2,4	2,2	0,2	+8,6
Beteiligung an Einrichtungen der Weltbankgruppe	0,7	0,7	0,5	0,2	+37,5
Beitrag zu den "Europäischen Entwicklungsfonds"	0,8	0,8	0,7	0,1	+7,6
Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen	0,1	0,1	0,3	-0,2	-61,8
Politische Führung und zentrale Verwaltung (Oberfunktion 01)	6,4	6,4	6,1	0,3	+4,2
Zivildienst	0,6	0,6	0,6	0,05	+7,9
Finanzverwaltung (Oberfunktion 06)	3,8	3,7	3,3	0,4	+10,7
Öffentliche Sicherheit und Ordnung (Oberfunktion 04)	3,7	3,4	3,2	0,2	+6,3
nachrichtlich:	7,3	7,4	7,2	0,2	+3,0
Ausgaben für Versorgung					
Ziviler Bereich	2,8	2,9	2,9	0,01	+0,5
Bundeswehr, Bundeswehrverwaltung	4,5	4,5	4,3	0,2	+4,7

¹Differenzen durch Rundung möglich.

mindern, Frieden zu sichern beziehungsweise zu stiften, Globalisierung gerecht zu gestalten, Demokratie und Menschenrechte voranzubringen und natürliche Lebensgrundlagen zu bewahren.

$Politische \, F\"uhrung \, und \, zentrale$

Verwaltung: Bei den Ausgaben für den Bereich politische Führung und zentrale Verwaltung handelt es sich im Wesentlichen um Aufwendungen für die obersten Bundesbehörden und den Zivildienst.

Mit dem **Zivildienst** als Ersatz für den Wehrdienst werden wichtige Leistungen für die Gesellschaft insbesondere im sozialen Bereich und im Umweltschutz erbracht. Das Engagement der Zivildienstleistenden hat vor allem bei der Betreuung alter, kranker und behinderter Menschen eine erhebliche soziale Bedeutung, die über den gesetzlichen Auftrag des Zivildienstes hinausgeht. Der Zivildienst wurde weiter als Lerndienst gestaltet. Zivildienstleistende sollen ihre Dienstzeit nicht nur als Pflichtdienst erleben, sondern ihre hier gemachten Erfahrungen für den späteren Lebensweg und die eigene Persönlichkeitsentwicklung nutzen. Die Zivildienstzeit beträgt wie die Grundwehrdienstzeit 9 Monate. Die Ausgaben wurden im Einzelplan des Bundesministeriums

²Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

 $^{^3} Dar \ddot{u}ber hinaus sind weitere \, Mittel \, f\"{u}r \, Wirtschaftliche \, Zusammenarbeit \, bei \, anderen \, Funktionen \, veranschlagt.$

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geleistet.

Finanzverwaltung: Die Ausgaben für die Finanzverwaltung wurden zum ganz überwiegenden Teil im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) geleistet. Neben den obersten Bundesbehörden wie dem Bundeszentralamt für Steuern war größter Fachbereich die Bundeszollverwaltung (1,8 Mrd. €). In Höhe von 0,2 Mrd. € wurden Erstattungen von Verwaltungskosten an die BA für die Durchführung des Familienleistungsausgleichs nach dem Einkommensteuergesetz geleistet. Die Länder haben aus dem Bundeshaushalt 85 Mio. € Erstattung von Verwaltungskosten für die Erhebung der Kfz-Steuer durch die Finanzbehörden der Länder erhalten. Dies hat sich aus dem Übergang der Ertragshoheit von den Ländern auf den Bund ergeben.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung:

Im Bundeshaushalt wurden auch im Jahr 2009 Ausgaben zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung getätigt, insbesondere für die in der Verantwortung des Bundes liegende Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz. Die Ausgaben wurden im Einzelplan des Bundesministeriums des Inneren getätigt.

Versorgung: Die Versorgungsleistungen des Bundes an ehemalige Beamte. Richter und Soldaten des Bundes und deren Hinterbliebene sowie an Versorgungsberechtigte nach dem Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes umfassen insbesondere die direkten Pensionszahlungen sowie Beihilfen. Sie sind jeweils bei dem Ressort veranschlagt, aus dessen Dienst die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in den Ruhestand getreten sind. Zur Finanzierung künftiger Versorgungsleistungen wird aufgrund des Versorgungsrücklagegesetzes seit 1999 über verminderte Besoldungsund Versorgungsanpassungen das Sondervermögen "Versorgungsrücklage des

Bundes" aufgebaut. Es soll den Bundeshaushalt ab dem Jahr 2018 von Versorgungsausgaben entlasten. Darüber hinaus sind für alle ab dem 1. Januar 2007 neu eingestellten Beamten, Richter sowie Berufssoldaten Zuweisungen an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Bundes" zu leisten. Die Ausgaben zum Aufbau der beiden Sondervermögen sind entsprechend ihrem Charakter nicht den Versorgungsausgaben, sondern den korrespondierenden Bezügen zugeordnet.

6.3 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Für den Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur wurden im Bundeshaushalt 2009 insgesamt 15,0 Mrd. € aufgewendet. Dies entspricht einem Anteil von 5,1% an den Gesamtausgaben. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Ausgaben um 1,5 Mrd. € gestiegen. Tabelle 10 gibt einen Überblick über die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für diesen Aufgabenbereich.

Investitionsprogramm Ganztagsschulen:

Für das Investitionsprogramm zur Ausweitung der Zahl der Ganztagsschulen gewährte der Bund den Ländern und Gemeinden Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 4,0 Mrd. €. Mit diesem Programm wurden die Anstrengungen der Länder und Kommunen zur Verbesserung der Betreuungs- und Bildungsangebote nachhaltig unterstützt. Gemäß Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern waren die Finanzhilfen an die Länder in den Jahren 2003 bis 2007 zu zahlen. Die Investitionen waren bis zum 31. Dezember 2009 durchzuführen. Das Programm wurde im Jahr 2009 ausfinanziert.

Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen; Für

Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen wurden im Jahr 2009 insgesamt 8,7 Mrd. € ausgegeben. Gegenüber 2008 sind das 1,0 Mrd. € mehr. Die ressortübergreifende strategische Neuausrichtung der Innovations- und

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

Tabelle 10: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereich	Soll 2009 ²	Januar bis Dezember 2009	Januar bis Dezember 2008	Veränderung ge	genüber Vorjahr
	in Mrd. €¹			in%	
Investitionsprogramm Ganztagsschulen	-	0,6	0,6	0,03	+5,3
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	8,8	8,7	7,7	1,0	+12,9
gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	3,4	3,3	3,0	0,4	+11,7
darunter:					
Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (MPG) in Berlin	0,6	0,6	0,6	-0,03	-4,7
Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG) in München	0,5	0,5	0,4	0,1	+19,4
Forschungszentren der Hermann von Helmholtz- Gemeinschaft (ohne DLR)	1,5	1,5	1,4	0,2	+14,0
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) einschließlich nationales Weltraumprogramm und ESA	1,1	1,1	1,0	0,1	+13,4
Technologie und Innovation im Mittelstand	0,6	0,6	0,5	0,1	+10,9
Forschung und experimentelle Entwicklung zur Erzeugung, Verteilung und rationellen Nutzung der Energie	0,2	0,2	0,2	0,02	+12,4
Forschung und experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der menschlichen Gesundheit	0,3	0,3	0,3	0,03	+10,0
Vorsorgeforschung in den Bereichen Klima, Energie und Umwelt	0,4	0,3	0,3	0,02	+7,6
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1,4	1,3	1,2	0,1	+11,0
Hochschulen	2,6	2,6	2,4	0,2	+7,8
Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,7	0,7	0,7	-	-
Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. Bonn	0,9	0,9	0,8	0,03	+3,0
Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	0,3	0,2	0,3	-0,01	-2,1
Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	0,3	0,3	0,3	0,03	+10,7
Hochschulpakt 2020	0,4	0,4	0,2	0,1	+58,8
Berufliche Weiterbildung	0,2	0,2	0,2	0,02	+8,9
nachrichtlich:					
Kunst- und Kulturpflege inklusive kulturelle Angelegenheiten im Ausland	1,8	1,8	1,6	0,1	+7,9

¹Differenzen durch Rundung möglich.

Forschungspolitik erfolgte flankiert durch die im Sommer 2006 gestartete Hightech-Strategie der Bundesregierung. Im Rahmen des 6 Mrd. €-Programms unterstützte der Bund bis 2009 zusätzlich besonders zukunftsträchtige Forschungs- und Entwicklungsvorhaben. Der Einsatz der öffentlichen Mittel führte zu zusätzlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben der Wirtschaft und der Länder (Hebelwirkung). Mit dem Pakt für Forschung und Innovation haben die institutionell geförderten

²Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

Forschungseinrichtungen insbesondere die Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Helmholtz-Gemeinschaft Planungssicherheit bis 2010. Danach wird eine Folgeregelung angestrebt.

Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG): Ziel des BAföG ist die soziale Öffnung und Offenhaltung des Bildungswesens. Unabhängig von den jeweiligen finanziellen Möglichkeiten soll jedem eine den eigenen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Ausbildung ermöglicht werden. Der den einzelnen Auszubildenden hierfür zustehende Förderbetrag orientiert sich an dem durch die erforderlichen Ausgaben für Lebensunterhalt und Ausbildung bestimmten Bedarf. Die Aufwendungen für diese Leistung werden zu 65 % durch den Bund und zu 35 % durch die Länder getragen. Mit dem 22. Gesetz zur Änderung des BAföG sind zum 1. Oktober 2008 wesentliche Leistungsverbesserungen in Kraft getreten. Insbesondere sind die BAföG-Bedarfssätze um 10 % und die Einkommensfreibeträge um 8 % gestiegen. Damit liegt der BAföG-Höchstsatz jetzt bei 643 € statt wie vorher bei 585 € pro Monat. Die Hinzuverdienstgrenze wurde für alle Auszubildenden auf die auch für sogenannte "Minijobs" geltende Einkommensgrenze von 400 € monatlich ausgedehnt. Außerdem ist es jetzt möglich, die Ausbildung innerhalb der EU vollständig im Ausland zu absolvieren. Weiterhin wurde ein Kinderbetreuungszuschlag in Höhe von 113 € monatlich für das erste und 85 € für jedes weitere Kind eingeführt. Durch die Kombination von Maßnahmen werden damit rund 100 000 Studenten (einschließlich Fach- und Berufsschüler) zusätzlich in der Förderung erreicht. Ergänzt wird die Ausbildungsförderung durch das Bildungskreditprogramm des Bundes und den allgemeinen Studienkredit, ein Eigenmittelprogramm der Kreditanstalt für

Hochschulen: Mit der Beendigung der Gemeinschaftsaufgabe "Aus- und

Wiederaufbau.

Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken" erhalten die Länder ab 2007 bis 2013 pro Jahr ein Kompensationsvolumen von 695 Mio. €. Zusätzliche Mittel in Höhe von 250 Mio. € stellt der Bund für überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich zur Verfügung. Die **Deutsche** Forschungsgemeinschaft e. V. Bonn (DFG) ist die zentrale Selbstverwaltungseinrichtung der Wissenschaft. Die Ausgaben dienen dazu, die Forschung durch allgemeine Fördermaßnahmen und Förderung insbesondere von Schwerpunkten leistungsfähig zu erhalten. Seit dem Jahr 2002 fördern Bund und Länder die DFG mit einem einheitlichen Finanzierungsschlüssel von 58 % Bund und 42 % Länder. Bund und Länder sind sich einig, dass es zusätzlicher Maßnahmen bedarf, um den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und Spitzen sichtbarer zu machen. Mit der zwischen Bund und Ländern geschlossenen Verwaltungsvereinbarung werden im Rahmen der "Exzellenzinitiative zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen" Zukunftskonzepte zum Ausbau der Spitzenforschung, Graduiertenschulen und Exzellenzcluster im Wettbewerb gefördert. Im Jahr 2009 hat der Bund hierfür 285 Mio. € zur Verfügung gestellt. Nach dem Sitzlandprinzip tragen die Länder 25 % der Kosten. Im August 2007 haben die Regierungschefs der Länder eine Vereinbarung über den Hochschulpakt 2020 geschlossen. Im Haushalt 2009 wurden hierfür 383 Mio. € ausgegeben. Gefördert wurden hiermit die Aufnahme zusätzlicher Studienempfänger sowie die weitere Stärkung der Forschung an Hochschulen.

Berufliche Weiterbildung: Die berufliche Weiterbildung wurde durch mehrere Programme gefördert. Angesichts des nicht ausreichenden Ausbildungsplatzangebots in den neuen Ländern fördert der Bund im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative zur ergänzenden Ausbildung die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen. Das

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

Sonderprogramm wird je zur Hälfte vom Bund und den neuen Ländern finanziert. Weiterhin werden Lehrgänge der überbetrieblichen beruflichen Bildung im Handwerk gefördert, die zur Anpassung des personellen Leistungsstandes an den technischen und ökonomischen Fortschritt beitragen. Überbetriebliche Berufsbildungsstätten ergänzen mit ihrem Lehrangebot die betriebliche Ausbildung solcher Klein- und Mittelbetriebe, die aufgrund ihrer Größe oder Spezialisierung nicht in der Lage sind, die geforderten Ausbildungsinhalte in ihrer Gesamtheit zu vermitteln. Erst durch die ergänzenden Lehrangebote der überbetrieblichen Berufsbildungsstätten werden diese Betriebe in die Lage versetzt, ausbilden zu können.

Kunst- und Kulturpflege: Die Förderung der inländischen Kulturpolitik wird vor allem vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien wahrgenommen. Ihm zugeordnet ist das Bundesarchiv, das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa und die Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Die Förderung der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik obliegt dem Auswärtigen Amt. Unter Wahrung der Kulturhoheit der Länder fördert der Bund folgende Maßnahmen und Einrichtungen mit gesamtstaatlicher Bedeutung: Kulturelle Angelegenheiten, einschließlich der Pflege deutscher Kultur des östlichen Europas, sowie die kulturelle Betreuung für heimatlose Ausländer und fremde Volksgruppen, Medienund Filmwirtschaft, Gedenkstätten, Kultur in der Hauptstadt Berlin sowie in der Region der Bundesstadt Bonn. Die größten Einzelposten der Kunst- und Kulturpflege im Inland sind der Zuschuss des Bundes an die Rundfunkanstalt "Deutsche Welle" und die Zuschüsse an das Goethe-Institut e. V. (Betrieb und operative Mittel).

6.4 Verkehrs- und Nachrichtenwesen

In Tabelle 11 sind die wesentlichen
Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und
Nachrichtenwesen abgebildet. Wesentliche
Aufgabenbereiche sind der Bau und Betrieb
der Bundesautobahnen, Bundesstraßen und
Bundeswasserstraßen sowie Bau, Ausbau
und Ersatzinvestitionen in die Schienenwege
der Eisenbahnen des Bundes. Für das
Verkehrs- und Nachrichtenwesen wurden im
Bundeshaushalt 2009 insgesamt 12,4 Mrd. €
ausgegeben. Dies entspricht einem Anteil
von 4,3 % an den Gesamtausgaben.

Straßen (ohne Kompensationszahlungen wegen Beendigung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes): Das Bundesfernstraßennetz (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) gehört zu den leistungsfähigsten Europas. Es spiegelt die Bedeutung Deutschlands als eine der führenden Wirtschaftsnationen und als wichtigstes Transitland wider. Nach Artikel 90 des Grundgesetzes verwalten die Länder die Bundesautobahnen und sonstigen Bundesfernstraßen. Die Haushaltsmittel für die betriebliche Unterhaltung, die Erhaltung und den Um- und Ausbau sowie den Neubau der in der Baulast des Bundes stehenden Bundesfernstraßen werden aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt.

Wasserstraßen und Häfen: Das Netz der Bundeswasserstraßen umfasst rund 7350 km Binnenwasserstraßen und rund 23 000 qkm Seewasserstraßen. Zu den wichtigsten Bauwerken zählen rund 350 Schleusenanlagen, rund 300 Wehranlagen, vier Schiffshebewerke, acht Sperrwerke und rund 1000 Brücken. Nach Artikel 89 des Grundgesetzes verwaltet der Bund die Bundeswasserstraßen und nimmt die über den Bereich eines Landes hinausgehenden staatlichen Aufgaben wahr. Die hierfür zuständigen bundeseigenen Behörden sind die Wasser- und Schifffahrtsdirektionen sowie die Wasser- und Schifffahrtsämter.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

Tabelle 11: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereich	Soll 2009 ²	Januar bis Dezember 2009	Januar bis Dezember 2008	Veränderung gegenüber Vorja	
		in Mrd. €¹			
Straßen	6,8	6,9	6,0	0,9	+14,6
Bundesautobahnen	3,9	3,9	3,4	0,5	+14,1
Bundesstraßen	2,8	3	2,3	0,6	+26,5
Wasserstraßen und Häfen	1,9	1,9	1,6	0,3	+18,8
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	1,3	1,3	1,3		-
Finanzhilfen an die Länder für die Schieneninfrastruktur und Investitionszuschüsse für den öffentlichen Personennahverkehr	0,3	0,3	0,4	-0,1	-23,6
nachrichtlich:					
Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich aus Hauptfunktion 8:					
Eisenbahnen des Bundes - Deutsche Bahn AG	4,1	4,2	3,9	0,3	+7,5
Bundeseisenbahnvermögen	5,5	5,3	4,3	1,0	+23,3

¹Differenzen durch Rundung möglich.

Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden: Mit der Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden steht den Ländern ab dem 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2013 jährlich ein Betrag von 1,3 Mrd. € aus dem Haushalt des Bundes zu. Der Betrag wird auf die Länder nach einem gesetzlich festgelegten Schlüssel verteilt. Die Beträge sind von den Ländern jeweils für Investitionen, die zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden erforderlich sind, einzusetzen. Über die Verwendung der Mittel müssen die Länder dem Bund berichten.

Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG: Gemäß Artikel 87e Abs. 4 Grundgesetz trägt der Bund, die Verantwortung für den Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes. Nach dem Bundesschienenwegeausbaugesetz finanziert der Bund Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen. Diese umfassen sowohl Ersatzinvestitionen als auch Neu- und Ausbaumaßnahmen. Die Investitionsmittel im Schienenbereich wurden - auch durch das Konjunkturpaket I-gegenüber den Vorjahren erhöht. Von den im Jahr 2009 verausgabten Mitteln in Höhe von rund 4,2 Mrd. € entfielen 2,5 Mrd. € auf Leistungen zum Erhalt des Schienennetzes, zu denen die Bundesregierung mit der Deutschen Bahn AG für die Jahre 2009 bis 2013 eine Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung abgeschlossen hat.

Bundeseisenbahnvermögen: Das
Bundeseisenbahnvermögen ist ein
Sondervermögen des Bundes und wurde im
Zuge der ersten Stufe der Bahnreform im
Jahr 1994 aus den Sondervermögen Deutsche
Bundesbahn und Deutsche Reichsbahn
zusammengeführt. Anschließend wurde
der unternehmerische Bereich aus dem
Bundeseisenbahnvermögen ausgegliedert
und in die Deutsche Bahn AG umgewandelt.
Das Bundeseisenbahnvermögen ist Dienstherr

²Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

der der Deutschen Bahn AG zugewiesenen
Beamten und verwaltet und verwertet die
nicht bahnnotwendigen Liegenschaften.
Das Bundeseisenbahnvermögen stellt
jährlich einen Wirtschaftsplan auf. Die
nicht durch eigene Einnahmen gedeckten
Verwaltungsausgaben werden aus dem
Bundeshaushalt getragen. Die im Jahr 2009 im
Vergleich zu 2008 deutlich höhere Erstattung
des Bundes resultierte im Wesentlichen daraus,
dass die Privatisierung des Geschäftsanteils
des Bundeseisenbahnvermögens an der Vivico
Real Estate GmbH im Jahr 2008 zu einer um
1 Mrd. € niedrigeren Erstattungsleistung des
Bundes geführt hat.

6.5 Wirtschaftsförderung

In Tabelle 12 sind die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Gewerbe und Dienstleistungen, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft aufgeführt. Für Wirtschaftsförderung wurden im Bundeshaushalt 2009 insgesamt 5,6 Mrd. € ausgegeben. Dies entspricht einem Anteil von 1,9 % an den Gesamtausgaben.

Regionale Förderungsmaßnahmen: Den größten Anteil hat die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW). Mit der GRW wird die Schaffung und Sicherung von dauerhaft wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen durch Gewährung von Investitionszuschüssen an Unternehmen und Finanzhilfen für die wirtschaftsnahe Infrastruktur gefördert. Die Länder stellen Mittel in gleicher Höhe bereit. Im Rahmen des Konjunkturprogramms I wurde als Impuls für zusätzliche Investitionen das Sonderprogramm der GRW "Zuweisungen für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen" mit Bundesmitteln in Höhe von 100 Mio. € aufgelegt. Davon wurden 86 Mio. € ausgegeben.

Förderung des Steinkohlenbergbaus: Der Ausgabenrückgang um 0,5 Mrd. € im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich aus der mit dem Steinkohlefinanzierungsgesetz beschlossenen Beendigung der subventionierten Förderung der Steinkohle bis zum Ende des Jahres 2018. Der deutsche Steinkohlenbergbau ist seit vielen Jahren international nicht wettbewerbsfähig. Die Produktionskosten

Tabelle 12: Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereich	Soll 2009 ² Januar bis Dezember 2009 Januar bis Dezember 2008 Veränderung gegenüber Vo				
	in Mrd. € ¹ in %				in%
Regionale Förderungsmaßnahmen	0,7 ³	1,0	0,9	0,02	+2,3
Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirtschaftsstruktur"	0,7	0,9	0,8	0,1	+7,5
Förderung des Steinkohlenbergbaus	1,6	1,5	1,9	-0,5	-23,3
Mittelstandsförderung ⁴	0,9	0,9	0,8	0,1	+15,1
Förderung erneuerbarer Energien	0,8	0,8	0,5	0,3	+63,2
Gewährleistungen	2,4	0,6	0,7	-0,1	-12,3
Landwirtschaft	1,0	1,0	1,1	-0,1	-6,0
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"	0,7	0,7	0,7	0,01	+0,8

¹Differenzen durch Rundung möglich.

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

³ Soll ohne EFRE-Mittel (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung).

⁴Ohne Altprogramme.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

übersteigen vor allem aufgrund der ungünstigen geologischen Bedingungen den Weltmarktpreis ganz erheblich. Der Beitrag, den der deutsche Steinkohlenbergbau zur Versorgung der deutschen Wirtschaft leistet, steht nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zum erforderlichen Subventionsaufwand. Daher wurde mit dem Steinkohlefinanzierungsgesetz vom 20. Dezember 2007 die - sozialverträgliche -Beendigung der subventionierten Förderung der Steinkohle bis zum Ende des Jahres 2018 beschlossen (Verständigung zwischen dem Bund, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Saarland). Dieser Ausstiegsbeschluss wird im Jahr 2012 vom Bundestag überprüft. Das Steinkohlefinanzierungsgesetz regelt die Steinkohlebeihilfen des Bundes ab 2009. Sämtliche Beihilfen stehen unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die EU-Kommission (die Beihilfen sind notifiziert).

Mittelstandsförderung: Die

Bundesregierung hat durch verschiedene Maßnahmen die Rahmenbedingungen für den Mittelstand verbessert (u. a. 1. und 2. Mittelstandsentlastungsgesetz, Mittelstandsinitiative, Entlastungen durch das Unternehmensteuerreformgesetz 2008, Bürokratieabbau). Mit dem Ziel der Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft fördert die Bundesregierung darüber hinaus Forschung, Entwicklung und Innovationen im Bereich des Mittelstandes mit einer Vielzahl von Förderprogrammen aus dem Bundeshaushalt. Kernstücke sind die Technologie- und Innovationsförderung im Mittelstand (606 Mio. € im Ist 2009) – bestehend aus dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand und der Förderung der Forschungsinfrastruktur –, die Förderung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen (167 Mio. €) sowie die Forschung, Entwicklung und Anwendung auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik (83 Mio. €).

Förderung erneuerbarer Energien: Mit dem Ziel einer wirtschaftlichen, sicheren und umweltverträglichen Energieversorgung in Deutschland fördert die Bundesregierung Technologien im Bereich der nicht nuklearen Energieforschung mit einem breiten Spektrum von Maßnahmen. Im Vergleich zum Jahr 2008 wurden die Ausgaben hierfür um rund 307 Mio. € aufgestockt. Die Mittel werden für verschiedene Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die Erschließung beziehungsweise Weiterentwicklung erneuerbarer Energien, die Förderung der rationellen und sparsamen Energieverwendung sowie die umweltfreundlichen Umwandlungsund Verbrennungstechnik verwendet. Der Einsatz erneuerbarer Energien wird über steuerliche Vergünstigungen für Biokraft- und Bioheizstoffe hinaus durch zinsverbilligte Darlehen und/oder Investitionskostenzuschüsse im Rahmen des Marktanreizprogramms zugunsten erneuerbarer Energien im Wärmemarkt unterstützt. Gefördert werden insbesondere Anlagen zur Wärmeerzeugung aus Solarthermie, Biomasse und Geothermie sowie effiziente Wärmepumpen.

Gewährleistungen: Durch die Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen ermöglichte der Bund die Fremdfinanzierung von förderungswürdigen Vorhaben, insbesondere von Handels- und Kreditgeschäften, sowohl im außen- als auch binnenwirtschaftlichen Bereich. Mit dem Konjunkturpaket II wurde als kurz- und mittelfristige Maßnahme zur Stärkung der Wirtschaft beschlossen, das Volumen der Gewährleistungen zu erweitern. Insgesamt steht hierfür ein Gewährleistungsvolumen von 100 Mrd. € zur Verfügung. Solide große und mittelständische Unternehmen, die allein wegen der Finanzkrise von den Banken keinen Kredit mehr erhalten, können staatliche Gewährleistungen in Anspruch nehmen (Kredit- und Bürgschaftsprogramm). Für eine mögliche Inanspruchnahme des Bundes aus Gewährleistungen wurden – einschließlich der mit dem 1. Nachtrag 2009 im Bundeshaushalt

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

um 1,5 Mrd. € erhöhten Mittel – im Soll 2009 insgesamt 2,4 Mrd. € bereitgestellt. Davon wurden im Jahr 2009 rund 600 Mio. € in Anspruch genommen. Die Minderausgaben ergaben sich aufgrund von geringeren Schadensfällen im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise, als in der Planung unterstellt war. Im Vergleich dazu lag das Ist im Jahr 2008 bei 684 Mio. €.

Landwirtschaft: Im Bereich der Agrarpolitik liegt der finanzielle Schwerpunkt bei den von der Europäischen Union gezahlten Beihilfen. Im nationalen Bereich nimmt neben der landwirtschaftlichen Sozialpolitik (vergleiche Tabelle 8 "Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung") die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" einen großen Anteil der Bundeshilfen ein. Die Gemeinschaftsaufgabe ist das wichtigste Instrument der Bundesregierung zur Koordinierung und Vereinheitlichung

der Agrarstrukturpolitik in Deutschland. Sie bildet eine wichtige inhaltliche und finanzielle Grundlage der Länderprogramme zur ländlichen Entwicklung für die EU-Förderperiode 2007 bis 2013 und wurde dazu als nationale Rahmenregelung von der Europäischen Kommission genehmigt. Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung von Fördermaßnahmen im Bereich der Agrarstrukturverbesserung mit 60 % und bei Maßnahmen zur Verbesserung des Küstenschutzes mit 70 %.

6.6 Übrige Ausgaben

Tabelle 13 gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes im Jahr 2009. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes in den Aufgabenbereichen Wohnungswesen, Gesundheit und Sport und allgemeine Finanzwirtschaft sowie der Zinszahlungen auf die Bundesschuld.

Tabelle 13: Übrige Ausgaben

Aufgabenbereich	Soll 2009 ²	Januar bis Dezember 2009	Januar bis Dezember 2008	Veränderung ge	genüber Vorjahr
		in M	rd. €¹		in%
Zinsen	41,4	38,1	40,2	-2,1	-5,2
Wohnungswesen	1,2	1,1	1,1	0,1	+7,6
darunter die Schwerpunkte:					
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung	0,5	0,5	0,5	-	-
Energetische Sanierungs- und Wohnraummodernisierungsprogramme der KfW	0,6	0,5	0,4	0,1	+20,8
Städtebauförderung	0,6	0,7	0,5	0,1	+22,2
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1,3	1,3	1,1	0,2	+18,2
darunter					
Gesundheit	0,4	0,5	0,4	0,1	+32,7
Umweltschutz	0,4	0,3	0,3	0,03	+10,3
Sport und Erholung	0,1	0,1	0,1	0,003	+2,7
Postbeamtenversorgungskasse	5,9	5,9	6,1	-0,3	-4,1
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,3	0,3	0,3	0,01	+3,4

¹Differenzen durch Rundung möglich.

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

Zinsen: Die Zinsausgaben des Jahres 2009 lagen bei 38,1 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 13.0 % an den Ausgaben des Bundes insgesamt. Die Ist-Ausgaben für das Jahr 2009 lagen damit um 3,3 Mrd. € unter den im Soll veranschlagten Ausgaben in Höhe von 41,4 Mrd. €. Auch im Vergleich zum Ist-Ergebnis für das Jahr 2008 ist ein Rückgang um 2,1 Mrd. € zu verzeichnen. Allgemein niedrige Zinssätze führten zu Einsparungen gegenüber den Planansätzen. Dies gilt insbesondere für die Zinsausgaben im kurzfristigen Bereich. Ferner ergaben sich aus dem gesunkenen Zinsniveau in erheblichem Umfang Agio- und Stückzinseinnahmen, die sich unmittelbar auf die Höhe der Zinsausgaben auswirken.

Wohnungswesen: Die Wohnungsversorgung in Deutschland ist – abgesehen von vereinzelten, von starkem Zuzug geprägten Ballungszentren - gut und ausreichend. Im Rahmen der durch die Föderalismusreform vollzogenen Entflechtung von Mischfinanzierungstatbeständen hat sich der Bund ab 2007 vollständig aus der sozialen Wohnraumförderung zurückgezogen. Die Verantwortung für diesen Bereich ging vollständig auf die Länder über. Die Länder erhalten als befristeten Ausgleich für den Wegfall der bisherigen Bundesmittel zunächst bis zum Jahr 2013 jährliche Kompensationszahlungen in Höhe von 518,2 Mio. €, die zweckgebunden für investive Maßnahmen der sozialen Wohnraumförderung einzusetzen sind.

Spezifische Aspekte im Wohnungswesen rechtfertigen jedoch weiterhin Maßnahmen des Bundes. Hierzu zählen insbesondere die KfW-Programme zur Verbesserung der ökologischen Bilanz des Wohnens sowie zur Altersvorsorge. Maßnahmen des energieeffizienten Bauens und Sanierens zur Energieeinsparung und zur Verringerung des CO₂-Ausstosses werden daher weiterhin gefördert. Im Mittelpunkt steht das bereits 2001 mit Bundesmitteln (zinsverbilligte Kredite, Investitionszuschüsse) aufgelegte und seither sukzessive ausgebaute CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, das aus

verschiedenen Förderbausteinen besteht. Seit dem Jahr 2007 werden auch Kommunen bei der energetischen Sanierung von infrastrukturellen Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten unterstützt. Das Jahr 2009 endete mit einem Rekordergebnis in der Inanspruchnahme des Programms. Im Jahr 2009 startete erfolgreich das Neuprogramm "Altersgerecht Umbauen", mit dem die senioren- und behindertengerechte Anpassung von Wohnraum in Bestandsgebäuden gefördert und damit den Wohnbedürfnissen der weiter anwachsenden Gruppe der Älteren innerhalb der Gesamtbevölkerung Rechnung getragen wird.

Städtebauförderung: Zur Förderung des Städtebaus gewährt der Bund den Ländern gemäß Artikel 104b Grundgesetz Finanzhilfen. Die Förderung erfolgt bundesweit im Rahmen von Sanierungsund Entwicklungsmaßnahmen. Daneben gibt es weitere Programme zur Lösung spezieller Problemlagen, wie "Die Soziale Stadt", "Stadtumbau West" und "Stadtumbau Ost", "Denkmalschutz Ost und West" sowie "Innenentwicklung der Städte und Gemeinden" (neu seit 2008). Die Finanzhilfen des Bundes für die Städtebauförderung wurden zur Konjunkturstimulierung für die Überwindung der Folgen der Finanzkrise bedeutend aufgestockt. Hiermit wird verstärkt auch den zunehmenden Sanierungs- und Entwicklungsbedürfnissen in den alten Ländern nachgekommen und der 2009 als Sonderprogramm erfolgreich gestartete "Investitionspakt Bund-Länder-Gemeinden" fortgeführt. Der als sinnvolle Ergänzung zum KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramm aufgelegte Investitionspakt fördert insbesondere die energetische Sanierung gemeindlicher Einrichtungen in finanzschwachen Kommunen durch eine Zuschussgewährung. Daneben leistet der Bund im Rahmen der Altschuldenhilfeverordnung einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern (rund 1,1 Mrd. € bis 2013).

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung:

Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens werden insbesondere das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, das Robert Koch-Institut, das Paul-Ehrlich-Institut, das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information, die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sowie das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit in ihrer Arbeit unterstützt und gefördert.

Ziel der Umweltpolitik ist die ökologische Modernisierung, die sich am Leitbild der Nachhaltigkeit orientiert. Die Verbesserung der sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen für alle Menschen muss in Einklang gebracht werden mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen unter Berücksichtigung der Belange künftiger Generationen. In erheblichem Umfange wurden im Jahr 2009 Mittel für Förderprogramme im Bereich Umweltund Naturschutz sowie Mittel für das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz und das Bundesamt für Strahlenschutz bereitgestellt.

Postbeamtenversorgungskasse:

Ehemalige Postbeamte erhalten Versorgungs- und Beihilfeleistungen von der Postbeamtenversorgungskasse. Die Finanzierung der Gesamtleistungen tragen der Bund und die Postnachfolgeunternehmen. Der größere Finanzierungsanteil entfällt hierbei auf den Bund, der gesetzlich zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Postbeamtenversorgungskasse verpflichtet ist. Durch die Verwertung des überwiegenden Teils der Forderungen gegenüber den Postnachfolgeunternehmen und die Verwendung der Verwertungserlöse zur Finanzierung der Versorgungs- und Beihilfeleistungen wurde der Bundeshaushalt in der Vergangenheit entsprechend entlastet. Im aktuellen Finanzplanungszeitraum sind die Versorgungsleistungen fast vollständig aus dem Bundeshaushalt zu erbringen.

Nachfolgeeinrichtungen der

Treuhandanstalt: Bereits Ende 1994 hat die Treuhandanstalt ihre Kernaufgabe, die Privatisierung ostdeutscher Unternehmen, abgeschlossen. Seit 1995 wird der Finanzbedarf der Treuhandnachfolgeeinrichtungen direkt aus dem Bundeshaushalt gedeckt. Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) hat die Aufgaben, die sie von der Treuhandanstalt übernommen hat, inzwischen fast vollständig erledigt. Auch 2009 hat sie ihre Ausgaben durch eigene Einnahmen gedeckt und ist ohne Zuwendungen ausgekommen. Die Zuwendungen gingen an die Lausitzer- und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, die Energiewerke Nord GmbH und die Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH.

7 Entwicklung der Einnahmen

Tabelle 14 gibt einen Überblick über die Einnahmen des Bundes im Jahr 2009. Die Einnahmen des Bundes (ohne Nettokreditaufnahme und Münzeinnahmen) betrugen 257,7 Mrd. €. Das waren 12,7 Mrd. € weniger als im Jahr 2008 (Ist 2008: 270,5 Mrd. €). Den weitaus größten Anteil an den Einnahmen insgesamt hatten die Steuereinnahmen mit 227,8 Mrd. € beziehungsweise 88,4%. Infolge der Rezession wurden bei den Steuern im Vergleich zum Vorjahr 11,4 Mrd. € weniger eingenommen. Die Sonstigen Einnahmen beliefen sich im Jahr 2009 auf 29,9 Mrd. €, was einem Anteil von 11,6 % an den Einnahmen insgesamt entspricht. Zur Deckung des Finanzierungssaldos aus Ausgaben und Einnahmen waren eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 34,1 Mrd. € und Münzeinnahmen in Höhe von 0,3 Mrd. € erforderlich.

7.1 Steuereinnahmen

Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage: Die Bundesanteile an den Gemeinschaftsteuern sind die Hauptfinanzierungsquelle des Bundes (69,9 %

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

Tabelle 14: Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereich	Soll 2009 ²	Januar bis Dezember 2009	Januar bis Dezember 2008	Veränderung geg	enüber Vorjahr
		in M	rd.€¹		in%
Einnahmen	253,8	257,7	270,5	-12,7	-4,7
darunter:					
Steuern	224,1	227,8	239,2	-11,4	-4,8
Bundesanteile an Gemeinschaftlichen Steuern	181,9	180,2	193,5	-13,3	-6,9
und Gewerbesteuerumlage ³					
Lohnsteuer	57,8	57,2	60,3	-3,1	-5,1
Veranlagte Einkommensteuer	9,7	11,2	13,9	-2,7	-19,1
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	7,3	6,2	8,3	-2,1	-24,7
Abgeltungsteuer auf Zins- und	5,3	5,5	5,9	-0,4	-7,6
Veräußerungserträge ⁴ Körperschaftsteuer	5,5	3,6	7,9	-4,3	-54,8
·					
Steuern vom Umsatz	95,2	95,4	95,8	-0,4	-0,4
Gewerbesteuerumlage	1,2	1,0	1,3	-0,3	-22,5
Bundessteuern ^{1,3}	87,4	89,3	86,3	3,0	+3,5
Energiesteuer	38,1	39,8	39,2	0,6	+1,5
Tabaksteuer	13,4	13,4	13,6	-0,2	-1,5
Solidaritätszuschlag	12,0	11,9	13,1	-1,2	-9,3
Versicherungsteuer	10,5	10,5	10,5	0,1	+0,7
Stromsteuer	6,2	6,3	6,3	0,02	+0,3
Branntweinsteuer	2,1	2,1	2,1	-0,03	-1,2
Kraftfahrzeugsteuer ⁵	3,7	3,8	-	3,8	X
Kaffeesteuer	1,0	1,0	1,0	-0,01	-1,1
Schaumweinsteuer	0,4	0,5	0,5	0,01	+3,3
Sonstige Bundessteuern	0,002	0,002	0,002	0,0002	+14,1
Abzugsbeträge ⁶	-43,9	-41,7	-40,6	-1,2	+2,8
Ergänzungszuweisungen an Länder	-13,8	-13,5	-14,9	1,4	-9,3
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur					
Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	-6,8	-6,8	-6,7	-0,1	+1,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2,3	-2,0	-3,7	1,7	-46,1
BNE-Eigenmittel der EU	-16,5	-14,9	-15,3	0,5	-3,0
Kompensationszahlungen an die Länder zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen Kfz- Steuer und Lkw-Maut	-4,6	-4,6	-	-4,6	х
Sonstige Einnahmen	29,8	29,9	31,2	-1,3	-4,3
darunter:					
Abführung Bundesbank	3,5	3,5	3,5	-	-
Einnahmen aus Abführungen des					
Erblastentilgungsfonds	2,8	2,8	-	2,8	X
Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüsse sowie Privatisierungserlöse	4,0	3,8	8,4	-4,6	-54,3

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

noch Tabelle 14: Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereich	Soll 2009 ²	Januar bis Dezember 2009	Januar bis Dezember 2008	Veränderung ge	genüber Vorjahr
	in Mrd. € 1				in%
Erlöse aus dem Verkauf von CO ₂ -Zertifikaten	0,9	0,5	0,9	-0,4	-43,5
Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit	4,9	4,9	5,0	-0,1	-2,7
Einnahmen aus der streckenbezogenen Lkw- Maut	5,0	4,4	3,5	0,9	+24,7

¹Differenzen durch Rundung möglich.

der Einnahmen). Die Gemeinschaftsteuern umfassen die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sowie die Steuern vom Umsatz und die Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge. Grundlage für die Aufteilung des Steueraufkommens ist Artikel 106 Grundgesetz. Die Erträge der Gemeinschaftsteuern werden auf Basis unterschiedlicher Vergabeschlüssel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt.

Tabelle 15 zeigt den rechnerischen Anteil der Gebietskörperschaften am Aufkommen der Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage im Jahr 2009 in %.

Bundessteuern: Das Steueraufkommen der Bundessteuern steht allein dem Bund zu. Hierbei handelt es sich insbesondere um das Steueraufkommen aus den Verbrauchsteuern, der Versicherungsteuer und dem Solidaritätszuschlag. Dieser wird als Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 5,5 % erhoben. Die reinen Bundessteuern konnten ihr Vorjahresergebnis um 3,0 Mrd. € übertreffen. Dies lag allerdings vor allem an der seit Jahresmitte auf den Bund übergegangenen Ertragshoheit für die Kraftfahrzeugsteuer.

Abzugsbeträge sind Zahlungen, die aus dem Steueraufkommen des Bundes geleistet werden.

Bundesergänzungszuweisungen an die Länder: Seit dem 1. Januar 2005 kommt das Ausgleichssystem auf der Grundlage des Maßstäbegesetzes und des neuen Finanzausgleichsgesetzes zur Anwendung.

Tabelle 15: Anteil an den Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage in %

Gemeinschaftsteuer nach Artikel 106 Grundgesetz	Bund	Länder	Gemeinden
Lohn- und Einkommensteuer	42,5	42,5	15,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	50,0	50,0	-
Steuern vom Umsatz	53,9	44,1	2,0
Zinsabschlag	44,0	44,0	12,0
Körperschaftsteuer	50,0	50,0	-
Gewerbesteuerumlage	40,6	59,4	-

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

³ Soll ohne Berücksichtigung der Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung (Kapitel 6001 Tgr. 01).

⁴ Bis 2008 Zinsabschlag.

⁵ Ab 1. Juli 2009.

⁶ Abzugsbeträge sind Zahlungen, die aus dem Steueraufkommen des Bundes geleistet werden.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

Das Finanzausgleichsgesetz sieht vor, dass der Bund Ergänzungszuweisungen an bestimmte leistungsschwache Länder leistet. Leistungsschwache Länder, deren Finanzkraft nach Länderfinanzausgleich unter 99,5 % der Finanzkraft der Ländergesamtheit liegt, erhalten allgemeine Bundesergänzungszuweisungen. Darüber hinaus werden drei Arten von Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen gewährt:

- zur Deckung von teilungsbedingten Sonderlasten aus dem bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft.
- zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe.
- wegen überdurchschnittlich hoher Kosten der politischen Führung.

Zuweisungen an die Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen: Im Rahmen der Bahnstrukturreform sind ab 1996 die Aufgabenverantwortung und damit die Ausgabenverantwortung für den Schienenpersonennahverkehr der Deutschen Bahn AG vom Bund auf die Länder übergegangen. Dafür steht ihnen gemäß Artikel 106a Grundgesetz ein Anteil aus dem Energiesteueraufkommen des Bundes zu. Im Jahr 2009 erhielten die Länder 6,8 Mrd. €. Ab dem Jahr 2009 steigen die Mittel gemäß Regionalisierungsgesetz (RegG) jährlich um 1,5 %. Die Verwendung der Mittel weisen die Länder jährlich nach.

Zuweisungen an die Europäische Union nach Bruttonationaleinkommen (BNE): Neben den Zöllen, den Agrarabgaben und den Mehrwertsteuer-Eigenmitteln gehören die BNE-Eigenmittel zu den eigenen Einnahmen der Europäischen Union. Im Jahr 2009 wurden 2,0 Mrd. € abgeführt. Das sind 1,7 Mrd. € weniger als im Jahr 2008. Die Eigenmittelobergrenze wird bis zum Jahr 2013 weiterhin bei 1,24% des EU-BNE liegen.:

7.2 Sonstige Einnahmen

Bundesbankgewinn: Gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz hat die Deutsche Bundesbank den Jahresüberschuss an den Bund abzuführen. Die Abführung erfolgt jährlich nachträglich für das vorangegangene Geschäftsjahr. In seiner Sitzung am 10. März 2009 hat der Vorstand der Bundesbank den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2008 in von Höhe 6,3 Mrd. € festgestellt. 3,5 Mrd. € des Bundesbankgewinns flossen in den Bundeshaushalt, die darüber hinausgehenden rund 2,8 Mrd. € in den Erblastentilgungsfonds (§ 6 Abs. 1 Nr. 1 Erblastentilgungsfonds-Gesetz – ELFG). Da die ursprünglichen Verbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds weitgehend getilgt sind, trugen die im Erblastentilgungsfonds nicht benötigten Mittel im Haushaltsjahr 2009 zur Verringerung der Kreditaufnahme des Bundes bei.

Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüsse sowie Privatisierungserlöse: Die Einnahmen lagen im Jahr 2009 bei 3,8 Mrd. €. Das sind 4,6 Mrd. € weniger als im Jahr 2008. Im Vergleich zu 2008 war das Volumen vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise deutlich geringer. Die Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und aus der Verwertung von sonstigem Kapitalvermögen erreichten mit knapp 2,0 Mrd. € den Planwert.

Erlöse aus der Veräußerung von Berechtigungen gemäß
Treibhausgasemissionsgesetz (sogenannte CO2-Emissionszertifikate): Mit Beginn der
2. Handelsperiode des europäischen CO2-Emissionshandels werden CO2-Zertifikate nicht mehr vollständig kostenlos an die
Anlagenbetreiber vergeben. Das deutsche Zuteilungsgesetz sieht vor, dass in den Jahren 2008 bis 2012 jeweils rund 40 Mio. Zertifikate veräußert werden. Im Haushalt 2009 des
Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz

HAUSHALTSABSCHLUSS 2009

und Reaktorsicherheit wurden von 900 Mio. € veranschlagten Einnahmen aufgrund des von circa 23 € im Durchschnitt 2008 auf circa 13 € im Durchschnitt 2009 gesunkenen Stückpreises für CO_2 -Zertifikate nur 526 Mio. € erzielt. Eine wesentliche Ursache für den Preisverfall ist die infolge der Wirtschaftskrise reduzierte Energieerzeugung, die zu einem geringeren Bedarf an CO_2 -Zertifikaten geführt hat.

Eingliederungsbeitrag der BA: Der von der BA an den Bund zu zahlende Aussteuerungsbetrag wurde bereits zum Ende des Jahres 2007 abgeschafft. Stattdessen leistet die BA ab dem Jahr 2008 an den Bund einen Eingliederungsbeitrag. Dieser Beitrag hat ein Volumen von 50 % der jeweiligen Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Ist-Eingliederungsbudget des Vorjahres). Im Jahr 2009 betrug der Eingliederungsbeitrag knapp 4,9 Mrd. €. Dieser Betrag berücksichtigt zum einen die Ist-Abrechnung des Eingliederungsbudgets des Jahres 2008 sowie zum anderen die Aufstockung des Eingliederungsbudgets 2009 im Rahmen des Konjunkturpakets II. Mit dem Nachtragshaushalt 2009 wurde der Eingliederungsbeitrag um 166 Mio. € aufgestockt.

Streckenbezogene Lkw-Maut: Seit dem 1. Januar 2005 wird in Deutschland die Autobahnbenutzungsgebühr aufgrund des Gesetzes über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Bundesautobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen erhoben. Die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) hat die Verteilung der Mittel aus den Maut-Einnahmen zur Finanzierung von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen (Straße, Schiene, Wasserstraße) übernommen. Die Steigerung der Einnahmen im Vergleich zum Jahr 2008 um 0,9 Mrd. € ergab sich aus der am 1. Januar 2009 in Kraft getretenen Änderung der Mauthöhenverordung. Die Soll-Ansätze 2009 wurden allerdings insbesondere wegen der infolge der Wirtschaftslage geringeren Nachfrage nach Transportleistungen um 0,6 Mrd. € unterschritten. Die Mauthöhenverordnung sieht die Anpassung der Mautsätze aufgrund des Wegekostengutachten 2007 und eine stärkere Mautspreizung vor, um Anreize zur Anschaffung besonders emissionsarmer schwerer Lkw zu schaffen. Die Mehreinnahmen stehen für Investitionen in die klassischen Verkehrsträger zur Verfügung.

PERFORMANZINDIKATOREN ALS GRUNDLAGE FÜR DIE EVALUIERUNG VON FÖRDERPROGRAMMEN

Performanzindikatoren als Grundlage für die Evaluierung von Förderprogrammen

Gutachten des Instituts für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (IfS) im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen¹

1	Hintergrund	82
	Gegenstand des Gutachtens	
	Ausgangslage und Problemstellung	
	Wirkungsmodellbasierte Indikatorensystematik	
5	Performanzindikatoren – Überblick	87
	Ausblick	

- Das Gutachten leistet einen Beitrag zur Verbesserung der methodischen Grundlagen einer systematischen Evaluierung beziehungsweise Erfolgskontrolle von Förderprogrammen.
- Es wird eine schlüssige Systematik von Performanzindikatoren d. h. von Input-, Output-, Ergebnis- und Wirkungsindikatoren – vorgeschlagen, die grundsätzlich für Förderprogramme in allen Politikfeldern anwendbar ist. Konkrete Indikatoren, Ziele und Wirkungszusammenhänge werden für die wichtigsten Förderprogrammgruppen in den Politikfeldern Innovationspolitik, Umwelt- und Energiepolitik, sektorale und regionale Strukturpolitik, Landwirtschaftspolitik sowie Wohnungs- und Städtebaupolitik vorgeschlagen.
- Die Indikatorenvorschläge sind für konkrete Förderprogramme nutzbar, wobei Anpassungen an die spezifischen Anforderungen erforderlich sein können. Im Rahmen des Programm-Monitorings und bei Evaluationen können die Indikatorenvorschläge unterschiedliche Adressaten, Steuerungsziele und Auswertungsmethoden unterstützen.

1 Hintergrund

Die Nutzung von Indikatoren ist ein zentraler Bestandteil der Politik- und Verwaltungsmodernisierung, wie sie seit spätestens den 1980er Jahren international diskutiert wird. Eine Grundtendenz ist dabei die wachsende Bedeutung von Output-, Ergebnisund Wirkungsgrößen gegenüber Inputgrößen für die Politik- und Verwaltungssteuerung. In diesem Zusammenhang werden Verfahren des Monitorings, Controllings, der Leistungsmessung und Wirkungsanalyse eingesetzt.

Generell gewinnen im Zuge dieser

Reformtendenzen Indikatoren als Methode zur Beschaffung von Informationen an Bedeutung. Schließlich war es ein Kernbestandteil der Reformen, für Entscheidungs- und Steuerungsverfahren eine breitere Informationsbasis als bisher zu nutzen. Indikatoren sind als Informationsbeschaffungsinstrumente daher in einer modernen Verwaltung unverzichtbar. Dies gilt insbesondere für diejenigen

¹ Der vorliegende Beitrag wurde von Dr. Oliver Schwab (IfS Berlin) unter Mitarbeit von Prof. Dr. Gerhard Untiedt (GEFRA, Münster) und Prof. Dr. Helmut Karl (Ruhr-Universität Bochum)

PERFORMANZINDIKATOREN ALS GRUNDLAGE FÜR DIE EVALUIERUNG VON FÖRDERPROGRAMMEN

Indikatoren, die Informationen über Ergebnisse und Wirkungen greifbar machen, die sich außerhalb von Politik und Verwaltung manifestieren. In diesem Sinne sind die hier vorgeschlagenen "Performanzindikatoren" ein wichtiger Beitrag zur Weiterentwicklung politisch-administrativer Steuerungs- und Entscheidungsverfahren.

Die hier vorgeschlagene Systematik von Indikatoren zielt auf eine Nutzung im Zusammenhang mit der Wirkungserfassung und Evaluierung von Förderpolitiken. Die Erarbeitung eines Vorschlages von Performanzindikatoren für wichtige Politikfelder der Bundespolitik kann darüber hinaus für mehrere aktuelle Reform- und Diskussionsprozesse auf Bundesebene wichtige Impulse geben. Kennzahlen und Indikatoren sind zentrale Elemente einer Erfolgskontrolle nach Bundeshaushaltsordnung (BHO), der ergebnisorientierten Haushaltsführung sowie der umfassenden Evaluierung. In diesem Sinne können die hier vorgeschlagenen Indikatoren insbesondere bei der konkreten Übertragung allgemeiner Reformkonzepte auf die einzelnen Fachpolitiken in den hier abgedeckten Politikfeldern eine Arbeitshilfe sein, wenn es um die Entwicklung von Kennziffernsystemen für die jeweils spezifische Nutzung geht.

2 Gegenstand des Gutachtens

Gegenstand des Gutachtens ist die Erarbeitung von Indikatorenvorschlägen für die Förderprogramme in finanzpolitisch wichtigen Politikfeldern. Folgende Politikfelder wurden, auch angesichts ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung, ausgewählt:

- Innovationspolitik,
- Sektorale und Regionale Strukturpolitik,
- Umwelt- und Energiepolitik,
- Landwirtschaftspolitik,
- Wohnungs- und Städtebaupolitik.

Die Abgrenzung der Politikfelder erfolgt nach ihrer inneren Wirkungslogik und folgt somit nicht zwangsläufig dem Ressortzuschnitt. So umfasst beispielsweise die Innovationspolitik Förderprogramme aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sowie dem Bundesministerium für Bildung und Forschung. Die Performanzindikatoren sollen in der Lage sein, in den Politikfeldern als Grundlage für Evaluierungen, d. h. umfassendere Wirkungsanalysen, zu dienen.

Als Grundlage für die Erarbeitung der Indikatorenvorschläge wurde eine Systematik entwickelt, mit deren Hilfe die Indikatoren in einem einheitlichen Rahmen dargestellt und strukturiert werden. Die Basis ist die Darstellung von Wirkungszusammenhängen, auf denen aufbauend systematisch verschiedene Gruppen von Indikatoren gebildet werden können. Die Wirkungszusammenhänge werden sowohl auf der Ebene der Politikfelder als auch spezifischer Programmgruppen dargestellt. Programmgruppen stellen auf die zentralen Wirkungsaspekte von Förderprogrammen ab und fassen Programme mit ähnlicher Wirkungsausrichtung zusammen.

Die konkret erarbeiteten Indikatoren werden für jedes Politikfeld und jede Programmgruppe entsprechend der Kategorien von Input, Output, Ergebnis und Wirkung sortiert. Die einheitliche Strukturierung ermöglicht es, die jeweiligen Indikatoren systematisch für verschiedene Aspekte zu nutzen.

Ausgehend von den Wirkungsmodellen und konkreten Indikatoren werden verschiedene Anwendungsmöglichkeiten der Indikatoren aufgezeigt, beispielsweise im Zusammenhang mit der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und Erfolgskontrolle. Dabei legt die hier zugrundegelegte Systematik einen besonderen Schwerpunkt auf die Nutzbarkeit der Indikatoren im Rahmen von Wirkungsanalysen (Evaluierungen). Darüber hinaus werden auch weitere Nutzungsperspektiven, etwa im

PERFORMANZINDIKATOREN ALS GRUNDLAGE FÜR DIE EVALUIERUNG VON FÖRDERPROGRAMMEN

Rahmen von Zielerreichungskontrollen, Wirtschaftlichkeitskontrollen oder im Zuge der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung in der Planungsphase aufgezeigt.

3 Ausgangslage und Problemstellung

Aktuell stellt sich im Bereich der betrachteten Politikfelder auf Bundesebene der Stand der Indikatorenentwicklung für Förderpolitiken uneinheitlich dar. Einerseits kann man davon ausgehen, dass bei der Formulierung von Förderprogrammen nicht systematisch auf die Definition überprüfbarer Ziele hinsichtlich der in Wirtschaft und Gesellschaft durch das jeweilige Programm angestrebten Ergebnisse und Wirkungen geachtet wird. Andererseits ist festzustellen, dass Informationen aus der Umsetzung häufig, wenn auch nicht immer, strukturiert erhoben und ausgewertet werden. Im Vordergrund steht aber zumeist die Beobachtung der finanziellen Umsetzung, wohingegen Informationen über die Ergebnisse und Wirkungen eine relativ geringere Rolle spielen. Wo sie erhoben werden, werden sie häufig eher von den mit der Umsetzung der Programme beauftragten nachgeordneten Behörden oder Dienstleistern ausgewertet als von den programmverantwortlichen Stellen der Fachressorts. Eine Rückkopplung in den Bereich der Politikformulierung scheint eher die Ausnahme als die Regel und erfolgt eher einzelfallbezogen als systematisch. Die Erhebungen beschränken sich in aller Regel auf Informationen, die im Verlauf der Förderverfahren gewonnen werden. Für die Durchführung von Evaluierungen sind innerhalb der Bundesregierung erhebliche Unterschiede festzustellen. Teils werden Wirkungsanalysen in den Fachpolitiken bereits regelmäßig durchgeführt, teils noch eher in Ausnahmefällen. Auch bezüglich der eingesetzten Methoden unterscheiden sich die Ressorts spürbar. Die Indikatorendefinition ist daher in den Politikfeldern auch unterschiedlich.

Ohne eine systematische Erhebung des Ist-Standes im Rahmen des Projektes vorgenommen zu haben, stellt sich die Situation aber durchaus so dar, dass Performanzindikatoren, die Ergebnisse und Wirkungen der Förderpolitiken abbilden können, in allen Politikfeldern bereits zum Einsatz kommen. Ihre Einbindung in ein explizit formuliertes Zielsystem, ihre Nutzung im Rahmen von Wirkungsanalysen (Evaluierungen), die Art der Erhebung und Auswertung variieren aber erheblich zwischen den Politikfeldern.

Auch wenn somit insgesamt die ergebnisorientierte Politikgestaltung in Deutschland auf Bundesebene sicherlich weniger weit entwickelt ist als in einigen Bundesländern und in anderen Staaten, gibt es bereits vielfältige Erfahrungen mit der Entwicklung von Indikatoren, der Zieldefinition und der Effizienz- und Wirkungsanalyse (Evaluierung), auf die zur Weiterentwicklung zurückgegriffen werden kann. Die im Gutachten vorgestellte wirkungsmodellbasierte Indikatorensystematik möchte zu dieser Entwicklung beitragen. Exemplarisch werden relevante Indikatoren auf Ebene von Förderprogrammgruppen vorgeschlagen. Von daher bedürfen die Indikatorenvorschläge stets der Anpassung und Konkretisierung in Bezug auf die Ziele und Ausgestaltung spezifischer Förderprogramme. Hinsichtlich der Wirkungserfassung sind außerdem Unterschiede zwischen Brutto- und Nettoeffekten, unter Umständen längere Wirkungsketten sowie gegebenenfalls komplexe Interdependenzen in den Wirkungsbeziehungen zu berücksichtigen. Auch wenn sie alleine für eine Wirkungsanalyse nicht hinreichen, sind geeignete Indikatoren Kernbestandteil aller Evaluierungsansätze. Für die fünf ausgewählten Politikfelder wurden aufbauend auf den jeweiligen Wirkungsmodellen in Auswertung der bisherigen nationalen und internationalen Erfahrungen Performanzindikatoren als Grundlage für die Evaluierung benannt.

PERFORMANZINDIKATOREN ALS GRUNDLAGE FÜR DIE EVALUIERUNG VON FÖRDERPROGRAMMEN

4 Wirkungsmodellbasierte Indikatorensystematik

Die Indikatoren werden für die Politikfelder im Rahmen einer einheitlichen Systematik dargestellt. Der Grundgedanke ist, dass die Indikatoren Wirkungszusammenhänge der Förderung abbilden. Dabei werden die Wirkungszusammenhänge in Wirkungsmodellen dargestellt, aus denen dann die Indikatoren abgeleitet werden. Ausgehend von einem gewissen Input wird im Rahmen der im jeweiligen Förderprogramm umgesetzten Maßnahmen zunächst ein Output produziert. Von diesem Output, der meist die unmittelbaren Effekte der einzelnen Projekte umfasst, werden weitere Ergebnisse und Wirkungen angestoßen.

Dabei liegt die Unterscheidung zwischen Ergebnissen und Wirkungen zum einen in zeitlicher Hinsicht – die Wirkungen sind erst längerfristig sichtbar –, zum anderen liegen sie häufig auch auf einer aggregierten Ebene "oberhalb" der einzelnen Förderfälle (ein Sektor, eine Region, etc.).

Die Wirkungsketten stellen ausgehend von einer staatlichen Intervention die angestrebten Veränderungen in der Gesellschaft dar. Für die Förderpolitiken gilt, dass die Impulse der Politik grundsätzlich über monetäre Anreize vermittelt werden. Die im Weiteren dargestellten Wirkungsketten bauen im Wesentlichen auf der hier grob umrissenen Abfolge von Ereignissen auf:

Abbildung 1: Idealtypisches Wirkungsmodell eines **Förderprogramms** Wirkungen Allgemeine⁴ (längerfristige Effekte) Ziele Ergebnis Spezifische Programmziele (direkte, unmittelbare Ziele Effekte) Output Operationelle (erzeugte Waren und Ziele Dienstleistungen) Input Programmmaßnahmen Quelle: Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik (2006): Indikative Leitlinien zu Bewertungsverfahren: Indikatoren für Begleitung und Bewertung. Der neue Programmplanungszeitraum 2007-2013, Arbeitsdokument 2. Brüssel.

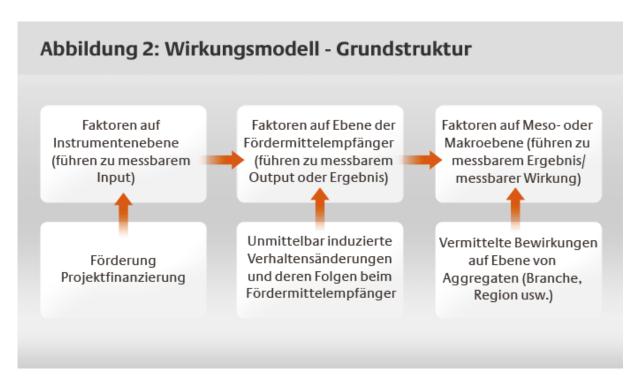
PERFORMANZINDIKATOREN ALS GRUNDLAGE FÜR DIE EVALUIERUNG VON FÖRDERPROGRAMMEN

- Der Staat adressiert an bestimmte
 Zielgruppen unter bestimmten
 Bedingungen einen monetären Anreiz.
- 2. Die Adressaten der Förderung reagieren auf die Anreize, indem sie ihr Verhalten ändern: So können etwa durch Investitionszuschüsse die Kapitalkosten so reduziert werden, dass Investitionen getätigt werden, die ohne Zuschuss nicht vorgenommen worden wären. Die Verhaltensänderungen der einzelnen Adressaten stehen am Anfang einer Abfolge von Effekten, die durch die Förderung angestoßen werden. Auf Ebene der einzelnen Adressaten können Output und Ergebnis der Förderung, wie beispielsweise Investitionen oder Energieeinsparungen festgestellt werden.
- 3. Zumeist setzt Förderpolitik aber nicht nur auf die Nachfrageeffekte. Vielmehr wird auch angestrebt, die Funktionsbedingungen in Teilbereichen der Gesellschaft zu verändern: So will die Investitionsförderung auch dazu beitragen, Strukturwandel zu unterstützen und die Produktivität der Wirtschaft zu

fördern. Schließlich stehen am Ende der Ketten häufig gesamtgesellschaftliche Wirkungen wie Wachstum, Beschäftigung oder nachhaltige Entwicklung, die natürlich von den Effekten eines einzelnen Programms nicht vollständig determiniert sind.

Die Zusammenhänge können wie in Abbildung 2 grafisch in einem Wirkungsmodell zusammenfassend dargestellt werden:

Das Wirkungsmodell gibt idealtypischerweise Auskunft über die Art der Verbindung zwischen den verschiedenen Wirkungsdimensionen und benennt die mit der Förderung jeweils zu erreichenden Veränderungen. Durch den Bezug auf ein Wirkungsmodell stellen die Performanzindikatoren auch auf die Kausalität zwischen Intervention, Verhaltensänderung, Veränderung der Funktionsbedingungen von Teilsystemen und gesamtgesellschaftlichen Effekten ab. Da die Kausalbeziehungen jedoch nicht unmittelbar abgebildet werden, können mit Indikatoren alleine keine belastbaren Aussagen über tatsächlich erzielte und kausal



PERFORMANZINDIKATOREN ALS GRUNDLAGE FÜR DIE EVALUIERUNG VON FÖRDERPROGRAMMEN

einem Förderprogramm zuzurechnende Wirkungen gemacht werden. Hierzu sind vertiefende Analysen mit aufwendigeren Methoden erforderlich, was methodisch strenggenommen die Untersuchung einer nicht-geförderten Vergleichsgruppe mit einschließt. Durch die Rückbindung an ein Wirkungsmodell werden die Performanzindikatoren aber anschlussfähig an derartige vertiefende Wirkungsanalysen.

5 Performanzindikatoren – Überblick

Im Gutachten werden für die einzelnen Programmgruppen innerhalb der fünf ausgewählten Politikfelder jeweils Performanzindikatoren dargestellt, d. h. Input-, Output-, Ergebnis- und Wirkungsindikatoren:

Auf Ebene des **Inputs** wird die Umsetzung der Förderung anhand des Finanzvolumens der Fördermittel abgebildet. Dabei sollten, sofern relevant, verschiedene Quellen der Fördermittel unterschieden werden.

Auf Ebene des **Outputs** stehen die ersten Effekte der Förderung wie z.B. die Anzahl der unterstützten Projekte oder das geförderte Investitionsvolumen. Oft beschränken sich die Outputindikatoren auf derartige finanzielle Größen oder Anzahlen. Ergänzend werden gelegentlich noch die gesamten mit der Förderung verbundenen Investitionen als Indikator vorgeschlagen. Neben der Anzahl der Förderfälle kann außerdem noch die Zahl der begünstigten Akteure (etwa Unternehmen) erfasst werden. Diese Größe kann wiederum nach strukturellen Merkmalen aufgeschlüsselt werden (etwa nach Branchen). Wo ein Förderprogramm eine differenzierte Binnenstruktur aufweist und unterschiedliche Arten von Projekten fördern kann, ist außerdem die Verteilung der Förderfälle wie auch der Fördermittel auf diese verschiedenen Kategorien von Interesse (etwa die Aufschlüsselung nach Art der Infrastruktur, Gewerbefläche usw.).

Ebenfalls in die Kategorie Output fallen die unmittelbar bei Projektende messbaren materiellen Ergebnisse. Der konkrete Indikator ist abhängig von der Art des Projektes.
Beispiele für diese Art von Indikatoren können sein: die Zahl der geförderten Unternehmen oder das Volumen der geförderten Projekte im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE).

Als Ergebnisindikatoren werden vor allem Größen eingesetzt, die beim jeweiligen Begünstigten die infolge des Outputs eintretenden Effekte abbilden. Sofern sich die Förderung beispielsweise auf Unternehmen bezieht, können die getätigten Investitionen als Ergebnisindikator dienen. Ergebnisse der FuE-Förderung können etwa im Fall von unternehmensbezogener Förderung mit den FuE-Aufwendungen, im Fall von Forschungseinrichtungen mit der Anzahl der angemeldeten Patente erfasst werden. Für die Förderung von Investitionen in Unternehmen kann das Investitionsvolumen ein geeigneter Ergebnisindikator sein.

Auf Ebene der **Wirkungen** stehen vorrangig Indikatoren, die sich entweder vom einzelnen Förderfall lösen und Informationen auf Meso- oder Makroebene abgreifen, oder auf Ebene des Förderfalls sinnvoll erst mit Zeitverzug erfasst werden können. Typische Beispiele für Meso- oder Makroindikatoren sind: zusätzliche Investitionen, Zunahme der sektoralen Wertschöpfung. Auf Ebene des einzelnen Förderfalls messbar sind z. B.: Anteil neuer Produkte/Verfahren am Umsatz, einzelbetriebliche Produktivitätssteigerung, Überlebensrate von Neugründungen.

Für alle Performanzindikatoren gilt gleichermaßen, dass sie nur die Bruttoeffekte abbilden können. Jede der genannten Wirkungsgrößen – und auch bereits etliche der Output- oder Ergebnisindikatoren – werden außer durch die Förderung durch eine Reihe weiterer Faktoren beeinflusst. Es dürfen also mit derartigen Indikatoren gemessene Ergebnisse nicht ausschließlich den Programmen zugeschrieben werden. In aller Regel sind außerdem Veränderungen

PERFORMANZINDIKATOREN ALS GRUNDLAGE FÜR DIE EVALUIERUNG VON FÖRDERPROGRAMMEN

Tabelle 1: Zentrale Performanzindikatoren für die Politikfelder

Input	Output	Ergebnis	Wirkung
	Innovatio	nspolitik	
Fördermittel (in €), unterschieden nach Finanzierungsquelle (EU, Bund, Land, Kommune, sonstige)	Volumen der FuE-Projekte (in €)	FuE-Aufwendungen (in €), unterschieden nach Aufwendungen der Unternehmen und öffentlichen Aufwendungen	Anteil forschungsintensiver Branchen am BIP (Prozent)
	Geförderte Vorhaben (Anzahl)	FuE-Personal (in Vollzeitäquivalenten)	Anteil der Umsätze mit neuen Produkten/Verfahren am Gesamtumsatz (Prozent)
	FuE-Personal im Projekt (Vollzeitäquivalent)	Veröffentlichungen/Zitationen (Anzahl)	
		Patentanmeldungen (Anzahl)	
		Ausgründungen aus Forschungseinrichtungen (Anzahl)	
		Existenzgründungen in technologieintensiven Bereichen (Anzahl)	
	Umwelt- und E	nergiepolitik	
Fördermittel (in €) unterschieden nach Finanzierungsquellen (EU, Bund, Land, Kommune)	Förderfälle (Anzahl), ggf. untergliedert nach Fördermaßnahme, Energieträger, Adressatengruppe	Eingesparte Energie (in kWh/a)	Anteil der erneuerbaren Energie an der gesamten Strom- und Wärmeversorgung (Prozent)
	Volumen der ausgelösten Investitionen (in €)	Strom- und Wärmeerzeugungskapazitäten aus erneuerbarer Energie (in kWh/a)	CO ₂ -Minderung: jährliche CO ₂ - Vermeidung (CO ₂ und CO ₂ - Äquivalente) (in t/a)
			Fördereffizienz: Energieeinsparung über Lebensdauer der geförderten Investition/Fördersumme, energiebezogen (kWh/€) oder CO₂-bezogen (CO₂ und CO₂- Äquivalente) (t/€)
	Sektorale und Region	nale Strukturpolitik	
Fördermittel (in €), unterschieden nach Finanzierungsquellen (EU, Bund, Land, Kommune)	Zahl der Beratungen im Bereich der KMU-Förderung	Private Investitionen	Zusätzliche Beschäftigung
	Zahl der geförderten Projekte/Unternehmen	Gesamtes Investitionsvolumen	Zusätzliche Wertschöpfung
		Materielle Ergebnisse der Infrastrukturförderung	Verbesserungen der Produktivitä
		Anteil der öffentlichen Mittel am Umsatz des unterstützten Sektors	
	Landwirtsch	aftspolitik	
Fördermittel (in €), unterschieden nach Finanzierungsquellen (EU, Bund, Land, Kommune)	Anzahl der Förderfälle	Private Investitionen	Zusätzliche Beschäftigung
	Anzahl der geförderten Unternehmen und Einrichtungen	Öffentliche Investitionen	Verbesserungen der Produktivitä

PERFORMANZINDIKATOREN ALS GRUNDLAGE FÜR DIE EVALUIERUNG VON FÖRDERPROGRAMMEN

noch Tabelle 1: Zentrale Performanzindikatoren für die Politikfelder

Input	Output	Ergebnis	Wirkung
	Anzahl der Teilnehmer	Materielle Ergebnisse der Infrastrukturförderung	Bevölkerungsstruktur/ Altersstruktur
	Anzahl der spezifisch subventionierten Leistungen (Beratung, FuE-Projekte, Produkteinführung usw.)		Umweltorientierte Flächenindikatoren
	Wohnungs- und S	Städtebaupolitik	
Fördermittel (in €) nach Finanzierungsquelle (EU, Bund, Land, Kommunen sonstige)	Zahl der mit der Förderung erreichten Wohnungen (differenziert nach Neubau und Bestand)	Ausstattungs- und Modernisierungsgrad der geförderten Objekte	auf Ebene der Wohnungsmärkte
private Mittel (in €)		Miete bzw. Wohnkosten der betroffenen Haushalte (in €)	Verhältnis von Wohnungsangebot und Wohnungsnachfrage
Gesamtkosten (in €)			Anteil der Wohnungen mit modernem Bad, WC
			Höhe der Mieten, Höhe der Wohnkostenbelastung
			Eigentumsquote
Fördermittel (in €) nach Finanzierungsquelle (Bund, Land, Kommunen, EU, sonstige)	Zahl der wiederhergestellten Gebäude mit historischer Bedeutung	Kennzahlen zur wirtschaftlichen Situation der Eigentümer (z. B. Jahresergebnis aus der Immobilie, Eigenmittelrentabilität)	quantitative Indikatoren (Gebie und Gesamtstadt)
Private Mittel (in €)	Zahl der (sonstigen) sanierten Wohngebäude		Einwohnerzahl
	Zahl der der von Wiederherstellung bzw. der Sanierung von Wohngebäuden betroffenen Wohnungen		Zahl der Zu- und Fortzüge
	Fläche des aufgewerteten bzw. neu geschaffenen Wohnumfelds und öffentlichen Raums		Zahl der Beschäftigten
	Fläche der einer Wiedernutzung zugeführten Brachen		Zahl der Arbeitslosen und Antei an der Bevölkerung
	Zahl der neu gebauten oder modernisierten Einrichtungen der sozialen Infrastruktur		Zahl der Wohnungen
	Zahl der rückgebauten Wohnungen		Zahl der Wohnungsleerstände und Leerstandsquote
	Zahl der angepassten oder rückgebauten Infrastruktureinrichtungen		qualitative Indikatoren (aus Bewohnerbefragungen, bezog auf Gebiet, ggf. auch Gesamtstadt)
	Zahl der geförderten nicht- investiven Maßnahmen (Stadtteil- /Quartiersmanagement, Bürgermitwirkung usw.)		Einschätzung der Lage und der Veränderungen im Gebiet
			Bewertung der städtebauliche Qualität

PERFORMANZINDIKATOREN ALS GRUNDLAGE FÜR DIE EVALUIERUNG VON FÖRDERPROGRAMMEN

derartiger Größen durch die Interventionen auch erst mit Zeitverzug nach Abschluss der Förderung zu erwarten. Die Tabelle 1 gibt einen Überblick über die zentralen Indikatoren auf Ebene der Politikfelder.

Diese Indikatoren sind vor dem Hintergrund der in den Wirkungsketten dargestellten Zusammenhänge für das jeweilige Politikfeld von besonderer Bedeutung. Für die Anwendung im Rahmen konkreter Instrumente müssen diese Indikatoren angepasst und um weitere spezifische ergänzt werden. Unterhalb der Ebene der Politikfelder werden im Gutachten auch Indikatoren für die wichtigsten Programmgruppen präsentiert.

6 Ausblick

Die im Gutachten vorgestellten
Performanzindikatoren können
die gesamtwirtschaftlichen
Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
beziehungsweise Erfolgskontrollen für
Förderprogramme mit ihren Bestandteilen
Zielerreichungs-, Wirkungs- und
Wirtschaftlichkeitskontrolle unterstützen
und somit zur Umsetzung der Vorgaben der
Bundeshaushaltsordnung (BHO) sowie der
Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur
Bundeshaushaltsordnung (VV-BHO) beitragen.

Um von den vorgeschlagenen Performanzindikatoren ausgehend die Entwicklung von Systemen der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und Erfolgskontrolle im Sinne der BHO voranzutreiben, ist für jedes Förderprogramm eine Reihe vertiefender und konkretisierender Schritte erforderlich. Die folgenden Punkte machen deutlich, wie Wirtschaftlichkeitsuntersuchung in der Planungsphase, Zielerreichungskontrolle und Wirkungskontrolle ineinandergreifen und aufeinander aufbauen können und welchen Beitrag die hier präsentierte wirkungsmodellbasierte Indikatorensystematik leisten kann:

- Darstellung von
 Wirkungszusammenhängen: Das
 dem jeweiligen Förderprogramm, der
 Programmgruppe oder dem Politikfeld
 zugrundeliegende Wirkungsmodell sollte
 explizit dargestellt werden. Erst wenn
 die Annahmen über die Wirkung der
 Förderung offengelegt werden, können
 sie später erforderlichenfalls im Rahmen
 einer Wirkungskontrolle überprüft und
 hinterfragt werden.
- 2. Die im Gutachten herangezogenen Wirkungsmodelle basieren auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Sie beziehen auch Zielformulierungen der jeweiligen Fachpolitiken mit ein. Dennoch ist nicht gewährleistet, dass die Wirkungsmodelle alle von den politischen Zielsetzungen her intendierten oder in der Förderpraxis zusätzlich integrierten Zielsetzungen und Beziehungen aufgreifen. Die im Gutachten dargestellten Wirkungsmodelle können somit eine Grundlage für die Erarbeitung und Offenlegung der Wirkungsmodelle der einzelnen Förderinstrumente, Programmgruppen oder Politikfelder sein, müssen aber auf die konkrete Anwendung hin angepasst werden. Es sollten die Wirkungsannahmen eines Förderprogramms bereits in der Planungsphase vor dem Hintergrund des aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstandes geprüft und gegebenenfalls hinterfragt werden.
- 3. Formulierung von Zielen: Wenn die Annahmen über Wirkungsbeziehungen offengelegt sind, können die konkret mit dem jeweiligen Förderprogramm, der Programmgruppe oder dem Politikfeld angestrebten Ziele formuliert und wenn möglich quantifiziert werden. Die Zieldefinition und -quantifizierung schafft die Grundlage für die erste Stufe der Erfolgskontrolle nach § 7 BHO, die Zielerreichungskontrolle.

PERFORMANZINDIKATOREN ALS GRUNDLAGE FÜR DIE EVALUIERUNG VON FÖRDERPROGRAMMEN

- 4. Mit den Indikatoren, die auf der Grundlage von Wirkungsmodellen abgeleitet werden, wird auch eine Hilfestellung zur Formulierung von quantifizierten Zielen gegeben. Die Anforderungen an die Qualität von Zielformulierungen werden allerdings nicht dargestellt.
- 5. Ableitung von Indikatoren: Aufbauend auf der expliziten Darlegung der angenommenen Wirkungsbeziehungen sowie der Zieldefinition können schließlich die für das jeweilige Programm, die Programmgruppe oder das Politikfeld geeigneten Indikatoren für die Abbildung von Input, Output, Ergebnissen und Wirkungen definiert werden. Die Indikatorendefinitionen müssen konkreter gefasst werden, als im Gutachten geschehen. Insbesondere müssen beispielsweise Fragen des Messzeitpunktes im Verhältnis zum Projektablauf geklärt werden.
- 6. Mit den vorgeschlagenen
 Performanzindikatoren wird eine
 Grundlage für die Definition von
 Indikatoren gelegt. Eine Anpassung
 vor dem Hintergrund des letztlich
 von den zuständigen Akteuren
 erarbeiteten Wirkungsmodells sowie
 der Zieldefinitionen für ein konkretes
 Programm wird aber unerlässlich sein.
- 7. Sicherstellung der Datenerfassung,
 -aufbereitung und -auswertung: Die
 Definition von Indikatoren allein ist nur
 die Grundlage für ein funktionierendes
 Begleitungs- und Bewertungssystem. Eine
 strukturierte und auf Qualitätssicherung
 ausgelegte Datenerhebung, die Erfassung
 der Daten in einer Form, die eine
 Aufbereitung und Auswertung erlaubt,
 sowie die Klärung der Frage, wie (etwa für
 welche Zeiträume, in welchen Abständen,
 für wen) ausgewertet werden soll, sind
 wichtige Aspekte dieses Schrittes.
- 8. Erarbeitung eines Evaluierungskonzeptes: Neben diesen Grundlagen für eine

- effektive Wirkungskontrolle sollte auch geklärt werden, in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt eine vertiefende Evaluierung erfolgen soll. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass je nach Art der Förderung Wirkungen erst mit Zeitverzug sichtbar werden. Gleichzeitig sollte berücksichtigt werden, welche Entscheidungen über Fortführung und gegebenenfalls Änderung der Förderung anstehen. Evaluierungen können sinnvoll in Verbindung mit mittelfristigen Planungen, Haushaltsverfahren oder Politikreformen im Zusammenhang stehen.
- 9. Steuerung des Evaluierungsprozesses:
 Nach der konzeptionellen Planung
 ist die Umsetzung des konkreten
 Evaluierungsprozesses die nächste
 Aufgabe. Es sollte geklärt werden,
 welche Akteure dabei beteiligt
 werden sollen. Die Einrichtung
 einer evaluierungsbegleitenden
 Lenkungsgruppe hat sich häufig als
 sinnvoll erwiesen. Schließlich fällt auch
 die nicht triviale technische Abwicklung
 des Evaluierungsprozesses von der
 Ausschreibung bis zur Umsetzung der
 Ergebnisse unter diese Aufgabe.
- 10. Nutzung der Ergebnisse: Um Evaluierung fruchtbar zu machen, müssen die Ergebnisse für Lernprozesse und die Weiterentwicklung der Förderung genutzt werden. Konkrete Schlussfolgerungen mit unmittelbarer Konsequenz für die Förderung, mittelfristige Anpassungsund Veränderungsperspektiven oder strategische Empfehlungen für die Ausrichtung der Politik können je nach Ausrichtung der Evaluierung genutzt werden. Auch die Nutzung erfordert wiederum die Abstimmung und Kooperation verschiedener Akteure aus Verwaltung und gegebenenfalls auch Politik.

Mit diesen Schritten sind in Umrissen die Aufgaben skizziert, die sich bei der Einrichtung

PERFORMANZINDIKATOREN ALS GRUNDLAGE FÜR DIE EVALUIERUNG VON FÖRDERPROGRAMMEN

von Evaluierungssystemen stellen, welche die Anforderungen der Erfolgskontrolle auf Ebene von Förderprogrammen erfüllen können.

Die im Gutachten vorgelegten
Wirkungsmodelle auf Ebene der Politikfelder,
Programmgruppen und zum Teil einzelner
Programme sowie die Indikatoren bilden eine
Grundlage für die Erarbeitung derartiger
Systeme. Sie zeigen zentrale Indikatoren auf,
wobei in Abhängigkeit von den konkreten
Zielen und Ausgestaltungen für die einzelnen
Förderprogramme eine weitere Anpassung
und Konkretisierung erforderlich sein kann.
Sie bieten jedoch ein Instrumentarium an,
mit dem zentrale Aufgabenstellungen der
Planung, Durchführung und Erfolgskontrolle

von Förderprogrammen unterstützt werden können.

Die einheitliche Herangehensweise über fünf zentrale Politikfelder hinweg sowie die systematisch ähnlich strukturierte Präsentation der Wirkungsmodelle und vorgeschlagenen Performanzindikatoren bieten Ansatzpunkte, die Herangehensweise bei der Einführung von Erfolgskontrollsystemen zu vereinheitlichen und damit zu vereinfachen. Neben den inhaltlichen Anregungen kann auch die Form der Aufbereitung von Wirkungsketten und Indikatorenübersichten hierbei Unterstützung leisten.

Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung

Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung

1	Einleitung	93
2	Systematische Gliederung der Steuer- und Abgabenbelastungsindikatoren	94
3	Überblick über die einzelnen Belastungsindikatoren	95
3.1	OECD: Revenue Statistics	95
3.2	OECD: Taxing Wages	96
	EU-Kommission: Taxation trends in the European Union	
3.4	Steuerquote und Abgabenquote in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen	
	Gesamtrechnungen (VGR)	100
3.5	Steuerquote und Abgabenquote in der Abgrenzung der Finanzstatistik	102
3.6	Durchschnittsbelastung von Arbeitnehmern	103
4	Zusammenfassung	103

- Zur Darstellung der Steuer- und Abgabenbelastung werden verschiedene Indikatoren genutzt.
- Es können makroökonomisch (gesamtwirtschaftlich) und mikroökonomisch (individuell) ermittelte Belastungsindikatoren unterschieden werden.
- Die Eignung eines Indikators ist in Abhängigkeit von der Fragestellung zu sehen; es gibt keinen "richtigen" oder "besten" Indikator.

1 Einleitung

Der Staat in all seinen Untergliederungen (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen) benötigt zur Erfüllung seiner Aufgaben finanzielle Mittel. In erster Linie erfolgt die Finanzierung des Staates über Steuern und Sozialabgaben, die von den Bürgern des Gemeinwesens aufgebracht werden müssen. Die Belastung der Bürger ist Gegenstand vielfältiger Diskussionen über Belastungsgrenzen, die Verminderung des Arbeitsanreizes durch zu hohe Belastungen und die "Gerechtigkeit" des Steuer- und Abgabensystems.

In die Diskussion über die Höhe der Belastung wird eine Vielzahl von Indikatoren eingebracht, die sich allesamt der Kategorie Steuer- beziehungsweise Abgabenquoten zuordnen lassen. Die verwendeten Indikatoren haben den Vorteil, dass sie eine leicht erfassbare Aussage veranschaulichen: Es handelt sich um Quoten, die den Anteil der Steuern und/oder Abgaben ins Verhältnis zu einer Basisgröße setzen, zumeist zu dem Einkommen eines Bürgers oder dem Bruttoinlandsprodukt. Verwirrung kann allerdings dann entstehen, wenn verschiedene Indikatoren mit je unterschiedlichem Ergebnis unreflektiert nebeneinandergestellt werden oder als Argumente zur Untermauerung gegensätzlicher Positionen Verwendung finden.

Die Kenntnis der wichtigsten Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung, ihrer Unterschiede und Gemeinsamkeiten, der Vorteile und der Nachteile ist die Grundlage für eine sachliche Diskussion.

Gegenstand des Aufsatzes ist nicht die Kommentierung der deutschen Position im internationalen Vergleich oder die Bewertung der sich für Deutschland ergebenden Belastungsquoten. Hierzu werden in den

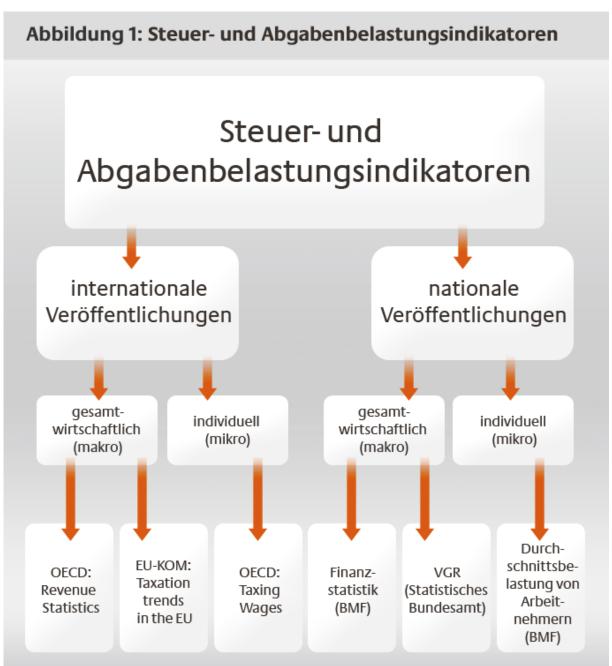
Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung

Monatsberichten verschiedene Aufsätze veröffentlicht, auf die hiermit verwiesen sei.

2 Systematische Gliederung der Steuer- und Abgabenbelastungsindikatoren

Abbildung 1 enthält eine Aufzählung und Gruppierung der gebräuchlichsten Steuerund Abgabenbelastungsindikatoren, die von internationalen Organisationen und von staatlicher Seite veröffentlicht werden.

Vorweg ist anzumerken, dass die in Deutschland vorgenommene Trennung zwischen Steuern und Sozialabgaben in vielen Staaten nicht üblich ist. Daher verstehen internationale Organisationen unter dem Begriff "Steuern" ("Taxes") in der Regel die Summe aus Steuern und Sozialabgaben und



Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung

behandeln die Sozialabgaben ("Social Security Contributions") als Teilbetrag der Steuern.

Eine erste Untergliederung der Belastungsindikatoren lässt sich danach treffen, ob sie internationale Vergleiche ermöglichen oder nicht. International vergleichbare Indikatoren werden von EU und OECD erstellt. Um die Vergleichbarkeit der Indikatoren zu gewährleisten, existiert ein umfangreiches Regelwerk für die Ermittlung und Bearbeitung der Daten. Aufgrund der von Staat zu Staat unterschiedlichen nationalen Gesetzgebung ergeben sich vielfältige Abgrenzungsprobleme, die hierbei zu lösen sind. Alle drei in diesem Beitrag angesprochenen internationalen Publikationen (OECD: Revenue Statistics, OECD: Taxing Wages und EU-Kommission: Taxation trends in the European Union) beinhalten daher einen Anhang mit einer detaillierten Darstellung dieses Regelwerks.

Dem gegenüber stehen drei in Deutschland von staatlicher Seite veröffentlichte nationale Indikatoren. Sie sind aus der Finanzstatistik oder den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) abgeleitet oder basieren auf einem Steuerberechnungsprogramm des Bundesministeriums der Finanzen (Durchschnittsbelastung von Arbeitnehmern).

Die Indikatoren lassen sich danach unterteilen, ob sie die Belastung auf gesamtwirtschaftlicher Ebene, also als Durchschnittswert für die Gesamtheit des Staates, oder auf der Ebene des individuellen Bürgers ausweisen. Naturgemäß differenzieren die makroökonomisch – auf Basis der Gesamtwirtschaft – ermittelten Indikatoren nicht zwischen der Belastung einzelner Personen mit unterschiedlichem sozialen Status.

Die mikroökonomisch ausgerichteten Indikatoren der individuellen Belastung hingegen ermöglichen den Ausweis von Belastungsquoten für typisierte Individuen beziehungsweise Haushalte. Eine repräsentative Auswahl von Haushalten vorausgesetzt, können diese Indikatoren ein aussagekräftiges Bild von der Steuer- und Abgabenbelastung der Bürger geben.

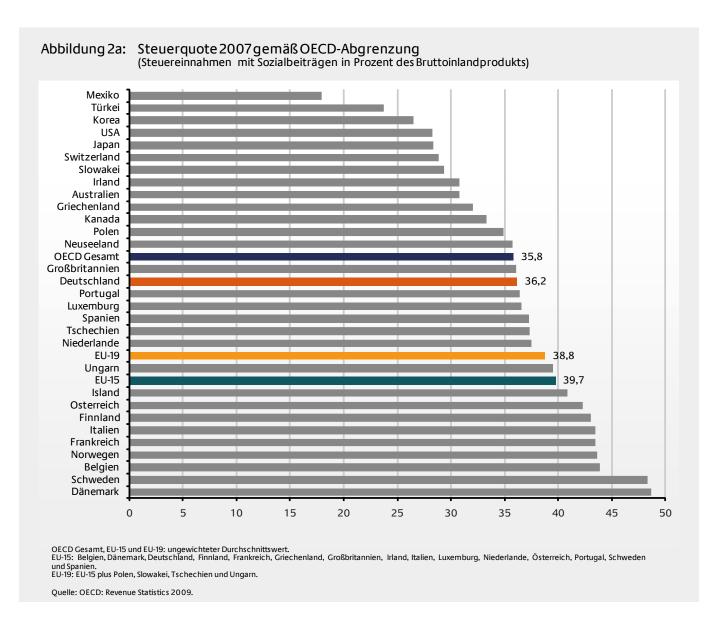
3 Überblick über die einzelnen Belastungsindikatoren

3.1 OECD: Revenue Statistics

Die "Revenue Statistics" werden alljährlich im Herbst von der OECD herausgegeben. Sie enthalten einen Vergleich der Belastungsstruktur der Steuersysteme in verschiedenen OECD-Staaten mit Hilfe gesamtwirtschaftlicher Steuerquoten. Die dafür notwendigen Daten werden der OECD von den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt.

Die Steuern und Abgaben werden wie in den VGR entstehungsmäßig erfasst, d. h. dem Zeitraum der Entstehung der Verpflichtung zur Zahlung der Steuer/Abgabe zugeordnet. Wurde das nominelle Steueraufkommen durch Transferzahlungen gemindert, werden diese nur insoweit wieder hinzugerechnet, als sie die individuelle Steuerzahllast überschreiten. Transferleistungen in diesem Sinne sind im Falle Deutschlands: Kindergeld, Eigenheimzulage, Investitionszulage, Altersvorsorge- und Arbeitnehmersparzulage. Im Ergebnis führt dies insbesondere beim Kindergeld zu einer erheblichen Hinzurechnung. Sämtliche Steuerzahlungen, auch die an übernationale Organisationen (EU-Zölle), werden einbezogen. Die Sozialabgaben enthalten nur tatsächlich geleistete Pflichtbeiträge an gesetzliche Sozialversicherungsträger. Anders als in den VGR werden weder die unterstellten Sozialbeiträge für Beamte noch die Beitragszahlungen von einem Versicherungsträger an einen anderen berücksichtigt. Bei Letzteren handelt es sich lediglich um Verrechnungen, die die Bürger nicht zusätzlich belasten (wie z. B. Beitragsleistungen der Rentenversicherung an die Krankenversicherung).

Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung



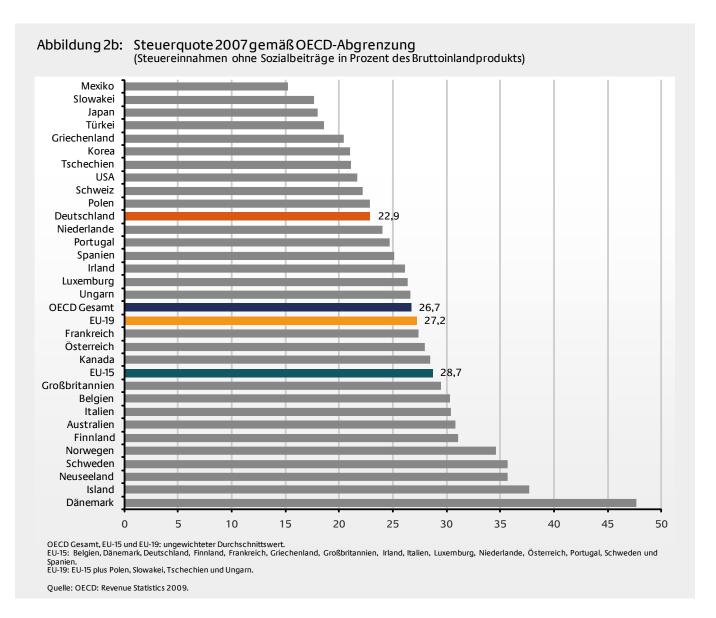
Die Steuern und Abgaben werden zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) ins Verhältnis gesetzt. Durch Ansatz von Teilaggregaten im Zähler können unterschiedliche Quoten gebildet werden. Die wichtigsten sind die Steuerquote und die Abgabenquote (Abbildungen 2a und 2b).

3.2 OECD: Taxing Wages

Die Publikation "Taxing Wages" erscheint jährlich im Frühjahr. Sie beinhaltet einen Vergleich der Belastung typisierter Arbeitnehmerhaushalte mit Steuern und Sozialabgaben in den OECD-Staaten. Die Datengrundlage wird durch die Mitgliedstaaten der OECD sichergestellt. Die Belastungsquoten basieren auf einer Simulation der Lohnsteuerberechnung.

Der zugrundegelegte Bruttodurchschnittslohn für vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer beruht auf den international standardisierten Erhebungen (International Standard Industrial Classification of all Economic Activities – ISIC) der nationalen statistischen Ämter. Für Deutschland werden die Zahlen gemäß der europäischen Standardisierung NACE (Nomenclature statistique des activités économiques dans la Communauté européenne – Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen

Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung



Gemeinschaft) ermittelt, die grundsätzlich eine gleichartige Abgrenzung ermöglicht.

Die Publikation weist die Steuer- und Abgabenbelastung für acht Haushaltstypen aus, die sich nach Familienstand, Kinderzahl und Einkommenshöhe unterscheiden. Die Berechnungen gehen davon aus, dass neben dem Arbeitslohn keine weiteren Einkünfte vorliegen. Aufgrund der Typisierung können individuelle Besonderheiten nicht berücksichtigt werden. So wird für die deutschen Arbeitnehmerhaushalte nur die Werbungskostenpauschale angesetzt. Als Sonderausgaben werden nur die gesetzlichen

Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt. Kirchensteuer wird nicht einbezogen.

In einigen OECD-Staaten wird das Kindergeld – anders als in Deutschland – nicht als Steuerabzug behandelt, die Kindergeldzahlungen werden dann als "Transferzahlungen" in die Berechnung der Indikatoren einbezogen.

Die wichtigsten aus den Berechnungen resultierenden Indikatoren der Abgabenbelastung sind:

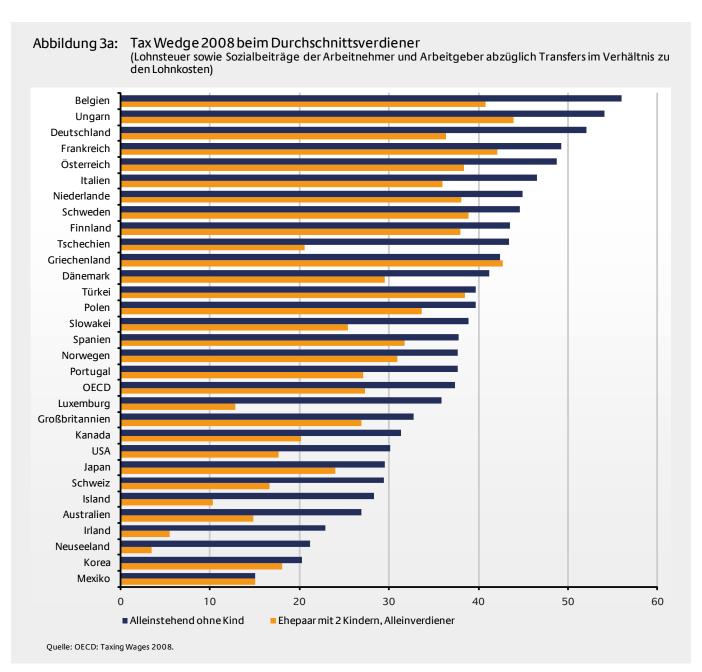
 der sogenannte Abgabenkeil (Tax Wedge), welcher Lohnsteuer sowie

Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung

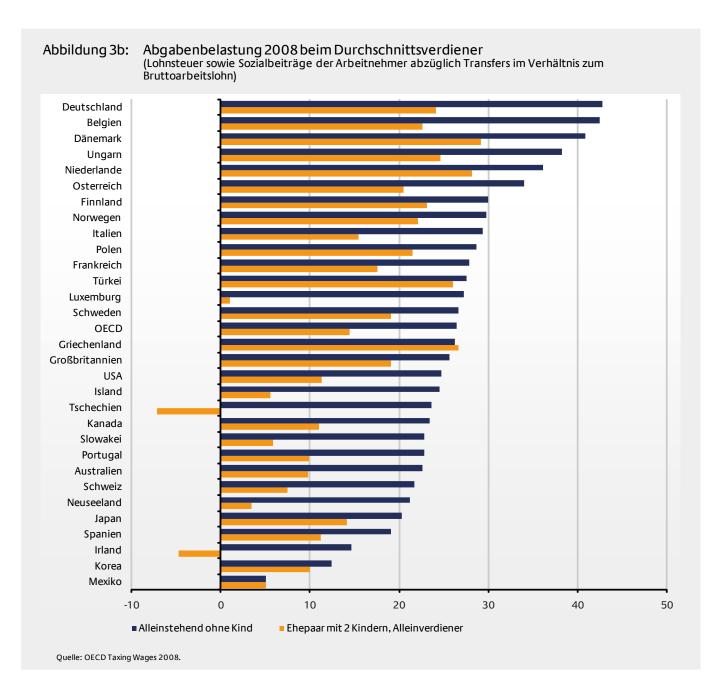
Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber abzüglich Transferzahlungen ins Verhältnis zu den Lohnkosten, d. h. Bruttolohn und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, setzt (Abbildung 3a);

- verschiedene Quoten, die die Belastung des Bruttoarbeitslohns mit
 - Lohnsteuer,

- Lohnsteuer zuzüglich Sozialversicherungsbeiträgen,
- Lohnsteuer zuzüglich Sozialversicherungsbeiträgen abzüglich Transferzahlungen (Abbildung 3b) und
- Sozialversicherungsbeiträgen darstellen.



Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung



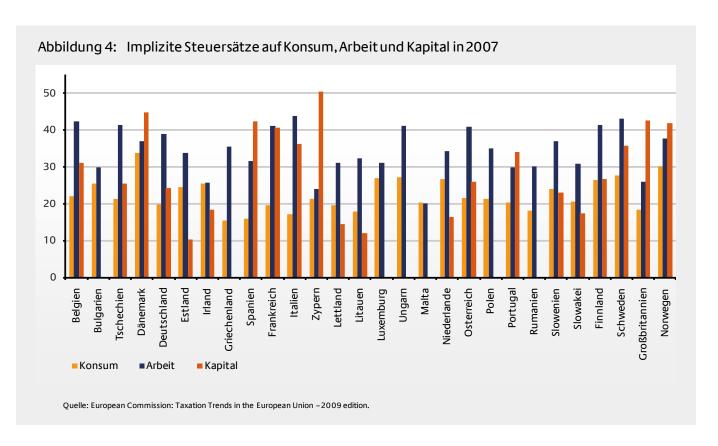
Für diese Indikatoren werden sowohl die Durchschnittsbelastung als auch die Grenzbelastung (Belastung des nächsten hinzuverdienten Euros) ermittelt.

3.3 EU-Kommission: Taxation trends in the European Union

Die Kommission veröffentlicht jährlich im Sommer ihre Publikation "Taxation trends in the European Union". Sie beinhaltet Belastungsrechnungen für die Steuersysteme in der EU und in Norwegen auf Basis gesamtwirtschaftlicher Daten.

Die Daten werden vom Statistischen Amt der EU (Eurostat) zur Verfügung gestellt und basieren auf Datenlieferungen der nationalen statistischen Ämter. Das Steueraufkommen wird entstehungsmäßig in der Abgrenzung der VGR angesetzt, d. h. Kindergeld, Eigenheimzulage, Investitionszulage, Altersvorsorge- und Arbeitnehmersparzulage sind nicht abgezogen. Allerdings sind

Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung



in Abweichung zu den VGR zusätzlich auch Erbschaftsteuer, Mehrwertsteuer-Eigenmittel und Zölle enthalten. Bei den Sozialabgaben werden im Gegensatz zu den VGR freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen und Nichterwerbstätigen und unterstellte Sozialbeiträge der Beamten nicht berücksichtigt.

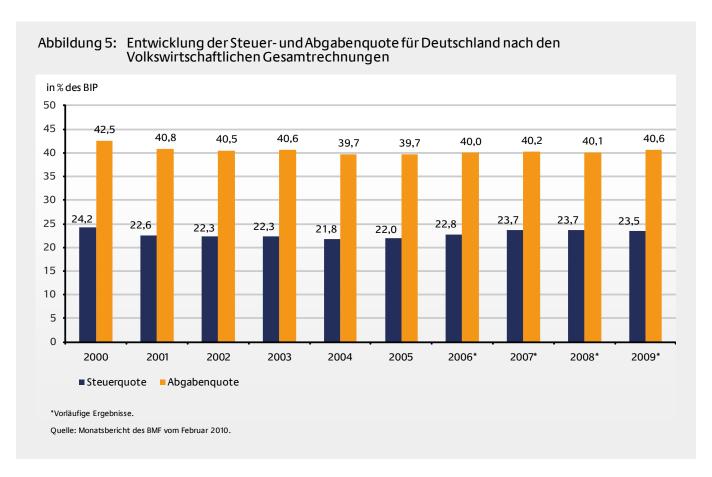
Neben den üblichen Steuer- und Abgabenbelastungsquoten, die die Steuern und Abgaben insgesamt und in Teilkomponenten untergliedert zum nominalen BIP ins Verhältnis setzen, werden in der Publikation sogenannte implizite Steuersätze (implicit tax rates) auf Arbeit, Konsum und Kapital ausgewiesen (Abbildung 4). Für diesen Zweck wird das Steueraufkommen den drei Aufkommensquellen zugeordnet und das Ergebnis den entsprechenden Aggregaten der VGR gegenübergestellt.

Mit den impliziten Steuersätzen auf Arbeit, Konsum und Kapital weist die EU-Publikation ein Alleinstellungsmerkmal auf. Bei Nutzung dieser Indikatoren sollten allerdings auch deren Grenzen nicht unterschlagen werden. Hinsichtlich des deutschen Steuersystems ist dies insbesondere das Problem der Aufteilung des Einkommensteueraufkommens auf die Faktoren Arbeit und Kapital. Da die Steuerbelastung der verschiedenen Einkommensquellen eines Steuerpflichtigen nicht separiert werden kann ("synthetische Einkommensteuer"), müssen hierfür entsprechende Annahmen getroffen werden (Verteilung der Steuerschuld entsprechend der Anteile an den positiven Einkünften). Eine weitere Schwierigkeit stellt die Ermittlung der Kapitaleinkünfte aus den VGR dar.

3.4 Steuerquote und Abgabenquote in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR)

In jedem Monatsbericht des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) wird im Statistischen Anhang eine Übersicht zur "Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten" in der Abgrenzung der VGR veröffentlicht.

Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung



Die Steuer- beziehungsweise Abgabenquoten in der Abgrenzung der VGR beruhen auf einem international standardisierten Regelwerk (Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen – ESVG). Die danach ermittelten Steuern und Sozialabgaben werden zur Quotenbildung ins Verhältnis zum nominalen BIP gesetzt (Abbildung 5).

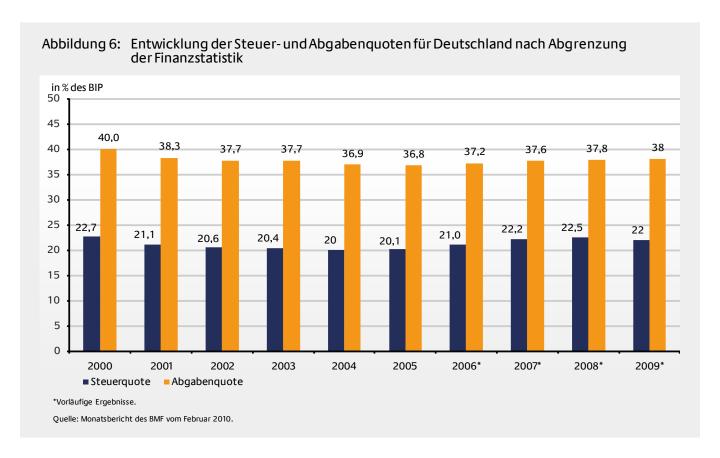
Mit VGR-Quoten werden Vergleiche zwischen verschiedenen Staaten ermöglicht. In der VGR-Abgrenzung zählt die Erbschaftsteuer nicht als Steuer, sondern als Vermögenstransfer an den Staat. Die an die Europäischen Gemeinschaften abzuführenden Mehrwertsteuer-Eigenmittel gelten (im Gegensatz zu den BSP-Eigenmitteln) als Direktleistung der betroffenen Sektoren an die "übrige Welt". Gleiches gilt für Zölle. Die Nichtberücksichtigung aller drei Größen mindert die Steuer- und Abgabenquote.

Auf der anderen Seite werden in den VGR Zulagen wie die Eigenheim- oder Investitionszulagen nicht mit den Steuereinnahmen verrechnet, sondern auf der Ausgabenseite als "Transfers" behandelt. Diese Bruttostellung erhöht die Steuer- und Abgabenquote. Gleiches gilt für das Kindergeld, obwohl ein großer Teil der Zahlung der Freistellung des Existenzminimums von Kindern dient. Es handelt sich somit um die "Rückgabe" von Steuern auf Einkommensteile, die nicht besteuert werden dürfen.

Um trotz international unterschiedlicher Systeme der Beamtenversorgung zu vergleichbaren Quoten zu kommen, werden "fiktive Sozialbeiträge" des Staates für seine Beamten berechnet. Diese sind ebenso wie freiwillige Sozialbeiträge und Zahlungen zwischen den Versicherungsträgern in den Sozialabgaben enthalten und steigern somit die Abgabenquote.

Die Steuern und Sozialbeiträge werden in den VGR entstehungsmäßig erfasst, d. h. dem

Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung



Zeitraum der Entstehung der Verpflichtung zur Zahlung der Steuer/Abgabe zugeordnet.

3.5 Steuerquote und Abgabenquote in der Abgrenzung der Finanzstatistik

Die Übersicht im Monatsbericht des BMF zur "Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten" enthält neben Daten in der Abgrenzung der VGR auch entsprechende Zahlen in der Abgrenzung der Finanzstatistik.

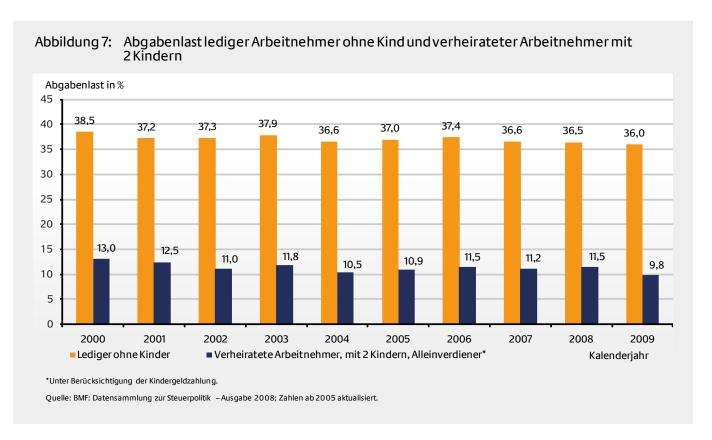
Die finanzstatistische Abgrenzung stellt auf die tatsächlich in der "Kasse" als Steuern verbuchten Einnahmen des Staates ab. Dies ist die für die öffentlichen Haushalte maßgebliche Definition der Steuern; entsprechend beruhen die Prognosen und Projektionen des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" auf dieser Abgrenzung.

Eine anhand der Kasseneinnahmen gebildete Quote hat den Vorteil, keine abgeleitete, sondern in der Realität beobachtbare und damit vergleichsweise transparente Größe zu sein. Die fehlende internationale Standardisierung erweist sich jedoch als nachteilig. Damit kann diese Quote kaum für Vergleiche zwischen verschiedenen Staaten herangezogen werden.

Die kassenmäßige Abgrenzung der Steuereinnahmen beinhaltet den Abzug von Kindergeld, Eigenheimzulage, Investitionszulage, Altersvorsorgeund Arbeitnehmersparzulage von den Steuereinnahmen. Im Gegensatz zur VGR-Abgrenzung sind Erbschaftsteuer, Mehrwertsteuer-Eigenmittel und Zölle in den Steuereinnahmen enthalten.

Die Abgaben in finanzstatistischer Abgrenzung enthalten neben den kassenmäßigen Steuereinnahmen auch die tatsächlichen Sozialbeiträge. Die Steuer- und Sozialabgaben werden zum nominalen BIP ins Verhältnis gesetzt (Abbildung 6).

Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung



3.6 Durchschnittsbelastung von Arbeitnehmern

Die alljährlich aktualisierte Datensammlung des BMF zur Steuerpolitik enthält in Tabelle 2 eine Übersicht über das verfügbare Einkommen von Arbeitnehmern mit Durchschnittseinkommen. Sie bildet für verschiedene Haushaltstypen die Steuer- und Abgabenbelastung bei angenommenem Durchschnittsverdienst ab (Abbildung 7). Eine weitere Differenzierung der Haushaltstypen nach unterschiedlichen Lohnhöhen wird nicht vorgenommen.

Zur Ermittlung der Durchschnittseinkommen werden die aus den VGR stammenden Bruttojahreslöhne sämtlicher Beschäftigter – auch der Geringverdiener (Teilzeitkräfte, "Minijobber", Auszubildende etc.) – addiert und durch die Gesamtzahl der Arbeitnehmer dividiert. Die Berücksichtigung von Geringverdienern bei den Berechnungen führt allerdings zu einem Niveau des durchschnittlichen Bruttolohns, das deutlich niedriger als in der OECD-Publikation

"Taxing Wages" liegt. Die Steuern und Abgaben umfassen die Lohnsteuer, den Solidaritätszuschlag und die Sozialabgaben.

4 Zusammenfassung

Die einzelnen Belastungsindikatoren weisen erhebliche Unterschiede in der methodischen Herangehensweise auf. Aufgrund des methodischen Unterschiedes zwischen gesamtwirtschaftlichem und individuellem Ansatz ist eine Vergleichbarkeit zwischen den Belastungsindikatoren beider Gruppen nicht gegeben. Aber selbst der Vergleich verschiedener Indikatoren einer Methodengruppe offenbart erhebliche Unterschiede in der Herangehensweise, die in der Bewertung und Diskussion berücksichtigt werden müssen.

Abbildung 8 stellt die Abgabenquoten nach gesamtwirtschaftlichem Methodenansatz für Deutschland für die Jahre 1997 bis 2007 gegenüber. Der Vergleich offenbart einen erheblichen Niveauunterschied, der auf

Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung

die verschiedenen Berechnungsmodi zurückzuführen ist. Die Spanne reichte im Jahr 2007 von 36,2 % nach den Berechnungen der OECD bis 40,2 % entsprechend der Abgrenzung der VGR. Interessant jedoch ist der relative Gleichlauf der Indikatoren über die Zeit.

Die verschiedenen Rechenmethoden verdecken nicht den allen Indikatoren gemeinsamen generellen Entwicklungstrend, der von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Steuer- und Abgabenpolitik in diesem Zeitraum geprägt wird. Die von der Bundesregierung in den Jahren nach 2000 verfolgte Politik zur Senkung der Steuerbelastung bei der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer führten in Verbindung mit einer schwächeren wirtschaftlichen

Entwicklung zu einem Absinken der Steuerund Abgabenquoten. Der wirtschaftliche Aufschwung ab dem Jahr 2005 und die Erhöhung des Umsatzsteuersatzes im Jahr 2007 kehrten diesen Trend ab 2005 um.

Die Ausführungen zu den
Berechnungsgrundlagen der
Belastungsindikatoren sollten eines deutlich
gemacht haben: Es gibt nicht den einen
"richtigen" oder "besten" Indikator. In
Abhängigkeit von der Fragestellung können
jeweils andere Indikatoren angemessen und
aussagekräftig sein. Die jedem Indikator
innewohnenden Beschränkungen dürfen
in der Diskussion nicht außer Acht gelassen
werden. Die Betrachtung der Indikatoren im
Zeitablauf ist in der Regel aussagekräftiger.

Abbildung 8: Vergleich der Entwicklung der Abgabenquote in den Abgrenzungen der OECD, EU, VGR und der Finanzstatistik für Deutschland 1997 bis 2007 Quote in % des BIP 43 42 41 40 39 38 37 36 35 34 2000 1997 1998 1999 2001 2002 2004 2005 2006 2007 2003 OECD Revenue Statistics **EU Taxation trends** VGR Finanzstatistik Kalenderjahr Quellen: OECD: Revenue Statistics 2009; European Commission: Taxation trends in the European Union, 2009 edition; Monatsbericht des BMF vom Februar 2010.

104

Statistiken und Dokumentationen

Übers	sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	. 106
1	Kreditmarktmittel	. 106
2	Gewährleistungen	. 107
3	Bundeshaushalt 2005 bis 2010	. 107
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2005 bis 2010	. 108
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
	Soll 2010	
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2010	. 114
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	. 120
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	. 122
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	. 124
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	. 125
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	. 126
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	. 127
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	. 128
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	. 129
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009	. 130
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2009 im Vergleich zum Jahressoll 2009 Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2009	. 131
2	Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2009	
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2009	
	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	. 138
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	. 140
4	Einkommensverteilung	
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	
Δbb 1	Entwicklung von DAX und Dow Jones	
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	31. Dezember 2009			31. Januar 2010
		in M	io.€	
Inflations indexier te Bundes wert papiere	27 000	2 000	0	29 000
Anleihen ¹	610 454	9 000	20 250	599 204
Bundesobligationen	171 000	6 000	0	177 000
Bundesschatzbriefe ²	9 470	133	229	9 3 7 5
Bundesschatzanweisungen	116 000	7 000	0	123 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	103 542	8 966	11 919	100 589
Finanzierungsschätze ³	867	51	93	825
Tagesanleihe	2 494	52	129	2 417
Schuldscheindarlehen	12 807	0	0	12 807
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
Kreditmarktmittel insgesamt	1 053 686			1 054 268

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	31. Dezember 2009			31. Januar 2010
	in Mio. €			
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	243 437			245 822
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	320 444			328 119
langfristig (mehr als 4 Jahre)	489 805			480 327
Kreditmarktmittel insgesamt	1 053 686			1 054 268

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

 $^{^3}$ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

	Ermächtigungsrahmen 2009 Belegung am 31. Dezember 2009		Belegung am 31. Dezember 2008
Ermächtigungstatbestände		in Mrd. €	
Ausfuhren	117,0	109,9	103,3
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	30,3	25,7
bilaterale FZ-Vorhaben	3,3	1,3	1,2
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	240,0	136,8	87,0
Internationale Finanzierungsinstitutionen	56,6	50,6	40,3
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	4,0	4,0	4,0

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2005 bis 2010 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll 1
			in Mr	d. €		
1. Ausgaben	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	319,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	9,3
2. Einnahmen ²	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	238,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	-7,3
darunter:						
Steuereinnahmen	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	211,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,7	7,2	12,8	4,0	-4,8	-7,0
3. Finanzierungssaldo	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-80,6
in % der Ausgaben	12,1	10,8	5,4	4,2	11,8	25,2
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme³ (-)	224,0	225,4	222,1	229,1	269,0	317,8
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,2	-1,5	8,4	0,5	-6,4	0,1
6. Tilgungen (+)	193,0	196,0	216,2	218,1	228,5	237,5
7. Nettokreditaufnahme	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-34,1	-80,2
8. Münzeinnahmen	-0,2	-0,3	-0,4	-0,3	-0,3	-0,4
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	28,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	6,2	-4,4	15,4	-7,2	11,5	5,9
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,7	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: März 2010.

¹Stand: Bereinigungssitzung.

² Gem. BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

³ Inkl. Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll ¹
Ausgabeart			in Mic	o. €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 372	26 110	26 038	27 012	27 939	27 704
Aktivitätsbezüge	19 891	19730	19 662	20 298	20 977	20 789
Ziviler Bereich	8 537	8 547	8 498	8 870	9 269	9 3 4 2
Militärischer Bereich	11 353	11 182	11 164	11 428	11 708	11 447
Versorgung	6 481	6380	6376	6714	6 962	6 9 1 5
Ziviler Bereich	2 434	2 3 7 2	2 3 3 4	2 416	2 462	2 435
Militärischer Bereich	4 047	4008	4041	4 2 9 8	4 500	4 481
Laufender Sachaufwand	17 712	18 349	18 757	19 742	21 395	21 583
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 596	1 450	1 365	1 421	1 478	1 466
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 992	8 5 1 7	8 908	9 622	10 281	10 469
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 3 8 2	8 484	8 699	9 635	9 647
Zinsausgaben	37 371	37 469	38 721	40 171	38 099	36 751
an andere Bereiche	37 371	37 469	38 721	40 171	38 099	36 751
Sonstige	37 371	37 469	38 721	40 171	38 099	36 751
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 326	37 425	38 677	40 127	38 054	36 708
an Ausland	3	3	3	3	3	2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	154 274	156 016	160 352	168 424	177 289	205 272
an Verwaltungen	13 921	13 937	14 003	12 930	14396	14503
Länder	8 3 8 1	8 538	8 698	8 341	8 754	8 682
Gemeinden	66	38	38	21	18	21
Sondervermögen	5 473	5 361	5 267	4568	5 624	5 799
Zweckverbände	2	1	1	0	1	0
an andere Bereiche	140 353	142 079	146 349	155 494	162 892	190 769
Unternehmen	13 474	14 275	15 399	22 440	22 951	25 316
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	32 747	32 256	29 123	29 120	29 699	31 274
an Sozialversicherung	90219	91 707	97 712	99 123	105 130	128 365
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	767	812	869	1 099	1 249	1 529
an Ausland	3 140	3 024	3 240	3 708	3 858	4284
an Sonstige	5	5	5	4	5	1
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	235 728	237 944	243 868	255 350	264 721	291 310
Ausgaben der Kapitalrechnung ^a						
Sachinvestitionen	7 246	7 112	6 903	7 199	8 504	8 113
Baumaßnahmen	5 779	5 634	5 478	5 777	6 830	6 5 3 2
Erwerb von beweglichen Sachen	961	943	909	918	1 030	1 035
Grunderwerb	506	536	516	504	643	546

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

	2006	2007	2008	2009	2009	2010
	lst	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll ¹
Ausgabeart			in Mi	o.€		
Vermögensübertragungen	12 977	13 302	16 947	16 660	15 619	15 754
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 617	12916	16 580	14018	15 190	15 342
an Verwaltungen	5 587	5 755	8 234	5713	5 852	5 138
Länder	5 527	5 700	6 0 3 0	5 654	5 804	5 074
Gemeinden und Gemeindeverbände	60	55	54	59	48	60
Sondervermögen	-	-	2 150	-	-	4
an andere Bereiche	7 030	7 161	8 3 4 5	8 305	9 3 3 8	10 204
Sonstige - Inland	4933	4999	6 099	5 836	6 462	6 9 4 5
Ausland	2 096	2 162	2 247	2 469	2 876	3 259
Sonstige Vermögensübertragungen	360	387	367	2 642	429	413
an andere Bereiche	360	387	367	2 642	429	413
Unternehmen - Inland	- 0	-	-	2 267	-	
Sonstige - Inland	160	172	162	149	148	157
Ausland	201	215	205	225	282	256
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 899	2 687	2 732	3 099	3 409	4 838
Darlehensgewährung	3 3 4 0	2 109	2 100	2 395	2 490	4028
an Verwaltungen	53	32	1	1	1	1
Länder	53	32	1	1	1	1
an andere Bereiche	3 287	2 078	2 100	2 3 9 5	2 490	4 0 2 7
Sozialversicherung	900	-	-	-	-	
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 505	1 020	900	922	872	2 426
Ausland	882	1 058	1 199	1 473	1 618	1 601
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	578	632	704	919	810
Inland	0	0	28	26	13	13
Ausland	558	578	604	678	905	797
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung ^a	24 121	23 102	26 582	26 958	27 532	28 706
^a Darunter: Investive Ausgaben	23 761	22 715	26 215	24316	27 103	28 293
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	- 0	- 516
Ausgaben zusammen	259 849	261 046	270 450	282 308	292 253	319 500

¹Stand: Bereinigungssitzung.

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2010¹

	Ausgabengruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion					in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	54 219	47 768	24 991	17 064	-	5 714
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6 2 5 8	5 863	3 883	1 271	-	708
2	Auswärtige Angelegenheiten	8 8 1 9	3 876	504	172	-	3 199
3	Verteidigung	31 188	30891	15 927	13 970	-	993
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 636	3 280	2 069	1 011	-	200
5	Rechtsschutz	373	355	259	83	-	14
6	Finanzverwaltung	3 944	3 505	2 3 4 8	557	-	599
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	15 402	12 053	479	776	-	10 798
13	Hochschulen	2 8 1 5	1821	10	9	-	1 802
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 095	2 095	-	-	-	2 095
15	Sonstiges Bildungswesen	647	572	9	68	-	495
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9 124	7 047	460	695	-	5 892
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	722	519	1	4	-	514
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	173 074	172 065	235	211	-	171 620
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	110517	110517	54	-	-	110 463
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	6 690	6 690	-	-	-	6 690
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 774	2 512	-	42	-	2 469
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	51 396	51 271	51	100	-	51 120
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	147	147	-	-	-	147
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 549	928	131	69	-	729
3	Gesundheit und Sport	1 414	890	275	281	-	334
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	391	356	144	158	-	54
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	391	356	144	158	-	54
32	Sport	138	116	-	7	-	109
33	Umwelt- und Naturschutz	447	259	83	62	-	114
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	438	159	47	54	-	57
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 034	588	-	16	-	571
41	Wohnungswesen	1 286	577	-	6	-	571
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	742	9	-	9	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 366	905	28	160	-	716
52	Verbesserung der Agrarstruktur	652	242	-	1	-	241
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	465	465	-	70	-	395
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	465	465	-	70	-	395
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	248	198	28	89		81

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2010¹

	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funkti	on			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	1 076	2 642	2 733	6 451	6 414
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	394	2	0	396	396
2	Auswärtige Angelegenheiten	77	2 469	2 398	4944	4943
3	Verteidigung	214	83	-	297	262
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	268	88	-	357	357
5	Rechtsschutz	18	-	-	18	18
6	Finanzverwaltung	104	0	334	439	439
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	288	3 051	11	3 350	3 350
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	75	-	76	76
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	266	1 801	11	2 077	2 077
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	21	182	-	203	203
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	997	1	1 008	632
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	261	1	263	5
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	6	119	-	124	6
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	617	-	621	621
3	Gesundheit und Sport	309	215	-	524	524
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	23	12	-	35	35
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	23	12	-	35	35
32	Sport		22	-	22	22
33	Umwelt- und Naturschutz	8	180	-	188	188
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	278	2	-	280	280
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 444	3	1 447	1 447
41	Wohnungswesen	-	706	3	709	709
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	5	-	5	5
44	Städtebauförderung	-	733	-	733	733
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7	453	1	461	461
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	410	1	410	410
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53		-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	7	44	0	51	51

 $^{^{1}} Stand: Bereinigungs sitzung. \\$

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2010¹

	Ausgabengruppe		Ausgaben				Laufende
		Ausgaben zusammen	der laufenden	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	
		Zusaiiiiieii	Rechnung	ausgaben	Sacriaurwariu		und Zuschüss
Funktion					in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 734	2 808	58	681	-	2 069
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	866	722	-	498	-	223
621	Kernenergie	278	203	-	-	-	203
622	Erneuerbare Energieformen	44	21	-	2	-	19
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	544	497	-	496	-	1
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 639	1 620	-	9	-	1 611
64	Handel	130	130	-	69	-	62
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	684	16	-	15	-	2
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2 415	320	58	90	-	171
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 351	4 212	1 043	2 065	-	1 104
72	Straßen	7 670	964	-	877	-	87
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 872	865	509	288	-	68
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	340	8	-	-	-	8
75	Luftfahrt	201	199	46	20	-	133
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 268	2 176	488	880	-	809
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 374	12 012	-	17	-	11 995
81	Wirtschaftsunternehmen	11 043	6 681	-	17	-	6 664
832	Eisenbahnen	4328	82	-	5	-	77
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6715	6 599	-	12	-	6 587
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 330	5 3 3 0	-	-	-	5 3 3 0
873	Sondervermögen	5 3 3 0	5 3 3 0	-	-	-	5 3 3 0
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	37 532	38 009	594	313	36 751	351
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	388	350	-	-	-	350
92	Schulden	36 762	36 762	-	11	36 751	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	381	897	594	302	-	1
Summe a	ller Hauptfunktionen	319 500	291 310	27 704	21 583	36 751	205 272

¹Stand: Bereinigungssitzung.

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2010¹

	Ausgabengruppe			Darlehns-	Summe	
		Sachin-	Vermögens-	gewährung,	Ausgaben der	^a Darunter
		vestitionen	beratungen	Erwerb von	Kapital-	Investive
				Beteiligungen,	rechnung ^a	Ausgaber
Funktio	nn			Kapitaleinlagen in Mio. €		
Tunktio				iii wiio. c		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	77	773	2 076	2 926	2 926
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	75	69	-	144	144
621	Kernenergie	75	-	-	75	75
622	Erneuerbare Energieformen	-	23	-	23	23
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	47	-	47	47
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	19	-	19	19
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	668	-	668	668
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2	17	2 076	2 095	2 095
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 347	1 793	-	8 140	8 140
72	Straßen	5 278	1 428	-	6 707	6707
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 007	-	-	1 007	1 007
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	1	-	-	1	1
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	61	32	-	92	92
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	4 348	13	4 362	4 362
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4348	13	4362	4362
832	Eisenbahnen	-	4 2 4 6	-	4 2 4 6	4 2 4 6
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	103	13	116	116
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe	aller Hauptfunktionen	8 113	15 754	4 838	28 706	28 293

¹Stand: Bereinigungssitzung.

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2001
				Ist-Er	gebnisse				
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	243,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0	-0,5
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	220,2
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9	-22,9
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	-22,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-		-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7	1,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	11,0
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ⁴	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,8
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7	-3,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	15,5
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ⁴	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	56,7
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	27,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7	-3,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	11,2
Anteil a. d. investiven Ausgaben des	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,1
öffentl. Gesamthaushalts ⁴								·	
Steuereinnahmen ²	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	193,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3	-2,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	79,7
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	88,0
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	41,4
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	-22,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	9,4
Anteil a.d. investiven Ausgaben des	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	83,7
Bundes Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0	57,6
öffentl. Gesamthaushalts ⁴ nachrichtlich: Schuldenstand ⁴									
öffentliche Haushalte ³	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1 210,9	1 223,5
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	760,2

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				Ist	t-Ergebnis	se				Soll ¹
I. Gesamtübersicht		240.5			250.0	201.		202.7		246
Ausgaben	Mrd.€	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	319,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	9,
Einnahmen	Mrd.€	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	238,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	- 7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 80
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,9	-38,6	- 39,5	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 80
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	27
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	- 0
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	8
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl.	%	15,6	15,7	15,4	15,3	14,7	15,0	15,1	15,1	14
Gesamthaushalts ⁴										
Zinsausgaben	Mrd.€	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	36
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 3
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	11
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ⁴	%	56,0	56,2	55,9	58,3	57,9	58,6	59,8	59,4	56
Investive Ausgaben	Mrd.€	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	28
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	15,4	- 7,2	11,5	4
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl.	%	32,5	35,4	34,0	34,2	33,7	39,6	36,7	25,8	32
Gesamthaushalts ⁴	76	32,5	35,4	34,0	34,2	33,7	39,0	30,7	25,6	32
Steuereinnahmen ²	Mrd.€	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	211
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 7
Anteil an den Bundesausgaben	%	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	66
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	88
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴	%	43,0	43,5	42,3	42,1	41,7	42,7	42,6	43,5	41
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 80
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	25
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	283
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts ⁴	%	61,0	59,3	60,1	58,6	59,7	99,3	59,0	42,3	100
nachrichtlich: Schuldenstand ⁴										
öffentliche Haushalte ³	Mrd.€	1 277,3	1 357,7	1 429,8	1 489,9	1 545,4	1 553,1	1579,5	1 666	
darunter: Bund	Mrd.€	784,6	826,5	869,3	903,3	950,3	957,3	985,7	1 035	

¹Stand Bereinigungssitzung.

 $^{^2\,\}mathrm{Nach}\,\mathrm{Abzug}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Erg\ddot{a}nzung}\mathrm{szuwe}\mathrm{isungen}\,\mathrm{an}\,\mathrm{L\ddot{a}nder}.$

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand Finanzplanungsrat Dezember 2009; 2009 u. 2010 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ⁴
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	620,7	615,3	627,7	639,4	648,3	675,0	712 1/2
Einnahmen	552,9	549,9	575,1	599,0	647,4	667,7	627
Finanzierungssaldo	-67,9	-65,5	-52,5	-40,5	-0,7	-5,5	-87
darunter:							
Bund ²							
Ausgaben	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3
Einnahmen	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7
Finanzierungssaldo	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5
Länder ²							
Ausgaben	259,7	257,1	260,0	260,0	265,5	275,1	285 1/2
Einnahmen	229,2	233,5	237,2	250,1	273,1	274,9	259 1/2
Finanzierungssaldo	-30,5	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-0,2	-26 1/2
Gemeinden ²							
Ausgaben	149,9	150,1	153,2	157,4	160,0	167,3	173 1/2
Einnahmen	141,5	146,2	150,9	160,1	168,1	174,9	170
Finanzierungssaldo	-8,4	-3,9	-2,2	2,8	8,1	7,6	-3 1/2
			Veränderun	gen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,3	-0,9	2,0	1,9	1,4	4,1	6
Einnahmen	-0,6	-0,5	4,6	4,1	8,1	3,1	-6
darunter:							
Bund							
Ausgaben	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5
Einnahmen	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7
Länder							
Ausgaben	0,7	-1,0	1,1	0,0	2,1	3,6	4
Einnahmen	0,3	1,9	1,6	5,4	9,2	0,7	-5 1/2
Gemeinden							
Ausgaben	- 0,0	0,1	2,1	2,8	1,7	4,5	3 1/2
Einnahmen	-3,3	3,3	3,3	6,0	5,0	4,0	-3

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ⁴
				Anteile in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,1	-3,0	-2,3	-1,7	- 0,0	-0,2	-3 1/2
darunter:							
Bund	-1,8	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,4
Länder	-1,4	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	- 0,0	-1
Gemeinden	-0,4	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,9	-10,6	-8,4	-6,3	-0,1	-0,8	-12
darunter:							
Bund	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8
Länder	-11,7	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,1	-9
Gemeinden	-5,6	-2,6	-1,5	1,8	5,0	4,6	-2
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,7	27,8	28,0	27,5	26,7	27,0	29 1/2
darunter:							
Bund	11,9	11,4	11,6	11,2	11,1	11,3	12,1
Länder	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9	11,0	12
Gemeinden	6,9	6,8	6,8	6,8	6,6	6,7	7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	20,4	20,0	20,1	21,0	22,1	22,5	22

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, Versorgungsfonds des Bundes, Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), Investitions- und Tilgungsfonds, Sondervermögen Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere.

Stand: März 2010.

² Bis einschließlich 2007 Rechnungsergebnisse.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum nominalen BIP.

⁴ Bund: vorl. lst, Länder und Gemeinden: Schätzung.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3	. Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublil	c Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Steueraufkommen											
	insgesamt		dav	von							
	ilisgesailit	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern						
Jahr		in Mrd. €		in	%						
Bundes republik Deutschland											
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9						
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0						
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1						
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5						
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2						
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6						
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5						
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4						
2008	561,2	290,3	270,9	51,7	48,3						
2009²	524,1	254,5	269,6	48,6	51,4						
2010 ²	511,5	238,0	273,6	46,5	53,5						

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2009.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	inanzstatistik ²
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr		in Relation zu	m BIP in %	
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,0	34,8	22,4	33,5
1975	22,8	38,1	23,1	37,9
1976	23,7	39,5	23,4	38,9
1977	24,6	40,4	24,5	39,8
1978	24,2	39,9	24,4	39,4
1979	23,9	39,6	24,3	39,3
1980	23,8	39,6	24,3	39,7
1981	22,8	39,1	23,7	39,5
1982	22,5	39,1	23,3	39,4
1983	22,5	38,7	23,2	39,0
1984	22,6	38,9	23,2	38,9
1985	22,8	39,1	23,4	39,2
1986	22,3	38,6	22,9	38,
1987	22,5	39,0	22,9	38,
1988	22,2	38,6	22,7	38,
1989	22,7	38,8	23,4	39,
1990	21,6	37,3	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,
1993	22,4	40,2	22,6	39,
1994	22,3	40,5	22,5	39,
1995	21,9	40,3	22,5	40,
1996	22,4	41,4	21,8	39,
1997	22,2	41,4	21,3	39,
1998	22,7	41,7	21,7	39,
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,
2002	22,3	40,5	20,6	37,
2003	22,3	40,6	20,4	37,
2004	21,8	39,7	20,0	36,
2005	22,0	39,7	20,1	36,8
2006	22,8	40,0	21,0	37,
2007	23,7	40,2	22,2	37,
2008	23,7	40,1	22,5	37,8
2009	23,5	40,6	22	38
2010	22 1/2	39	20 1/2	36 1/

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2008 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2009. 2009 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Februar 2010. 2010 Schätzung; Stand: Februar 2010.

 $^{^3 \,} Bis \, 2006 \, Rechnung sergebnisse. \, 2007 \, bis \, 2008 \, Kassenergebnisse. \, 2009 \, bis \, 2010 \, Sch\"{a}tzung; \, Stand: \, Februar \, 2010.$

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

		Ausgaben des Staates	
	insgesamt	darunt	er
	mageanne	Gebietskörperschaften³	Soziaversicherungen ³
Jahr		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	1
1965	37,1	25,4	1
1970	38,5	26,1	1
1975	48,8	31,2	1
1976	48,3	30,5	1
1977	47,9	30,1	1
1978	47,0	29,4	1
1979	46,5	29,3	1
1980	46,9	29,6	1
1981	47,5	29,7	1
1982	47,5	29,4	1
1983	46,5	28,8	1
1984	45,8	28,2	1
1985	45,2	27,8	1
1986	44,5	27,4	1
1987	45,0	27,6	1
1988	44,6	27,0	1
1989	43,1	26,4	1
1990	43,6	27,3	1
1991	46,3	28,2	1
1992	47,2	28,0	1
1993	48,2	28,3	1
1994	47,9	27,8	2
1995	48,1	27,6	2
1996	49,3	27,9	2
1997	48,4	27,1	2
1998	48,0	27,0	
1999	48,1	26,9	2
2000	47,6	26,5	2
2000 ⁴	45,1	24,0	
2001	47,6	26,3	2
2002	48,1	26,4	
2003	48,5	26,5	
2004	47,1	25,9	
2005	46,8	26,1	
2006	45,4	25,4	1
2007	43,7	24,5	1
2008	43,7	24,7	1
2009	47,6	26,7	
2010	48	-	

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland. ² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der VGR. Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2008 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2009.

 $^{2009\} erstes\ vorläufiges\ Ergebnis\ der\ VGR;\ Stand:\ Februar\ 2010.$

²⁰¹⁰ Schätzung; Stand: Februar 2010.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

 $^{^4\,\}rm Einschließlich$ der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
			Sch	ulden (Mio. €)	1		
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 277 272	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 399	1 553 058	1 579 535
Bund	784615	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749
Kernhaushalte	725 405	767 697	812 082	887915	919 304	940 187	959 918
Kreditmarktmittel iwS	719397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169
Kassenkredite	6 0 0 8	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749
Extrahaushalte	59210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 83
Kreditmarktmittel iwS	59210	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700
Kassenkredite	-	-	-	-	978	1 483	2 13
Länder	392 123	423 666	448 622	471 339	482 818	485 162	484 922
Kernhaushalte	392 123	423 666	448 622	471 339	481 822	484 038	483 57
Kreditmarktmittel iwS	384773	414952	442 922	468 214	479 489	481 628	480 392
Kassenkredite	7 3 5 0	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 18
Extrahaushalte	-	-	-	-	996	1 124	1 35
KreditmarktmitteliwS	-	-	-	-	986	1 124	1 32
Kassenkredite	-	-	-	-	10	-	2
Gemeinden	100 534	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 86
Kernhaushalte	93 332	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 18
Kreditmarktmittel iwS	82 662	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	7638
Kassenkredite	10670	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 80
Extrahaushalte	7 202	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 68
KreditmarktmitteliwS	7 153	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 62
Kassenkredite	49	69	72	79	53	52	5
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	492 657	531 197	560 418	586 571	595 061	595 789	593 78
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 384 000	1 454 000	1 524 000	1 571 000	1 578 000	1 644 00
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	59210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 83
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14357	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 441	39 099	38 650	-	-	-	
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	-	16 478	16 983	17 63
SoFFin	-	-	-	-	-	-	8 20
Investitions- und Tilgungsfonds	_		-	_	-	_	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	
		Anteil an den Schulden (in %)						
Bund	61,4	60,9	60,8	60,6	61,5	61,6	62,4	
Kernhaushalte	56,8	56,5	56,8	59,6	59,5	60,5	60,8	
Extrahaushalte	4,6	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	
Länder	30,7	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,7	
Gemeinden	7,9	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	38,6	39,1	39,2	39,4	38,5	38,4	37,6	
			Anteil der	Schulden am	BIP (in %)			
Öffentlicher Gesamthaushalt	59,6	62,7	64,7	66,4	66,5	64,0	63,3	
Bund	36,6	38,2	39,3	40,3	40,9	39,4	39,5	
Kernhaushalte	33,8	35,5	36,7	39,6	39,5	38,7	38,5	
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	
Länder	18,3	19,6	20,3	21,0	20,8	20,0	19,4	
Gemeinden	4,7	5,0	5,1	5,1	4,8	4,6	4,	
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	23,0	24,5	25,3	26,2	25,6	24,5	23,8	
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,9	65,7	68,0	67,6	65,0	65,9	
			Schu	lden insgesam	t (€)			
je Einwohner	15 487	16 454	17 331	18 066	18 761	18 880	19 23	
nachrichtlich:								
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 210,9	2 242,2	2 325,1	2 428,2	2 495,	
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 62	

 $^{^1} Kredit markt schulden im weiteren Sinne zzgl. \, Kassenkredite.$

 $\label{thm:Quelle:Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.}$

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzu	ıng der Volkswirtsch	aftlichen Gesam	trechungen²		Abgrenzung der Finanzstatistik		
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³	
Jahr		in Mrd. €		iı	n Relation zum BIP	in%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %	
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9			
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0	
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1	
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9	
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1	
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5	
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0	
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2	
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7	
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7	
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2	
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1	
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5	
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0	
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1	
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5	
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4	
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2	
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7	
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1	
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6	
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2	
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3	
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0	
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3	
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5	
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5	
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3	
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6	
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-	
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2	
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7	
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1	
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0	
2005	-74,2	-70,3	-3,9	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3	
2006	-38,1	-43,1	5,0	-1,6	-1,9	0,2	-40,5	-1,7	
2007	4,7	-6,2	10,9	0,2	-0,3	0,4	-0,7	0,0	
2008	1,0	-7,2	8,2	0,0	-0,3	0,3	-5,5	-0,2	
2009	-79,3	-67,2	-12,1	-3,3	-2,7	-0,5	-87	-3 1/2	
2010		-	-	-5 1/2	-5 1/2	0	-143	-6	

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2008 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2009.

²⁰⁰⁹ erstes vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Februar 2010.

²⁰¹⁰ Schätzung; Stand: Februar 2010.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2006 Rechnungsergebnisse. 2007 bis 2008 Kassenergebnisse. 2009 bis 2010 Schätzung; Stand: Februar 2010.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land						in%d	es BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,3	-1,6	0,2	0,0	-3,4	-5,0	-4,6
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	0,3	-0,2	-1,2	-5,9	-5,8	-5,8
Griechenland	_	_	-14,0	-9,1	-3,7	-5,2	-2,9	-3,7	-7,7	-12,7	-12,2	-12,8
Spanien	_	-	-	-6,5	-1,1	1,0	2,0	1,9	-4,1	-11,2	-10,1	-9,3
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-2,9	-2,3	-2,7	-3,4	-8,3	-8,2	-7,7
Irland	_	-10,7	-2,8	-2,1	4,8	1,7	3,0	0,3	-7,2	-12,5	-14,7	-14,7
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-4,3	-3,3	-1,5	-2,7	-5,3	-5,3	-5,1
Zypern	_	_	-	-0,8	-2,3	-2,4	-1,2	3,4	0,9	-3,5	-5,7	-5,9
Luxemburg	_	_	4,3	2,4	6,0	0,0	1,3	3,7	2,5	-2,2	-4,2	-4,2
Malta	_	-	-	-4,2	-6,2	-2,9	-2,6	-2,2	-4,7	-4,5	-4,4	-4,3
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,5	0,2	0,7	-4,7	-6,1	-5,6
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,6	-1,6	-0,6	-0,4	-4,3	-5,5	-5,3
Portugal	-7,1	-8,6	-6,2	-5,0	-3,2	-6,1	-3,9	-2,6	-2,7	-8,0	-8,0	-8,7
Slowakei	_	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-3,5	-1,9	-2,3	-6,3	-6,0	-5,5
Slowenien	_	_	-	-8,4	-3,8	-1,4	-1,3	0,0	-1,8	-6,3	-7,0	-6,9
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,9	2,8	4,0	5,2	4,5	-2,8	-4,5	-4,3
Euroraum	_	_	-	-5,0	-1,1	-2,5	-1,3	-0,6	-2,0	-6,4	-6,9	-6,5
Bulgarien	_	_	-	-3,4	-0,3	1,9	3,0	0,1	1,8	-0,8	-1,2	-0,4
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,4	5,2	5,2	4,5	3,4	-2,0	-4,8	-3,4
Estland	_	-	-	1,1	-0,2	1,6	2,3	2,6	-2,7	-3,0	-3,2	-3,0
Lettland	_	_	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-0,5	-0,3	-4,1	-9,0	-12,3	-12,2
Litauen	-	_	-	-1,5	-3,2	-0,5	-0,4	-1,0	-3,2	-9,8	-9,2	-9,7
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,6	-1,9	-3,6	-6,4	-7,5	-7,6
Rumänien	_	_	-	-2,1	-4,7	-1,2	-2,2	-2,5	-5,5	-7,8	-6,8	-5,9
Schweden	_	_	-	-7,4	3,7	2,3	2,5	3,8	2,5	-2,1	-3,3	-2,7
Tschechien	_	-	-	-13,4	-3,7	-3,6	-2,6	-0,7	-2,1	-6,6	-5,5	-5,7
Ungarn	_	_	-	-8,8	-3,0	-7,9	-9,3	-5,0	-3,8	-4,1	-4,2	-3,9
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-2,7	-2,7	-5,0	-12,1	-12,9	-11,1
EU	_	-	_	-5,1	-0,6	-2,4	-1,4	-0,8	-2,3	-6,9	-7,5	-6,9
Japan	-4,5	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-1,6	-2,5	-3,8	-8,0	-8,9	-9,1
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-2,0	-2,7	-6,4	-11,3	-13,0	-13,1

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2009. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

 $^{^{\}rm 2}$ Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschulden quoten im internationalen Vergleich

Land						in % c	les BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	68,0	67,6	65,0	65,9	73,1	76,7	79,7
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,9	107,6	92,1	88,1	84,2	89,8	97,2	101,2	104,0
Griechenland	22,3	47,9	71,0	97,0	101,8	100,0	97,1	95,6	99,2	112,6	124,9	135,4
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	43,0	39,6	36,1	39,7	54,3	66,3	74,0
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	66,4	63,7	63,8	67,4	76,1	82,5	87,6
Irland	69,1	100,6	93,2	81,1	37,7	27,6	25,0	25,1	44,1	65,8	82,9	96,2
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	105,8	106,5	103,5	105,8	114,6	116,7	117,8
Zypern	_	_	_	-	58,8	69,1	64,6	58,3	48,4	53,2	58,6	63,4
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,1	6,6	6,6	13,5	15,0	16,4	17,7
Malta	_	-	-	_	55,9	70,2	63,6	62,0	63,8	68,5	70,9	72,5
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	47,4	45,5	58,2	59,8	65,6	69,7
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,4	63,9	62,2	59,5	62,6	69,1	73,9	77,0
Portugal	30,5	58,3	55,0	61,0	50,4	63,6	64,7	63,6	66,3	77,4	84,6	91,1
Slowakei	_	_	_	22,2	50,3	34,2	30,5	29,3	27,7	34,6	39,2	42,7
Slowenien	_	_	_	_	26,8	27,0	26,7	23,3	22,5	35,1	42,8	48,2
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	41,8	39,3	35,2	34,1	41,3	47,4	52,7
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,4	69,4	70,1	68,3	66,0	69,3	78,2	84,0	88,2
Bulgarien	_	-	-	-	74,3	29,2	22,7	18,2	14,1	15,1	16,2	15,7
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	37,1	31,3	26,8	33,5	33,7	35,3	35,2
Estland	_	-	-	9,0	5,1	4,6	4,5	3,8	4,6	7,4	10,9	13,2
Lettland	_	-	-	-	12,3	12,4	10,7	9,0	19,5	33,2	48,6	60,4
Litauen	_	-	-	11,5	23,7	18,4	18,0	16,9	15,6	29,9	40,7	49,3
Polen	_	-	_	-	36,8	47,1	47,7	45,0	47,2	51,7	57,0	61,3
Rumänien	_	-	_	-	24,6	15,8	12,4	12,6	13,6	21,8	27,4	31,3
Schweden	39,3	60,9	41,2	72,1	53,6	51,0	45,9	40,5	38,0	42,1	43,6	44,1
Tschechien	_	-	_	14,6	18,5	29,7	29,4	29,0	30,0	36,5	40,6	44,0
Ungarn	_	-	_	86,2	55,0	61,8	65,6	65,9	72,9	79,1	79,8	79,1
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	50,8	41,0	42,2	43,2	44,2	52,0	68,6	80,3	88,2
EU	_	-	-	69,6	63,1	62,7	61,3	58,7	61,5	73,0	79,3	83,7
Japan	51,4	67,7	68,4	92,5	142,1	191,6	191,3	187,7	173,1	189,8	197,6	206,0
USA	43,9	56,1	64,3	71,5	55,0	61,7	61,2	62,2	70,7	65,2	75,5	87,8

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000 : EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2009; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land				Steuern in :	% des BIP			
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008
Deutschland ^{2,3}	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	21,9	22,9	23,1
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	31,0	30,3	30,3
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	48,1	47,9	47,3
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,3	31,1	30,8
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,8	27,4	27,0
Griechenland	14,0	14,5	18,3	19,5	23,6	20,2	20,4	20,3
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,5	27,6	26,1	23,3
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,6	30,4	29,8
Japan	15,2	18,0	21,4	17,9	17,5	17,7	18,0	k.A.
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,4	28,5	27,5
Luxemburg	16,7	25,3	26,0	27,3	29,1	26,0	26,4	27,5
Niederlande	23,1	26,6	26,9	24,1	24,2	25,1	24,0	k.A.
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	35,2	34,6	33,2
Österreich	25,2	26,8	26,6	26,5	28,5	27,3	28,0	28,6
Polen	-	-	-	25,2	19,8	21,4	22,9	k.A.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	24,3	24,7	24,6
Schweden	32,2	33,0	38,0	34,4	38,1	36,6	35,7	35,4
Schweiz	16,2	18,9	19,7	20,2	22,7	22,7	22,2	22,6
Slowakei	-	-	-	-	20,0	17,9	17,7	17,4
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,3	24,4	25,1	20,9
Tschechien	-	-	-	22,0	19,7	20,8	21,1	20,6
Ungarn	-	-	-	26,6	26,9	25,2	26,6	26,9
Vereinigtes Königreich	31,9	29,0	29,5	28,0	30,2	30,3	29,5	28,8
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	21,3	21,7	20,3

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

 $^{^3}$ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land			Steu	iern und Sozialab	ogaben in % des B	IP		
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	35,6	36,2	36,4
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,4	43,9	44,3
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	49,6	48,7	48,3
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,5	43,0	42,8
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	44,0	43,5	43,1
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,0	31,2	32,0	31,3
Irland	28,5	31,1	33,1	32,5	31,3	31,7	30,8	28,3
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	42,3	43,3	43,2
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	28,0	28,3	k.A.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,5	33,3	32,2
Luxemburg	23,5	35,6	35,7	37,1	39,1	35,8	36,5	38,3
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,7	38,9	37,5	k.A.
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	44,0	43,6	42,1
Österreich	33,8	38,9	39,6	41,4	43,2	41,8	42,3	42,9
Polen	-	-	-	36,2	32,8	34,0	34,9	k.A.
Portugal	18,4	22,9	27,7	32,1	34,1	35,5	36,4	36,5
Schweden	37,8	46,4	52,2	47,5	51,8	49,0	48,3	47,1
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,3	28,9	29,4
Slowakei	-	-	-	-	34,1	29,4	29,4	29,3
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	36,7	37,2	33,0
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,1	37,4	36,6
Ungarn	-	-	-	41,3	38,0	37,1	39,5	40,1
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	34,0	36,4	36,6	36,1	35,7
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	28,2	28,3	26,9

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

 $^{^2 \, \}text{Nicht vergleichbar} \, \text{mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.} \,$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land					Gesamtau	sgaben des	Staates in :	% des BIP				
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland ¹	46,9	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	43,7	43,7	48,0	48,3	47,5
Belgien	55,0	58,5	52,3	52,2	49,1	52,1	48,5	48,4	50,0	53,6	53,8	54,0
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,5	48,3	50,1	48,6	47,3	48,9	54,3	55,0	55,0
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,3	52,7	55,2	55,1	54,8
Griechenland	-	-	44,8	45,7	46,6	43,7	42,6	44,1	48,3	50,0	49,4	49,8
Irland	-	53,3	42,8	41,2	31,4	33,7	34,2	36,2	42,0	46,9	49,1	48,4
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,1	48,7	47,9	48,8	51,6	50,8	50,5
Luxemburg	-	-	37,7	39,7	37,6	41,5	38,3	36,2	37,7	43,3	43,9	43,6
Malta	-	-	-	39,7	41,0	44,9	43,7	42,5	45,0	45,7	46,3	46,4
Niederlande	55,2	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,5	45,5	45,9	49,5	50,9	50,7
Österreich	50,0	53,5	51,5	56,2	52,0	50,0	49,5	48,7	48,9	52,3	52,6	52,4
Portugal	33,3	38,6	39,7	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	45,9	51,6	51,5	52,0
Slowenien	-	-	-	52,6	46,8	45,2	44,5	42,4	44,2	49,5	50,2	49,9
Spanien	-	-	-	44,4	39,1	38,4	38,4	39,2	41,1	45,2	45,6	45,3
Zypern	-	-	-	33,1	37,0	43,6	43,4	42,2	42,6	44,4	47,8	48,0
Euroraum	-	-	-	50,6	46,3	47,3	46,6	46,0	46,8	50,4	50,5	50,2
Bulgarien	-	-	-	-	42,6	39,3	36,5	41,5	37,3	39,5	39,5	38,7
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,6	51,5	50,9	51,9	55,9	57,6	56,4
Estland	-	-	-	41,3	36,1	33,6	34,0	34,8	39,9	44,8	46,7	45,4
Lettland	-	-	31,6	38,6	37,3	35,5	38,2	35,8	38,8	43,8	45,7	45,1
Litauen	-	-	-	34,4	39,1	33,3	33,6	34,8	37,4	45,9	46,0	46,0
Polen	-	-	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,3	44,0	46,1	45,9
Rumänien	-	-	-	35,9	38,5	33,5	35,3	36,0	38,4	39,4	38,6	37,9
Schweden	-	-	-	65,2	55,6	55,0	54,0	52,5	53,1	55,9	55,6	54,6
Slowakei	-	-	-	48,6	52,2	38,0	36,9	34,4	34,8	37,5	37,5	36,9
Tschechien	-	-	-	-	41,8	45,0	43,8	42,6	43,0	46,9	46,5	46,6
Ungarn	-	-	-	56,2	46,8	50,1	51,9	49,8	49,3	50,0	49,4	49,0
Vereinigtes Königreich	47,6	44,6	41,1	43,9	36,8	44,1	44,0	44,0	47,3	51,2	52,1	50,7
EU-27	-	-	-	-	44,8	46,8	46,3	45,7	46,8	50,4	50,6	50,1
USA	34,2	37,3	37,2	37,1	33,9	36,3	36,0	36,7	38,8	42,2	43,8	44,2
Japan	-	-	-	-	39,0	38,4	36,2	36,0	37,2	40,5	41,6	42,3

¹1980 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: November 2009.

 $\label{thm:prop:prop:prop:prop:statistischer} Quelle: EU-Kommission\ {\tt `Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft"}.$

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

		Eu-Haush	alt 2008 ¹		EU-Haushalt 2009 ²				
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	igen	Verpflich	tungen	Zahluı	ngen	
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Rubrik									
1. Nachhaltiges Wachstum	58 341,9	44,5	45 731,7	39,5	60 195,9	45,0	45 999,5	39,6	
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4			500,0	0,4			
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	56314,7	43,0	53 217,1	46,0	56 121,4	41,9	52 566,1	45,3	
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 625,9	1,2	1 488,9	1,3	1 514,9	1,1	1 296,4	1,1	
4. Die EU als globaler Akteur	7311,2	5,6	7 847,1	6,8	8 103,9	6,1	8 324,2	7,2	
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	239,2	0,2			244,0	0,2			
5. Verwaltung	7 279,2	5,6	7 279,8	6,3	7 700,7	5,8	7 700,7	6,6	
6. Ausgleichszahlungen	206,6	0,2	206,6	0,2	209,1	0,2	209,1	0,2	
Gesamtbetrag	131 079,6	100,0	115 771,3	100,0	133 846,0	100,0	116 096,1	100,0	

¹ EU-Haushalt 2008 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-10/2008).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

	Differenz i	in%	Differenz	in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	2,3	0,6	1 853,9	267,8
davon Globalisier ungsanpassungs fonds	0,0	-	0,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	- 0,3	-1,2	- 193,3	- 651,0
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	- 6,8	- 12,9	-111,0	- 192,5
4. Die EU als globaler Akteur	10,8	6,1	792,7	477,0
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	-	4,8	0,0
5. Verwaltung	5,8	5,8	421,5	421,0
6. Ausgleichszahlungen	1,2	1,2	2,5	2,5
Gesamtbetrag	2,1	0,3	2 766,3	324,8

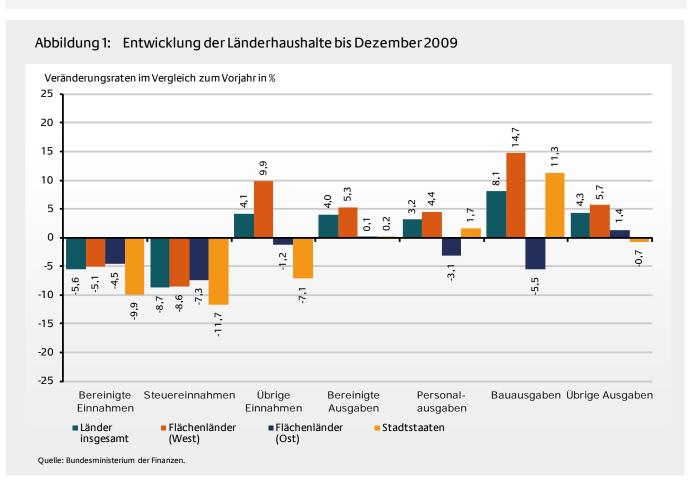
² EU-Haushalt 2009 (endg. Feststellung vom 18.12.2008).

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2009 im Vergleich zum Jahressoll 2009

	Flächenländ	der (West)	Flächenlän	ider (Ost)	Stadtsta	aten	Länder zus	ammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in Mic	o. €			
Bereinigte Einnahmen	184 785	181 994	52 664	51 501	32 898	32 394	263 661	259 31
darunter:								
Steuereinnahmen	143 411	142 478	28 165	26 646	21 372	19 596	192 949	188 72
übrige Einnahmen	41 374	39 516	24499	24855	11 526	12 798	70 712	70 592
Bereinigte Ausgaben	203 613	203 730	52 593	51 897	36 453	35 743	285 974	284 79
darunter:								
Personalausgaben	77 527	76 364	12 290	11 499	11 113	11 049	100 931	98 91
Bauausgaben	3 433	2 957	1 491	1 306	905	642	5 8 2 9	4904
übrige Ausgaben	122 653	124410	38 812	39 092	24 435	24 052	179 215	180 97
Finanzierungssaldo	-18 826	-21 736	75	- 396	-3 549	-3 349	-22 300	-25 48



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2009

		in Mio. €										
		De	zember 200	8	Nov	ember 2009)	De	zember 200	9		
Lfd. Nr.	Rezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt		
1	Seit dem 1. Januar gebuchte											
11	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	270 477	274 590	528 056	223 109	226 588	434 249	257 742	259 313	499 547		
111	darunter: Steuereinnahmen	239 231	206 772	446 003	195 203	166 977	362 180	227 835	188 721	416 556		
112 113	Länderfinanzausgleich ¹ nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	- 228 795 ³	- 68 204	- 296 999	- 252 758 ³	- 79 459	- 332 217	- 264012 ³	- 82 154	346 166		
12	Bereinigte Ausgabe ¹ für das laufende Haushaltsjahr	282 308	273 861	539 158	270 186	258 562	513 300	292 253	284 794	559 539		
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	27 012	95 860	122 873	26 520	93 281	119 801	27 939	98 912	126 851		
122	Bauausgaben	5 777	4537	10314	5 452	3 861	9313	6 836	4904	11 740		
123	Länderfinanz- ausgleich ¹	-	33	33	-	282	282	-	- 201	- 201		
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	218 180	74 178	292 358	208 683	69 346	278 029	229 873	66 701	296 574		
13	Mehrein. (+), Mehrausg. (-) (Finanzierungssaldo)	-11 832	730	-11 102	-47 078	-31 974	-79 051	-34 511	-25 481	-59 992		
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-		-	-	-	-	-	-	-		
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15) Abgrenzungsposten zur	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
17 2	Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse / Landeshauptkassen ² Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)	11832	-7 626	4205	44316	9514	53 830	34511	15 428	49 939		
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss) Verwahrungen, Vorschüsse	-	2 343	2 343	-	-407	- 407	-	- 407	- 407		
3	usw.											
31	Verwahrungen	- 305	16936		17 404	85 892	103 296	7 985	93 837			
32	Vorschüsse	-	35 300	35 300	-	88 338	88 338	-	104413	104413		
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	13 252	13 252	-	15 487	15 487	-	14116	14116		
34	Saldo (31-32+33)	- 305	-5 112	-5 416	17 404	13 041	30 445	7 985	2 124	10 109		

 $Abweichungen \ in \ den \ Summen \ durch \ Runden \ der \ Zahlen.$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dez

						in Mio. €				
			Dezember 200	8	No	vember 2009	9	Dezember 2009		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 305	-9 665	-9 970	14 643	-9826	4817	7 985	-8 336	- 35
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	305	3 556	3 8 6 1	-14 642	2 676	-11 966	-7 985	2 154	-5 83
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	
55	Sonstige	-	-	-	-	382	382	-	260	26
56	Zusammen	305	3 556	3 861	-14642	3 058	-11 584	-7 985	2 414	-5 57
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	-6 109	-6 109	1	-6 767	-6 766	1	-2 464	-5 92
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴ Nicht zum Bestand der	-	1 522	1 522	-	1 452	1 452	-	1 149	114
72	Bundeshauptkasse/Landesha uptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	2 533	2 533	-	2 098	2 098	-	1 391	1 39

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $^{^2 \,} Haushaltstechnische \, Verrechnungen, \, Brutto-/Nettostellungen, \, Abwicklung \, der \, Vorjahre, \, Rücklagenbewegung, \, Nettokreditaufnahme / \, Nettokredittilgung.$

 $^{^{\}rm 3}$ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung.

⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2009

						i- Mi- C				
Lfd.		Baden-		Branden-		in Mio. € Mecklbg	Nieder-	Nordrh	Rheinl	
Nr.	Bezeichnung	Württ.	Bayern ⁷	burg	Hessen	Vorpom.	sachsen	Westf.	Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	33 223,5	39 343,4 ^a	9 508,2	18 132,9	7 194,8	23 159,3	47 229,3	11 481,1	2 503,1
111	darunter: Steuereinnahmen	24 733,2	30 985,3	4999,0	14773,8	3 451,7	17 357,2	38 461,4	8 343,6	2 026,5
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	522,9	-	476,5	147,1	50,8	327,1	84,
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	6 337,0	8 073,8 b,f	3 399,2	4 536,4	870,7	6 841,9	20 742,5	6 439,4	1 533,6
12	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	34 575,4	47 325,9 °	10 020,7	20 703,3	6 773,8	24 625,8	51 964,1	13 103,6	3 497,6
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	13 587,0	16 567,1	2 045,2	7 592,7	1 570,7	9 235,2 ³	19 932,5 ³	4981,1	1 298,3
122	Bauausgaben	518,0	1 141,4	36,3	573,6	204,8	280,5	256,6	37,4	5,6
123	Länderfinanzausgleich ¹	1 888,6	3 601,2	-	1 836,8	-	-	-	-	
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	6 353,0	2 623,2	3 970,0	3 835,2	1 523,4	6 209,7	16 669,2	5 718,3	790,6
13	Mehrein.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)	-1 351,9	-7 982,5 ^e	- 512,5	-2 570,3	421,0	-1 466,5	-4 734,8	-1 622,5	- 994,4
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-		-	
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-		-	
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkassen ²	1 352,0	5 657,2	- 345,3	666,4	- 558,6	646,4	3 944,8	762,6	743,0
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	-	-	-	-	
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	603,8	-2 129,4	-	-	-	-	-	-	
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	3 128,7	2 331,7	933,9	830,3	- 11,2	670,7	53,1	2 433,9	298,
32	Vorschüsse	3 063,3	5 162,6	- 60,0	443,2	0,7	- 633,2	218,1	1 786,0	- 14,2
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	815,1	7 285,5	-	620,2	510,0	1 676,7	271,2	0,9	12,2
34	Saldo (31-32+33)	880,5	4 454,6	873,9	1 007,4	498,1	1 684,2	106,1	648,8	324,4
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	1 484,4	0,0	16,1	- 896,5	360,5	864,1	- 683,8	-211,1	73,0

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2009

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ⁷	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	101,4	570,0	-	-	1 068,0	211,7	140,5
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	260,0	-	-	-	-	-
56	Zusammen	-	-	101,4	830,0	-	-	1 068,0	211,7	140,5
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	1 484,4	0,0	117,5	- 66,5	360,5	864,1	3 842,0	0,5	213,5
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	-	-	-	-	-	1 148,8	-	-	-
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes- hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	-	1 676,7	271,2	-	-

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

 $^{{}^2 \} Haushalts technische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.$

³ Ohne Dezember-Bezüge.

 $^{^4\,\}mathrm{Minusbetr\"age}$ beruhen auf später erfolgten Buchungen.

⁵ SH - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.

⁶ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

⁷ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 21,6 Mio. €; b 6 703,8 Mio. €; c 7 042,9 Mio. €; d 250,0 Mio. €; e Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt -928,9 Mio. €; f außerdem aufgeschobene Anschlussfinanzierungen in Höhe von 1503,2 Mio. €.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2009

					in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	16 427,0	9 584,0	7 872,5	8 786,8	19 577,1	3 343,1	9 497,0	259 312,9
111	darunter: Steuereinnahmen	8 676,7	4 895,9	5 797,2	4 623,0	9 698,4	2 070,3	7 827,6	188 720,8
112	Länderfinanzausgleich ¹	985,8	546,2	342,0	533,6	3 067,3	466,8	-	-
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	887,0	4,1	3 913,3	1 689,5	11 177,7	5 713,1	- 4,9	82 154,3
12	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	16 234,6	9 831,4	8 885,8	9 036,0	21 039,8	4 226,9	10 499,2	284 793,7
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	3 374,1	2 287,0	3 170,2	2 221,9	6 282,0	1 342,7	3 424,1	98 911,8
122	Bauausgaben	678,6	155,7	143,6	230,2	218,7	52,8	370,6	4904,4
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	23,1	- 200,5
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	726,5	4,1	3 345,3	1 689,8	8 345,1	4898,0	-	66 701,4
13	Mehrein.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)	192,4	- 247,4	-1 013,3	- 249,2	-1 462,7	- 883,8	-1 002,2	-25 480,6
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen²	-393,3	23,7	594,1	- 4,5	1 508,4	831,8	- 0,8	15 427,9
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	-	-		-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist- Abschluss)	1 118,7	-	-	-	-	-	-	- 406,9
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	560,7	152,7	0,0	- 150,7	- 278,0	43,1	82 840,1	93 837,1
32	Vorschüsse	4336,6	- 1,8	0,0	258,4	-	736,2	89 117,5	104413,4
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 804,9	53,8	0,0	319,8	239,8	354,9	- 848,6	14 116,4
34	Saldo (31-32+33)	- 971,0	208,3	0,0 5)	- 89,3	-38,2	-338,2	-7 126,0	2 123,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 53,2	- 15,5	- 419,2	-343,0	7,5	- 390,3	-8 129,0	-8 336,0

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2009

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen	
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	- 23,7	-	-	1,8	70,5	14,0	2 154,2	
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	260,0	
56	Zusammen	-	- 23,7	-	-	1,8	70,5	14,0	2 414,2	
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 53,2	- 39,1	- 419,2	-343,0	9,3	- 319,8	-8 115,0	-2 464,0	
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit 4	-	-	-	-	-	-	-	1 148,8	
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse	_		-	_	239,8	51,8	- 848,6	1 390,9	
	gehörende Mittel (einschl. 71)					-55,5	,-			

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

 $^{^2\,}Haushalts technische \,Verrechnungen, \,Brutto-/Nettostellungen, \,Abwicklung \,der \,Vorjahre, \,R\"{u}cklagenbewegung, \,Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.$

³ Ohne Dezember-Bezüge.

 $^{^4}$ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen.

 $^{^5\,\}mathrm{SH}$ - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.

⁶ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

⁷BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 21,6 Mio. €; b 6 703,8 Mio. €;, c 7 042,9 Mio. €; d 250,0 Mio. €; e Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt -928,9 Mio. €; f außerdem aufgeschobene Anschlussfinanzierungen in Höhe von 1503,2 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,6		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,8	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,2	2,5	2,9	18,2
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,8	0,7	18,8
2008	40,3	1,4	52,8	3,1	7,2	1,3	-0,1	0,0	19,0
2009	40,3	0,0	53,1	3,3	7,6	-5,0	-4,9	-2,2	17,9
2004/99	38,9	0,2	51,5	3,6	8,4	1,1	0,8	1,5	19,4
2009/04	39,5	0,7	52,6	3,8	8,9	0,5	-0,2	0,5	18,1

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^{\}rm 4}$ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten ²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	а.		
1991							
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,5	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,4	0,6	-1,4	1,2	1,4	1,6	-0,8
2006	3,7	0,5	-1,3	1,0	1,1	1,6	-1,6
2007	4,4	1,9	0,4	1,9	1,8	2,3	0,1
2008	2,8	1,5	-0,8	1,9	2,2	2,6	2,2
2009	-3,5	1,5	3,7	0,3	0,0	0,4	5,6
2004/99	1,9	0,8	-0,5	1,0	1,3	1,5	0,4
2009/04	1,7	1,2	0,1	1,3	1,3	1,7	1,1

 $^{^{1}} Ohne \ private \ Organisation en \ ohne \ Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mr	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,5	8,9	118,9	116,8	41,1	35,8	5,3	5,2
2006	14,4	14,9	132,5	154,4	45,4	39,7	5,7	6,6
2007	8,0	4,9	171,7	192,7	46,9	39,9	7,1	7,9
2008	3,5	5,8	155,7	165,6	47,3	41,0	6,2	6,6
2009	-16,7	-14,8	109,9	119,7	40,8	36,2	4,6	5,0
2004/99	7,5	5,1	60,6	24,3	34,6	31,8	2,8	1,1
2009/04	2,9	3,4	133,6	142,6	43,3	37,7	5,7	6,0

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno	quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer)³	
				unbereinigt ¹	bereinigt ²			
Jahr	Ve	eränderung in % p.a	a .	in	1%	Veränderung in % p.a.		
1991			•	71,0	71,0	•		
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2	
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1	
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4	
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6	
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1	
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6	
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6	
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5	
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2	
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5	
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2	
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8	
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0	
2005	1,3	5,5	-0,6	66,7	68,3	0,3	-1,0	
2006	4,9	11,4	1,7	64,6	66,2	0,9	-1,3	
2007	3,5	4,8	2,8	64,2	65,7	1,6	-0,5	
2008	2,5	0,2	3,7	65,0	66,4	2,3	-0,6	
2009	-3,8	-10,6	-0,1	67,4	68,9	-0,4	-0,9	
2004/99	2,4	4,6	1,4	70,9	71,9	1,3	0,5	
2009/04	1,7	2,0	1,5	66,0	67,5	0,9	-0,9	

 $^{^1} Arbeit nehmerent gelte in \% \, des \, Volksein kommens.$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %											
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	0,8	3,2	2,5	1,3	- 5,0	1,2	1,7	
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,8	2,8	2,9	1,0	- 2,9	0,6	1,5	
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	2,2	4,5	4,5	2,0	- 1,1	- 0,3	0,7	
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,6	4,0	3,6	0,9	- 3,7	- 0,8	1,0	
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	1,9	2,2	2,3	0,4	- 2,2	1,2	1,5	
Irland	3,1	7,6	9,8	9,4	6,2	5,4	6,0	-3,0	- 7,5	- 1,4	2,6	
Italien	2,8	2,1	2,8	3,7	0,7	2,0	1,6	- 1,0	- 4,7	0,7	1,4	
Zypern	_	_	9,9	5,0	3,9	4,1	4,4	3,7	- 0,7	0,1	1,3	
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	5,4	5,6	6,5	0,0	- 3,6	1,1	1,8	
Malta	_	-	6,2	6,4	4,1	3,8	3,7	2,1	- 2,2	0,7	1,6	
Niederlande	2,3	4,2	3,1	3,9	2,0	3,4	3,6	2,0	- 4,5	0,3	1,6	
Österreich	2,5	4,2	2,5	3,7	2,5	3,5	3,5	2,0	- 3,7	1,1	1,5	
Portugal	1,6	7,9	2,3	3,9	0,9	1,4	1,9	0,0	- 2,9	0,3	1,0	
Slowakei	-	-	5,8	1,4	6,5	8,5	10,4	6,4	- 5,8	1,9	2,6	
Slowenien	-	-	4,1	4,4	4,5	5,8	6,8	3,5	- 7,4	1,3	2,0	
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,1	2,8	4,9	4,2	1,0	- 6,9	0,9	1,6	
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,9	1,7	3,0	2,8	0,6	- 4,0	0,7	1,5	
Bulgarien	_	_	2,9	5,4	6,2	6,3	6,2	6,0	- 5,9	- 1,1	3,1	
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	2,4	3,3	1,6	- 1,2	- 4,5	1,5	1,8	
Estland	_	_	4,5	9,6	9,4	10,0	7,2	- 3,6	- 13,7	- 0,1	4,2	
Lettland	_	_	- 0,9	6,9	10,6	12,2	10,0	- 4,6	- 18,0	- 4,0	2,0	
Litauen	-	_	3,3	3,3	7,8	7,8	9,8	2,8	- 18,1	- 3,9	2,5	
Polen	_	-	7,0	4,3	3,6	6,2	6,8	5,0	1,2	1,8	3,2	
Rumänien	-	-	7,1	2,4	4,2	7,9	6,3	6,2	- 8,0	0,5	2,6	
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	3,3	4,2	2,6	- 0,2	- 4,6	1,4	2,1	
Tschechien	-	-	5,9	3,6	6,3	6,8	6,1	2,5	- 4,8	0,8	2,3	
Ungarn	-	-	1,5	5,2	3,5	4,0	1,0	0,6	- 6,5	- 0,5	3,1	
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,1	3,9	2,2	2,9	2,6	0,6	- 4,6	0,9	1,9	
EU	2,5	3,0	2,5	3,9	2,0	3,2	2,9	0,8	- 4,1	0,7	1,6	
Japan	6,3	5,6	1,9	2,9	1,9	2,0	2,3	- 0,7	- 5,9	1,1	0,4	
USA	4,1	1,9	2,5	4,2	3,1	2,7	2,1	0,4	- 2,5	2,2	2,0	

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2008. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land			jährlich	e Veränderunger	nin%		
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	1,9	1,8	2,3	2,8	0,3	0,8	1,0
Belgien	2,5	2,3	1,8	4,5	0,0	1,3	1,5
Griechenland	3,5	3,3	3,0	4,2	1,2	1,4	2,1
Spanien	3,4	3,6	2,8	4,1	-0,4	0,8	2,0
Frankreich	1,9	1,9	1,6	3,2	0,1	1,1	1,4
Irland	2,2	2,7	2,9	3,1	- 1,5	- 0,6	1,0
Italien	2,2	2,2	2,0	3,5	0,8	1,8	2,0
Zypern	2,0	2,2	2,2	4,4	0,8	3,1	2,5
Luxemburg	3,8	3,0	2,7	4,1	0,0	1,8	1,7
Malta	2,5	2,6	0,7	4,7	2,0	2,0	2,2
Niederlande	1,5	1,7	1,6	2,2	1,1	0,9	1,2
Österreich	2,1	1,7	2,2	3,2	0,5	1,3	1,6
Portugal	2,1	3,0	2,4	2,7	- 1,0	1,3	1,4
Slowakei	2,8	4,3	1,9	3,9	1,1	1,9	2,5
Slowenien	2,5	2,5	3,8	5,5	0,9	1,7	2,0
Finnland	0,8	1,3	1,6	3,9	1,8	1,6	1,5
Euroraum	2,2	2,2	2,1	3,3	0,3	1,1	1,5
Bulgarien	6,0	7,4	7,6	12,0	2,4	2,3	2,9
Dänemark	1,7	1,9	1,7	3,6	1,1	1,5	1,8
Estland	4,1	4,4	6,7	10,6	0,2	0,5	2,1
Lettland	6,9	6,6	10,1	15,3	3,5	-3,7	- 1,2
Litauen	2,7	3,8	5,8	11,1	3,9	-0,7	1,0
Polen	2,2	1,3	2,6	4,2	3,9	1,9	2,0
Rumänien	9,1	6,6	4,9	7,9	5,7	3,5	3,4
Schweden	0,8	1,5	1,7	3,3	1,9	1,7	1,7
Tschechien	1,6	2,1	3,0	6,3	0,6	1,5	1,8
Ungarn	3,5	4,0	7,9	6,0	4,3	4,0	2,5
Vereinigtes Königreich	2,1	2,3	2,3	3,6	2,0	1,4	1,6
EU	2,3	2,3	2,4	3,7	1,0	1,3	1,6
Japan	- 0,3	0,3	0,0	1,4	-1,2	-0,4	0,3
USA	3,4	3,2	2,8	3,8	- 0,5	0,8	0,1

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

Stand: November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land					in % der zivil	en Erwerbs	bevölkerun	g			
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	10,7	9,8	8,4	7,3	7,7	9,2	9,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	8,3	7,5	7,0	8,2	9,9	10,3
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,9	8,3	7,7	9,0	10,2	11,0
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	8,5	8,3	11,3	17,9	20,0	20,5
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	9,2	8,4	7,8	9,5	10,2	10,0
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,4	4,5	4,6	6,0	11,7	14,0	13,2
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,8	6,1	6,8	7,8	8,7	8,7
Zypern	_	-	2,6	4,9	5,3	4,6	4,0	3,6	5,6	6,6	6,7
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,6	4,2	4,9	6,2	7,3	7,7
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,2	7,1	6,4	5,9	7,1	7,4	7,3
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	4,7	3,9	3,2	2,8	3,4	5,4	6,0
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	3,8	5,5	6,0	5,7
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	7,7	7,8	8,1	7,7	9,0	9,0	8,9
Slowakei	_	-	13,2	18,8	16,3	13,4	11,1	9,5	12,3	12,8	12,6
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	6,0	4,9	4,4	6,7	8,3	8,5
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	7,7	6,9	6,4	8,5	10,2	9,9
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,3	9,0	8,3	7,5	7,5	9,5	10,7	10,9
Bulgarien	_	-	12,7	16,4	10,1	9,0	6,9	5,6	7,0	8,0	7,2
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,9	3,8	3,3	4,5	5,8	5,6
Estland	-	-	9,7	12,8	7,9	5,9	4,7	5,5	13,6	15,2	14,2
Lettland	_	0,5	18,9	13,7	8,9	6,8	6,0	7,5	16,9	19,9	18,7
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	5,6	4,3	5,8	14,5	17,6	18,2
Polen	_	-	13,2	16,1	17,8	13,9	9,6	7,1	8,4	9,9	10,0
Rumänien	_	-	6,1	7,3	7,2	7,3	6,4	5,8	9,0	8,7	8,5
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,4	7,0	6,1	6,2	8,5	10,2	10,1
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	7,2	5,3	4,4	6,9	7,9	7,4
Ungarn	-	-	10,0	6,4	7,2	7,5	7,4	7,8	10,5	11,3	10,5
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,4	5,3	5,6	7,8	8,7	8,0
EU	9,4	7,2	10,0	7,7	8,9	8,2	7,1	7,0	9,1	10,3	10,2
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	5,8	6,3	7,0
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	4,6	4,6	5,8	9,2	10,1	10,2

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2009. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

Stand: November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoi	inlandspro	dukt		Verbraud	herpreise			Leistun	gsbilanz	
			Verände	erung geg	enüber Vo	rjahr in %					iominalen ndprodukt	S
	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	8,6	5,5	-6,7	2,1	9,7	15,6	11,8	9,4	4,2	4,9	2,9	4,4
darunter												
Russische Föderation	8,1	5,6	-7,5	1,5	9,0	14,1	12,3	9,9	5,9	6,1	3,6	4,5
Ukraine	7,9	2,1	-14,0	2,7	12,8	25,2	16,3	10,3	-3,7	-7,2	0,4	0,2
Asien	10,6	7,6	6,2	7,3	5,4	7,5	3,0	3,4	7,0	5,9	5,0	5,2
darunter												
China	13,0	9,0	8,5	9,0	4,8	5,9	-0,1	0,6	11,0	9,8	7,8	8,6
Indien	9,4	7,3	5,4	6,4	6,4	8,3	8,7	8,4	-1,0	-2,2	-2,2	-2,5
Indonesien	6,3	6,1	4,0	4,8	6,0	9,8	5,0	6,2	2,4	0,1	0,9	0,5
Korea	5,1	2,2	-1,0	3,6	2,5	4,7	2,6	2,5	0,6	-0,7	3,4	2,2
Thailand	4,9	2,6	-3,5	3,7	2,2	5,5	-1,2	2,1	5,7	-0,1	4,9	2,7
Lateinamerika	5,7	4,2	-2,5	2,9	5,4	7,9	6,1	5,2	0,4	-0,7	-0,8	-0,9
darunter												
Argentinien	8,7	6,8	-2,5	1,0	8,8	8,6	5,6	5,0	1,6	1,4	4,4	4,9
Brasilien	5,7	5,1	-0,7	3,5	3,6	5,7	4,8	4,1	0,1	-1,8	-1,3	-1,9
Chile	4,7	3,2	-1,7	4,0	4,4	8,7	2,0	2,3	4,4	-2,0	0,7	-0,4
Mexiko	3,3	1,3	-7,3	3,3	4,0	5,1	5,4	3,5	-0,8	-1,4	-1,2	-1,3
Sonstige												
Türkei	4,7	0,9	-6,5	3,7	8,8	10,4	6,2	6,8	-5,8	-5,7	-1,9	-3,7
Südafrika	5,1	3,1	-2,2	1,7	7,1	11,5	7,2	6,2	-7,3	-7,4	-5,0	-6,5

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2009 in veröffentlichter Form.

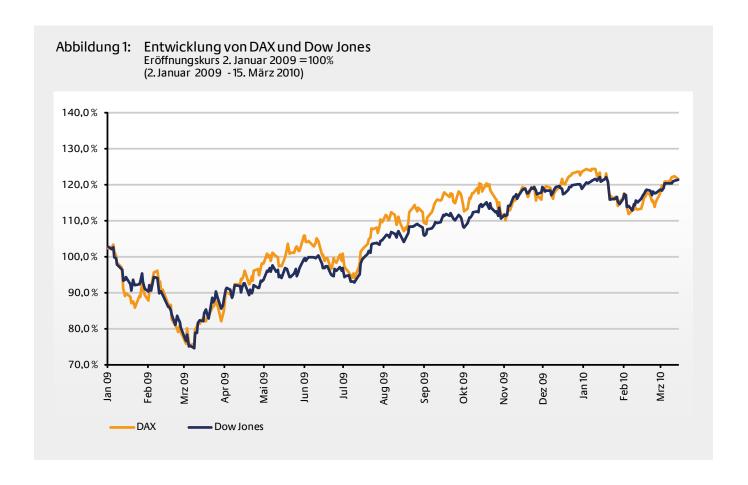


Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.03.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
Dow Jones	10 642	10 428	2,05	6 547	10 725
Eurostoxx 50	2 871	2 966	-3,23	1810	3 018
Dax	5 904	5 957	-0,90	3 666	6 048
CAC 40	3 891	3 936	-1,15	2 5 1 9	4 0 4 5
Nikkei	10 752	10 546	1,95	7 055	10 982
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	15.03.2010	2009	US-Bond	2009/2010	2009/2010
USA	3,74	3,88	-	2,22	4,00
Deutschland	3,15	3,40	-0,59	2,91	3,70
Japan	1,35	1,30	-2,39	1,21	1,57
Vereinigtes Königreich	4,10	4,08	0,36	2,99	4,31
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.03.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
Dollar/Euro	1,37	1,44	-4,87	1,26	1,51
Yen/Dollar	90,47	92,40	-2,09	86,36	101,11
Yen/Euro	124,30	133,16	-6,65	113,65	138,09
Pfund/Euro	0,91	0,89	2,52	0,84	0,96

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Deutschland												
EU-KOM	1,3	-5,0	1,2	1,7	2,8	0,2	0,7	1,0	7,3	7,7	9,2	9,3
OECD	1,0	-4,9	1,4	1,9	2,8	0,2	1,0	0,8	7,2	7,6	9,2	9,7
IWF	1,2	-4,8	1,5	1,9	2,8	0,1	0,2		7,4	8,0	10,7	-
USA												
EU-KOM	0,4	-2,5	2,2	2,0	3,8	-0,5	0,8	0,1	5,8	9,2	10,1	10,2
OECD	0,4	-2,5	2,5	2,8	3,8	-0,4	1,7	1,3	5,8	9,2	9,9	9,1
IWF	0,4	-2,5	2,7	2,4	3,8	-0,4	1,7		5,8	9,3	10,1	-
Japan												
EU-KOM	-0,7	-5,9	1,1	0,4	1,4	-1,2	-0,4	0,3	4,0	5,8	6,3	7,0
OECD	-0,7	-5,3	1,8	2,0	1,4	-1,2	-0,9	-0,5	4,0	5,2	5,6	5,4
IWF	-1,2	-5,3	1,7	2,2	1,4	-1,1	-0,8		4,0	5,4	6,1	
Frankreich												
EU-KOM	0,4	-2,2	1,2	1,5	3,2	0,1	1,2	1,4	7,8	9,5	10,2	10,0
OECD	0,3	-2,3	1,4	1,7	3,2	0,1	1,0	0,6	7,4	9,1	9,9	10,1
IWF	0,3	-2,3	1,4	1,7	3,2	0,3	1,1		7,9	9,5	10,3	
Italien												
EU-KOM	-1,0	-4,7	0,7	1,4	3,5	0,8	1,7	2,0	6,8	7,8	8,7	8,7
OECD	-1,0	-4,8	1,1	1,5	3,5	0,7	0,9	0,8	6,8	7,6	8,5	8,7
IWF	-1,0	-4,8	1,0	1,3	3,5	0,7	0,9		6,8	9,1	10,5	-
Vereingtes Königreich												
EU-KOM	0,6	-4,6	0,6	1,9	3,6	2,2	2,4	1,6	5,6	7,8	8,7	8,0
OECD	0,6	-4,7	1,2	2,2	3,6	2,1	1,7	0,5	5,7	8,0	9,3	9,5
IWF	0,5	-4,8	1,3	2,7	3,6	1,9	1,5		5,5	7,6	9,3	
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	0,4	-2,7	2,0	3,0	2,4	0,4	1,3	1,0	6,1	8,3	8,7	8,1
IWF	0,4	-2,6	2,6	3,6	2,4	0,1	1,3		6,2	8,3	8,6	
Euroraum												
EU-KOM	0,6	-4,0	0,7	1,5	3,3	0,3	1,1	1,5	7,5	9,5	10,7	10,9
OECD	0,5	-4,0	0,9	1,7	3,3	0,2	0,9	0,7	7,5	9,4	10,6	10,8
IWF	0,6	-3,9	1,0	1,6	3,3	0,3	0,8		7,6	9,9	11,7	
EZB	0,5	-4,0	0,8	1,2	3,3	0,3	1,3	1,4	-	-	-	
EU-27												
EU-KOM	0,8	-4,1	0,7	1,6	3,7	1,0	1,4	1,6	7,0	9,1	10,3	10,2
IWF	1,0	-4,2	0,5		3,7	0,9	1,1		-	-	-	

Ouellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

Interimsprognose, Februar 2010. Nur für BIP und Verbraucherpreise 2009 & 2010 zu DE, FR, IT, UK, Euroraum & EU-27.

 ${\sf OECD:} Wirtschafts ausblick,\ November\ 2009.$

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2009.$

 $Weltwirts chafts ausblick \ Update, \ Januar \ 2010, \ (nur \ f\"ur \ G8-Staaten \ sowie \ Euroraum \ und \ nur \ zum \ BIP-Wachstum).$

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; Sept. 2009 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

Stand: Februar 2010.

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Belgien													
EU-KOM	1,0	-2,9	0,6	1,5	4,5	0,0	1,3	1,5	7,0	8,2	9,9	10,3	
OECD	0,8	-3,1	0,8	1,7	4,5	-0,1	1,0	0,9	7,0	7,9	8,9	9,2	
IWF	1,0	-3,2	0,0	-	4,5	0,2	1,0	-	7,0	8,7	9,9	-	
Finnland													
EU-KOM	1,0	-6,9	0,9	1,6	3,9	1,8	1,6	1,5	6,4	8,5	10,2	9,9	
OECD	0,8	-6,9	0,4	2,4	3,9	1,7	1,5	1,4	6,4	8,3	9,7	9,7	
IWF	1,0	-6,4	0,9	-	3,9	1,0	1,1	-	6,4	8,7	9,8	-	
Griechenland													
EU-KOM	2,0	-1,1	-0,3	0,7	4,2	1,2	1,4	2,1	7,7	9,0	10,2	11,0	
OECD	2,0	-1,1	-0,7	1,6	4,2	1,2	2,0	1,6	7,7	9,3	10,4	10,4	
IWF	2,9	-0,8	-0,1		4,2	1,1	1,7	-	7,6	9,5	10,5	-	
Irland													
EU-KOM	-3,0	-7,5	-1,4	2,6	3,1	-1,5	-0,6	1,0	6,0	11,7	14,0	13,2	
OECD	-3,0	-7,5	-2,3	1,0	3,1	-1,7	-0,7	0,4	6,0	11,9	14,0	13,8	
IWF	-3,0	-7,5	-2,5	-	3,1	-1,6	-0,3	-	6,1	12,0	15,5	-	
Luxemburg													
EU-KOM	0,0	-3,6	1,1	1,8	4,1	0,0	1,8	1,7	4,9	6,2	7,3	7,7	
OECD	0,0	-3,9	2,4	3,4	4,1	-0,1	1,6	1,0	4,4	5,9	7,1	7,5	
IWF	0,7	-4,8	-0,2	-	3,4	0,2	1,8	-	4,4	6,8	6,0	-	
Malta													
EU-KOM	2,1	-2,2	0,7	1,6	4,7	2,0	2,0	2,2	5,9	7,1	7,4	7,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	2,1	-2,1	0,5	-	4,7	2,1	1,9	-	5,8	7,3	7,6	-	
Niederlande													
EU-KOM	2,0	-4,5	0,9	1,6	2,2	1,0	0,8	1,2	2,8	3,4	5,4	6,0	
OECD	2,0	-4,3	0,7	2,0	2,2	0,9	0,3	0,7	2,9	3,7	5,2	5,5	
IWF	2,0	-4,2	0,7	-	2,2	0,9	1,0	-	2,8	3,8	6,6	-	
Österreich													
EU-KOM	2,0	-3,7	1,1	1,5	3,2	0,5	1,3	1,6	3,8	5,5	6,0	5,7	
OECD	1,9	-3,8	0,9	2,2	3,2	0,3	0,6	1,0	4,9	5,8	7,1	7,3	
IWF	2,0	-3,8	0,3	-	3,2	0,5	1,0	-	3,9	5,3	6,4	-	
Portugal													
EU-KOM	0,0	-2,9	0,3	1,0	2,7	-1,0	1,3	1,4	7,7	9,0	9,0	8,9	
OECD	0,0	-2,8	0,8	1,5	2,7	-0,9	0,7	1,0	7,6	9,2	10,1	9,9	
IWF	0,0	-3,0	0,4	-	2,7	-0,6	1,0	-	7,6	9,5	11,0	_	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP (real)				Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Slowakei												
EU-KOM	0,9	-3,6	-0,6	1,0	4,1	-0,3	1,1	2,0	9,5	12,3	12,8	12,6
OECD	6,4	-5,8	2,0	4,2	3,9	1,0	1,7	2,4	9,6	11,6	12,7	12,5
IWF	6,4	-4,7	3,7	-	4,6	1,5	2,3	-	9,6	10,8	10,3	-
Slowenien												
EU-KOM	3,5	-7,4	1,3	2,0	5,5	0,9	1,7	2,0	4,4	6,7	8,3	8,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,5	-4,7	0,6	-	5,7	0,5	1,5	-	4,4	6,2	6,1	-
Spanien												
EU-KOM	0,9	-3,7	-0,8	1,0	4,1	-0,4	0,8	2,0	11,3	17,9	20,0	20,5
OECD	0,9	-3,6	-0,3	0,9	4,1	-0,4	0,8	-0,1	11,3	18,1	19,3	19,0
IWF	0,9	-3,8	-0,7	-	4,1	-0,3	0,9	-	11,3	18,2	20,2	-
Zypern												
EU-KOM	3,7	-0,7	0,1	1,3	4,4	0,8	3,1	2,5	3,6	5,6	6,6	6,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,6	-0,5	0,8	-	4,4	0,4	1,2	-	3,7	5,6	5,9	-

Quellen:IWF:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009

Interimsprognose, Februar 2010. Nur für BIP und Verbraucherpreise 2009 & 2010 zu Spanien und den Niederlanden.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 & Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2009.

Stand: Februar 2010.

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Bulgarien												
EU-KOM	6,0	-5,9	-1,1	3,1	12,0	2,4	2,3	2,9	5,6	7,0	8,0	7,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,0	-6,5	-2,5	-	12,0	2,7	1,6	-	-	-	-	-
Dänemark												
EU-KOM	-1,2	-4,5	1,5	1,8	3,6	1,1	1,5	1,8	3,3	4,5	5,8	5,6
OECD	-1,2	-4,5	1,3	1,8	3,4	1,3	1,4	1,6	3,3	5,9	6,9	6,2
IWF	-1,2	-2,4	0,9	-	3,4	1,7	2,0	-	1,7	3,5	4,2	-
Estland												
EU-KOM	-3,6	-13,7	-0,1	4,2	10,6	0,2	0,5	2,1	5,5	13,6	15,2	14,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,6	-14,0	-2,6	-	10,4	0,0	-0,2	-	-	-	-	-
Lettland												
EU-KOM	-4,6	-18,0	-4,0	2,0	15,3	3,5	-3,7	-1,2	7,5	16,9	19,9	18,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,6	-18,0	-4,0	-	15,3	3,1	-3,5	-	-	-	-	-
Litauen												
EU-KOM	2,8	-18,1	-3,9	2,5	11,1	3,9	-0,7	1,0	5,8	14,5	17,6	18,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,0	-18,5	-4,0	-	11,1	3,5	-2,9	-	-	-	-	-
Polen												
EU-KOM	5,0	1,2	2,6	3,2	4,2	4,0	2,3	2,0	7,1	8,4	9,9	10,0
OECD	5,0	1,4	2,5	3,1	4,2	3,5	2,2	1,9	7,1	8,4	9,6	9,6
IWF	4,9	1,0	2,2	-	4,2	3,4	2,6	-	-	-	-	-
Rumänien												
EU-KOM	6,2	-8,0	0,5	2,6	7,9	5,7	3,5	3,4	5,8	9,0	8,7	8,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	7,1	-8,5	0,5	-	7,8	5,5	3,6	-	-	-	-	-
Schweden												
EU-KOM	-0,2	-4,6	1,4	2,1	3,3	1,9	1,7	1,7	6,2	8,5	10,2	10,1
OECD	-0,4	-4,7	2,0	3,0	3,4	-0,3	1,4	3,2	6,2	8,2	10,3	10,1
IWF	-0,2	-4,8	1,2	-	3,3	2,2	2,4	-	6,2	8,5	8,2	-
Tschechien												
EU-KOM	2,5	-4,8	0,8	2,3	6,3	0,6	1,5	1,8	4,4	6,9	7,9	7,4
OECD	2,6	-4,4	2,0	2,8	6,3	1,1	1,4	2,0	4,4	6,9	8,4	7,9
IWF	2,7	-4,3	1,3	-	6,3	1,0	1,1	-	4,4	7,9	9,8	-

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Ungarn													
EU-KOM	0,6	-6,5	-0,5	3,1	6,0	4,3	4,0	2,5	7,8	10,5	11,3	10,5	
OECD	0,6	-6,9	-1,0	3,1	6,0	4,5	4,0	3,0	7,9	9,9	10,3	9,3	
IWF	0,6	-6,7	-0,9		6,1	4,5	4,1		-	-	-	-	

Quellen:

 $\hbox{EU-KOM: Herbst prognose, November 2009.}\\$

Interimsprognose Februar 2010. Nur für BIP und Verbraucherpreise 2010 zu Polen.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2009.$

Stand: Februar 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Deutschland												
EU-KOM	0,0	-3,4	-5,0	-4,6	65,9	73,1	76,7	79,7	6,6	4,0	3,8	3,7
OECD	0,0	-3,2	-5,3	-4,6	-	-	-	85,0	6,6	4,0	4,5	5,4
IWF	-0,1	-4,2	-4,6	-	67,1	78,7	84,5	-	6,4	2,9	3,6	
USA												
EU-KOM	-6,4	-11,3	-13,0	-13,1	70,7	82,7	93,9	105,3	-4,9	-2,9	-3,4	-3,3
OECD	-6,5	-11,2	-10,7	-9,4	70,0	83,9	92,4	99,5	-4,9	-3,0	-3,4	-3,7
IWF	-5,9	-12,5	-10,0	-	70,4	84,8	93,6	-	-4,9	-2,6	-2,2	
Japan												
EU-KOM	-3,8	-8,0	-8,9	-9,1	173,1	189,8	197,6	206,0	3,2	1,8	2,0	1,0
OECD	-2,7	-7,4	-8,2	-9,4	172,1	189,3	197,2	204,3	3,2	2,5	2,8	2,8
IWF	-5,8	-10,5	-10,2	-	196,6	218,6	227,0	-	3,2	1,9	2,0	
Frankreich												
EU-KOM	-3,4	-8,3	-8,2	-7,7	67,4	76,1	82,5	87,6	-3,3	-2,3	-2,2	-2,4
OECD	-3,4	-8,2	-8,6	-8,0	-	-	-	99,0	-2,3	-2,1	-2,1	-2,1
IWF	-3,4	-7,0	-7,1	-	67,5	76,7	82,6	-	-2,3	-1,2	-1,4	
Italien												
EU-KOM	-2,7	-5,3	-5,3	-5,1	105,8	114,6	116,7	117,8	-3,0	-2,4	-2,4	-2,4
OECD	-2,7	-5,5	-5,4	-5,1	-	-	-	130,0	-3,4	-2,7	-2,3	-2,2
IWF	-2,7	-5,6	-5,6	-	105,7	115,8	120,1	-	-3,4	-2,5	-2,3	
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-5,0	-12,1	-12,9	-11,1	52,0	68,6	80,3	88,2	-1,6	-2,4	-1,6	-0,9
OECD	-5,3	-12,6	-13,3	-12,5	-	-	-	94,0	-1,6	-2,6	-2,4	-2,0
IWF	-5,1	-11,6	-13,2	-	52,0	68,7	81,7	-	-1,7	-2,0	-1,9	
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	0,1	-4,8	-5,2	-4,5	-	-	-	89,0	0,5	-2,9	-3,4	-3,4
IWF	0,1	-4,9	-4,1	-	62,7	78,2	79,3	-	0,5	-2,6	-1,8	
Euroraum												
EU-KOM	-2,0	-6,4	-6,9	-6,5	69,3	78,2	84,0	88,2	-0,8	-0,7	-0,5	-0,5
OECD	-2,0	-6,1	-6,7	-6,2	73,2	81,8	88,3	93,2	-0,8	-0,6	-0,1	0,3
IWF	-1,8	-6,2	-6,6	-	69,2	80,0	86,3	-	-0,7	-0,7	-0,3	
EU-27												
EU-KOM	-2,3	-6,9	-7,5	-6,9	61,5	73,0	79,3	83,7	-1,1	-0,7	-0,5	-0,4
IWF	-2,3	-6,9	-7,5	-	-	-	-	-	-1,1	-0,8	-0,5	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2009.$

Stand: Dezember 2009.

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	e		Leistung	sbilanzsaldo)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Belgien												
EU-KOM	-1,2	-5,9	-5,8	-5,8	89,8	97,2	101,2	104,0	0,2	0,6	0,9	0,8
OECD	-1,2	-5,7	-5,6	-5,2	-	-	-	108,0	-2,5	-0,8	-0,6	-0,5
IWF	-1,2	-5,8	-6,3	-	-	-	-	-	-2,5	-1,0	-0,9	-
Finnland												
EU-KOM	4,5	-2,8	-4,5	-4,3	34,1	41,3	47,4	52,7	2,6	1,1	1,2	1,3
OECD	4,4	-2,3	-4,8	-5,2	-	-	-	63,0	2,8	0,8	0,9	0,9
IWF	4,4	-2,9	-4,2	-	-	-	-	-	2,4	0,5	2,0	-
Griechenland												
EU-KOM	-7,7	-12,7	-12,2	-12,8	99,2	112,6	124,9	135,4	-13,8	-8,8	-7,9	-7,7
OECD	-7,8	-12,7	-9,8	-10,0	-	-	-	130,0	-14,6	-11,1	-10,0	-10,1
IWF	-5,0	-6,4	-7,1	-	-	-	-	-	-14,4	-10,0	-9,0	-
Irland												
EU-KOM	-7,2	-12,5	-14,7	-14,7	44,1	65,8	82,9	96,2	-5,1	-3,1	-1,8	-1,5
OECD	-7,2	-12,2	-12,2	-11,6	-	-	-	93,0	-5,4	-2,8	-2,0	-0,6
IWF	-7,3	-12,1	-13,3	-	-	-	-	-	-5,2	-1,7	0,6	
Luxemburg												
EU-KOM	2,5	-2,2	-4,2	-4,2	13,5	15,0	16,4	17,7	5,5	9,4	11,2	12,2
OECD	2,5	-2,3	-4,3	-3,6	-	-	-	31,0	5,5	1,9	1,5	2,9
IWF	1,4	-3,4	-4,4	-	-	-	-	-	9,1	7,6	7,0	-
Malta												
EU-KOM	-4,7	-4,5	-4,4	-4,3	63,8	68,5	70,9	72,5	-5,6	-3,2	-2,8	-2,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,7	-4,5	-4,4	-	-	-	-	-	-5,6	-6,1	-6,1	-
Niederlande												
EU-KOM	0,7	-4,7	-6,1	-5,6	58,2	59,8	65,6	69,7	4,2	3,1	3,1	3,9
OECD	0,7	-4,5	-5,9	-5,3	-	-	-	82,0	4,8	6,3	7,2	7,7
IWF	0,9	-3,8	-5,7	-	-	-	-	-	7,5	7,0	6,8	-
Österreich												
EU-KOM	-0,4	-4,3	-5,5	-5,3	62,6	69,1	73,9	77,0	3,6	1,5	1,4	1,8
OECD	-0,5	-4,3	-5,5	-5,8	-	-	-	82,0	3,2	1,9	2,2	2,6
IWF	-0,5	-4,2	-5,6	-	-	-	-	-	3,5	2,1	2,0	
Portugal												
EU-KOM	-2,7	-8,0	-8,0	-8,7	66,3	77,4	84,6	91,1	-12,1	-10,2	-10,2	-10,2
OECD	-2,8	-6,7	-7,6	-7,8	-	-	-	97,0	-12,1	-9,7	-10,7	-11,1
IWF	-2,6	-6,9	-7,3	-	-	-	-	-	-12,1	-9,9	-9,7	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	ushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	е		Leistung	sbilanzsaldo)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Slowakei												
EU-KOM	-2,3	-6,3	-6,0	-5,5	27,7	34,6	39,2	42,7	-6,8	-5,8	-5,3	-5,0
OECD	-2,3	-5,9	-6,3	-5,0	-	-	-	48,0	-6,4	-3,8	-3,1	-2,8
IWF	-2,5	-5,3	-4,4	-	-	-	-	-	-6,5	-8,0	-7,8	-
Slowenien												
EU-KOM	-1,8	-6,3	-7,0	-6,9	22,5	35,1	42,8	48,2	-6,1	-0,8	-0,2	-0,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,3	-5,9	-5,6	-	-	-	-	-	-5,5	-3,0	-4,7	-
Spanien												
EU-KOM	-4,1	-11,2	-10,1	-9,3	39,7	54,3	66,3	74,0	-9,5	-5,4	-4,6	-4,2
OECD	-4,1	-9,6	-8,5	-7,7	-	-	-	74,0	-9,6	-5,3	-3,8	-3,0
IWF	-3,8	-12,3	-12,5	-	-	-	-	-	-9,6	-6,0	-4,7	-
Zypern												
EU-KOM	0,9	-3,5	-5,7	-5,9	48,4	53,2	58,6	63,4	-18,0	-11,6	-9,0	-7,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	0,9	-4,1	-6,3	-	-	-	-	-	-18,3	-10,0	-9,8	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 & Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2009.

Stand: Dezember 2009.

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011		
Bulgarien														
EU-KOM	1,8	-0,8	-1,2	-0,4	14,1	15,1	16,2	15,7	-22,9	-13,7	-9,8	-7,9		
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	3,0	-0,8	-1,8	-	-	-	-	-	-25,5	-11,4	-8,3	-		
Dänemark														
EU-KOM	3,4	-2,0	-4,8	-3,4	33,5	33,7	35,3	35,2	2,2	1,9	2,2	2,9		
OECD	3,4	-2,5	-5,4	-4,0	-	-	-	53,0	2,2	2,5	2,1	2,1		
IWF	3,4	-1,3	-3,5	-	-	-	-	-	1,0	1,1	1,5	-		
Estland														
EU-KOM	-2,7	-3,0	-3,2	-3,0	4,6	7,4	10,9	13,2	-9,1	3,9	1,3	-0,3		
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-2,3	-3,8	-3,0	-	-	-	-	-	-9,3	1,9	2,0	-		
Lettland														
EU-KOM	-4,1	-9,0	-12,3	-12,2	19,5	33,2	48,6	60,4	-13,0	6,8	5,4	3,4		
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-3,4	-13,0	-12,0	-	-	-	-	-	-12,6	4,5	6,4	-		
Litauen														
EU-KOM	-3,2	-9,8	-9,2	-9,7	15,6	29,9	40,7	49,3	-12,4	0,1	0,3	-0,4		
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-3,3	-10,3	-7,6	-	-	-	-	-	-11,6	1,0	0,5	-		
Polen														
EU-KOM	-3,6	-6,4	-7,5	-7,6	47,2	51,7	57,0	61,3	-5,1	-1,9	-2,8	-3,2		
OECD	-3,7	-6,4	-7,8	-6,8	-	-	-	66,0	-5,1	-1,7	-2,3	-2,5		
IWF	-3,1	-5,8	-6,5	-	-	-	-	-	-5,5	-2,2	-3,1	-		
Rumänien														
EU-KOM	-5,5	-7,8	-6,8	-5,9	13,6	21,8	27,4	31,3	-12,3	-5,5	-5,5	-5,7		
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-4,9	-7,3	-5,9	-	-	-	-	-	-12,4	-5,5	-5,6	-		
Schweden														
EU-KOM	2,5	-2,1	-3,3	-2,7	38,0	42,1	43,6	44,1	8,3	7,8	7,9	8,3		
OECD	2,5	-2,0	-3,0	-2,0	-	-	-	58,0	6,2	7,8	8,2	8,6		
IWF	2,5	-3,5	-3,9	-	-	-	-	-	7,8	6,4	5,4	-		
Tschechien														
EU-KOM	-2,1	-6,6	-5,5	-5,7	30,0	36,5	40,6	44,0	-3,3	-2,5	-1,4	-0,8		
OECD	-2,0	-5,7	-5,6	-5,0	-	-	-	60,0	-3,0	-1,0	0,3	0,3		
IWF	-1,4	-6,0	-7,0	-	-	-	-	-	-3,1	-2,1	-2,2	-		

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Ungarn												
EU-KOM	-3,8	-4,1	-4,2	-3,9	72,9	79,1	79,8	79,1	-6,6	-1,3	-1,7	-1,8
OECD	-3,7	-4,3	-4,1	-3,6	-	-	-	91,0	-7,1	-1,6	-1,8	-2,6
IWF	-3,4	-3,9	-3,8	-	-	-	-	-	-8,4	-2,9	-3,3	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 & Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2009.

Stand: Dezember 2009.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, März 2010

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X